

**Zeitschrift:** Schaffhauser Beiträge zur Geschichte  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Schaffhausen  
**Band:** 52 (1975)

**Artikel:** Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen  
**Autor:** Joos, Eduard  
**Kapitel:** Die Kommunistische Partei  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-841856>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

vor. Fritz Friedli konnte immerhin 12 837 Stimmen buchen<sup>149</sup>. Durch die Wahl des offiziellen BGB-Kandidaten Kurt Waldvogel wurde eine neue Belastungsprobe der Partei vermieden, die Ende des Jahres 1971 auf die turbulentesten 12 Monate seit ihrem Bestehen zurückblicken konnte.

Vergleichsmässig ruhig fielen ein Jahr später die Resultate der Gesamterneuerungswahlen des Regierungsrates aus. Die BGB versuchte zwar, mit der Doppelkandidatur Kurt Waldvogel/Bernhard Seiler den 1968 an die *Sozialdemokratische Partei* verlorenen Sitz wieder zurückzuerobern, drang aber nicht durch<sup>150</sup> und musste erleben, dass der Schaffhauser Stimmbürger lieber einen angegriffenen, bekannten Bisherigen als einen tüchtigen, aber wenig bekannten Neuling wählt.

## Die Kommunistische Partei

### Die Dritte Internationale

#### *Gründungskongress 1919*

Als die einzelnen Arbeiterparteien der verschiedenen Länder beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges einen «Burgfrieden» mit ihren Regierungen schlossen, zerbrach die 1912 in Basel beschworene internationale Solidarität. Das Kriegsgeschehen und die Russische Revolution höhlten die Zweite Internationale aus, die seit 1889 die Arbeiterparteien zu überstaatlichen Kongressen zusammengeführt hatte. Zwar wurde die Zweite Internationale an ihrem zehnten Kongress in Bern am 3. bis 8. Februar 1919 formell wieder hergestellt, doch erwies sie sich als überholtes und untaugliches Instrument für das Nachkriegseuropa<sup>1</sup>. Durch den Austritt einiger grosser Länderparteien verlor sie ihre Bedeutung nach ihrer letzten Konferenz im August 1920.

Durch die Machtergreifung der Bolschewiken in Russland erhielt die von Lenin geführte revolutionäre Arbeiterbewegung eine zentrale Bedeutung im Zusammenspiel der sozialistischen Parteien. Die Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) hat-

<sup>149</sup> SN 18.10.1971,15. Amtsblatt 1971,1665.

<sup>150</sup> SN 25.9.1972,13. Amtsblatt 1972,1474—1475.

<sup>1</sup> Abendroth 97. Vgl. die ähnliche Beurteilung bei Braunthal 578 und Kriwogus 298—300.



ten eine Abtrennung der sozial-pazifistischen und der radikalreformistischen Führungsgruppen eingeleitet. In den Aprilthesen (1917) bekräftigte Lenin seinen Willen zur Gründung einer neuen Internationale, die sich bewusst von der Zweiten abwenden müsse, um die von Karl Marx begründete Tradition des Sozialismus *fortzusetzen und zu Ende zu führen*<sup>2</sup>. Der bolschewistische Sieg in Russland bekräftigte die Theorien Lenins und bestärkte den Glauben an die bevorstehende Weltrevolution und die Entstehung einer internationalen Räterepublik.

In dieser weltgeschichtlichen Situation begann am 2. März 1919 der Gründungskongress der neuen, Dritten Internationale im Kreml in Moskau. Von schweizerischer Seite nahmen Fritz Platten als mandatloser Vertreter der *Sozialdemokratischen Partei* und Leonie Kascher als Abgeordnete der «Altkommunisten» teil<sup>3</sup>. Im ideologischen Rückgriff auf das «Kommunistische Manifest» (1848) von Karl Marx nannte sich das neue Weltparlament «Kommunistische Internationale», was im gängigen Jargon der Parteibürokratie auf «Komintern» verkürzt wurde. Bestehende kommunistische Parteien gab es zu diesem Zeitpunkt nur wenige, doch waren die «revolutionären Elemente» vieler sozialistischer Parteien wenigstens durch Beobachter vertreten. Den Zweck der Dritten Internationale sah ihr Gründer Lenin in der organisatorischen und taktischen Vereinheitlichung der Arbeiterparteien aller Länder. Ziel war die politische Verwirklichung kommunistischer Ideen im weltweiten Rahmen. Die Delegierten wählten ein bis zum nächsten Kongress handlungsbevollmächtigtes Exekutivkomitee mit Grigorij Sinowjew (1883 — 1936) an der Spitze und verabschiedeten ein Manifest von Leo Trotzki (1879—1940), worin sie sich deutlich von den Sozialpatrioten der Zweiten Internationale abhoben.

Kurz nach dem Gründungskongress der Komintern überflutete eine revolutionäre Welle ganz Europa, die Lenins These von der bevorstehenden Weltrevolution abermals zu bestätigen schien. In Budapest und München wurden Räterepubliken ausgerufen, in Gotha, Magdeburg und Braunschweig stiessen Arbeiter und Regierungstruppen zusammen, das Ruhrgebiet und Paris waren Schauplatz von Riesenstreiks, und auch Norditalien litt unter sporadischen Arbeitsniederlegungen. Unter solchen Voraussetzungen fand der Gründungskongress der Komintern mächtigen Widerhall, die sozialistischen Parteien von Italien, Norwegen und Bulgarien schlossen sich

---

<sup>2</sup> Statuten der Komintern (Pirker 20).

<sup>3</sup> Egger 193. Vgl. zur Beurteilung des Kongresses: Braunthal 181—187, Sobolew 57—71.



an, die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (USPD) stand in Unterhandlung, ebenso die *Sozialistische Partei Frankreichs* und die *Unabhängige Arbeiterpartei Englands*.

Auch in der Schweiz blieben die Einwirkungen nicht aus. Die Zürcher Gruppe «Forderung» spaltete sich von der *Sozialdemokratischen Partei* ab und schritt zur Gründung der ersten *Kommunistischen Partei der Schweiz*, welche auf den 15. März 1919 zu einer Landeskonzferenz aufrief<sup>4</sup>. Auch die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* neigte der Dritten Internationale zu. Zur Abklärung des Beitrittes wurde ein ausserordentlicher Parteitag auf den 16./17. August in die Burgvogtei nach Basel einberufen<sup>5</sup>. Mit einer grossen Mehrheit von 318 gegen 147 Stimmen beschlossen die Delegierten nach Referaten von Dr. Franz Welti und Dr. Jules Humbert-Droz den Anschluss der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* an die Komintern, doch musste der Entscheid in einer Urabstimmung vom Parteivolk gutgeheissen werden. Die Urabstimmung vom September 1919 ergab ein völlig anderes Stimmenverhältnis und zeigte einen klaren Meinungsunterschied zwischen Parteikader und Parteivolk. Mit 14 364 gegen 8599 Stimmen lehnten die Parteimitglieder den Beitritt zur Komintern ab<sup>6</sup>. Nun gerieten Gegner und Befürworter der Dritten Internationale in der Parteipresse und in den Versammlungen aneinander. Die befürchtete Spaltung der Partei wurde vorbereitet durch eine «Konferenz der Anhänger der Dritten Internationale», die am 26./27. Juni 1920 in Olten tagte<sup>7</sup>. Unter dem Vorsitz von Ernst Nobs beschloss diese von 54 Sozialdemokraten besuchte Tagung der Parteilinken, zwei Delegierte an den Zweiten Kongress der Komintern abzuordnen. Die Wahl fiel auf Jules Humbert-Droz und Konrad Wyss. Als Ersatzdelegierter wurde Walther Bringolf vorgemerkt, der dann statt Wyss den Kongress besuchte<sup>8</sup>.

#### *Walther Bringolf am Zweiten Kongress*

Der Zweite Kongress der Dritten Internationale begann am 19. Juli 1920 in Petrograd und wurde vom 23. Juli bis zum 7. August in Moskau weitergeführt<sup>9</sup>. 217 Delegierte vertraten 152 kommunistische Parteien und Organisationen. Die Abgeordneten legten dem

---

<sup>4</sup> Wottreng 6.

<sup>5</sup> *Protokoll des Parteitages der SPS vom 16./17. August 1919 in Basel*.

<sup>6</sup> Braunthal 186.

<sup>7</sup> Faksimile vom Protokoll mit Teilnehmerliste in Bringolf, nach S. 72.

<sup>8</sup> Bringolf 75—96. Vgl. S. 387.

<sup>9</sup> Braunthal 187—195. Sobolew 71—112.



Kongress Berichte über die Lage und politische Entwicklung innerhalb ihrer Organisation und der Arbeiterbewegung ihres Landes vor. Der Kongress, der noch mehr als der erste das Gepräge einer Gründungstagung trug, stellte die Leitsätze auf über die Aufnahmebedingungen in die Internationale. Diesen sogenannten 21 Punkten Lenins kam nicht nur eine organisatorische, sondern mehr noch eine grundsätzliche und taktische Bedeutung zu, indem sie beispielsweise forderten, die Reformer und Opportunisten aus den Anhängerparteien zu entfernen. Ausserdem bestätigte der Kongress die Statuten, welche festhielten, dass der Weltkongress in Zukunft einmal jährlich zusammentreten und dass in der Zwischenzeit das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) das leitende Organ sein werde.

Jules Humbert-Droz und Walther Bringolf legten dem Kongress einen Bericht über die Beziehungen der Schweiz zur Komintern und die Situation innerhalb der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* vor<sup>10</sup>. In gleicher Art berichtete Siegfried Bamatter über die sozialistische Jugendbewegung in der Schweiz, die ihn delegiert hatte, und Rosa Bloch, die nicht am Kongress teilnahm, skizzierte die Arbeit der vereinigten sozialistischen Frauengruppen. Ausser Humbert-Droz, Bringolf und Bamatter nahm ferner Jakob Herzog als Vertreter der ersten *Kommunistischen Partei der Schweiz* am Moskauer Kongress teil<sup>11</sup>. Er bekämpfte den Delegierten Bringolf, weil dieser Präsident des bürgerlichen «Schweizerischen Soldatenbundes» gewesen sei. Der Einwand wurde aber von Karl Radek abgewiesen<sup>12</sup>.

Der Kongress behandelte die verschiedenen Verhandlungsgegenstände in Spezialkommissionen. Humbert-Droz beriet die Aufnahmebedingungen mit, Bringolf nahm in der Agrarkommission Gespräche mit Lenin auf, und Herzog versuchte in einer weiteren Kommission die Stellung der Kommunisten gegenüber dem Parlamentarismus zu klären. Angesichts der Grösse des Kongresses spielte die Schweizer Delegation eine denkbar kleine Rolle, doch wurden anderseits der Kongress und die 21 Aufnahmebedingungen zu einer Schicksalsfrage für die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* und die Schaffhauser Kantonalpartei.

---

<sup>10</sup> Berichte zum zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, 77—115.

<sup>11</sup> Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, 780—788.

<sup>12</sup> Bringolf 84.



Da Humbert-Droz als Kominternfunktionär in Moskau zurückblieb, blieb es Walther Bringolf nach seiner Rückkehr in die Schweiz vorbehalten, der sozialdemokratischen Parteilinken über den Kongress Bericht zu erstatten und die 21 Aufnahmebedingungen zu erläutern<sup>13</sup>. Der Ausschuss der Parteilinken nahm an der Sitzung vom 11./12. September in Olten mit Mehrheit die 21 Bedingungen an und beschloss, innerhalb der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* eine Kampagne für deren Anschluss an die Komintern durchzuführen<sup>14</sup>. Aufgrund dieses Vorstosses versuchte der schweizerische Parteivorstand, einen Mittelweg einzuschlagen, indem er beantragte, die 21 Bedingungen, weil unerfüllbar, abzulehnen, sich hingegen mit interessierten Parteien des Auslandes für eine Revision der Aufnahmebedingungen einzusetzen, um den Beitritt allenfalls später zu vollziehen. Ueber diesen Antrag hatte der ausserordentliche Parteitag der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* vom 10./12. Dezember 1920 in Bern zu befinden. Dem Parteitag ging eine ausserordentlich lebhafte Diskussion voran, indem die Vertreter der Parteilinken eine grosse Vortragstätigkeit in der ganzen Schweiz ausübten, um den Entscheid zu ihren Gunsten herbeizuführen. Am Parteitag selbst sprachen Robert Grimm und Paul Graber gegen den Beitritt, Welti und Humbert-Droz dafür. Obwohl Sinowjew persönlich mit einem Brief an die Schweizer Genossen appelliert hatte, lehnten die Delegierten diesmal mit 350 gegen 213 Stimmen den Kominternbeitritt ab<sup>15</sup>. Dagegen wurde der Antrag des Parteivorstandes, der eine Revision der 21 Punkte ins Auge fasste, gutgeheissen, wobei dieser Beschluss wieder in einer Urabstimmung bestätigt werden musste. Als das Resultat der Abstimmung bekanntgegeben wurde, verlangte Hans Bickel im Namen der Parteilinken das Wort zu einer Erklärung. In einem kurzen Votum gab er die Abtrennung der Anhänger der Dritten Internationale von der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* bekannt. Ueber 200 Delegierte verliessen darauf den Parteitag, um zu einem eigenen Kongress zusammenzutreten und die Gründung der zweiten *Kommunistischen Partei der Schweiz* vorzubereiten.

Die Spaltung der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* war damit zu einer Tatsache geworden, die sich nicht mehr rückgängig machen liess. Von Bedeutung war das Resultat der Urabstimmung,

<sup>13</sup> Bringolf 96—98, 100.

<sup>14</sup> Egger 212.

<sup>15</sup> Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages der SPS vom 10.—12. Dezember 1920 in Bern, 163—164. Abdruck des Briefes von Sinowjew bei Egger 213—215.



die im Januar 1921 durchgeführt wurde. Die Parteimitglieder folgten mit 25 475 gegen 8777 Stimmen den Anträgen des Parteitages und machten somit einen Anschluss der schweizerischen Partei an die Komintern von einer Revision der 21 Bedingungen abhängig. Die Konsequenz aus diesem Entscheid war die Gründung der *Kommunistischen Partei der Schweiz* am 5./6. März 1921 in der «Eintracht» in Zürich. Sie wurde für Schaffhausen deshalb bedeutsam, weil sich die Sozialdemokraten des Grenzkantons anders entschieden als die Mehrheit der schweizerischen Partei und sich von ihr lösten. Für 15 Jahre trennten sich die Wege der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* und der Schaffhauser Linken.

## Der Schaffhauser Entscheid für die Komintern

### *Die Haltung der Parteiführer*

Die Radikalisierung der Schaffhauser Arbeiterschaft durch den Ersten Weltkrieg und den Landesstreik (S. 261) führte zu einer Haltung der *Sozialdemokratischen Partei des Kantons Schaffhausen*, die Walther Bringolf wie folgt umreisst:

*In Schaffhausen war innerhalb der Arbeiterschaft eine starke Linksströmung, und die Mehrheit war unbestritten auf den Kurs orientiert, wie er am Kongress der Kommunistischen Internationale 1919 in Moskau festgelegt worden war. Man schätzte die Vergangenheit der deutschen Sozialpatrioten, wie man sie damals nannte, der Scheidemann, Ebert und Noske, gar nicht. Man stand unter dem Einfluss des Kurses von Robert Grimm und seinen Freunden, eines politischen Kurses, der ausgesprochen links war, links von den deutschen, den österreichischen und den französischen Sozialdemokraten in Europa, die sich während des Ersten Weltkrieges zur militärischen Verteidigung ihres eigenen Landes, zum Kriege oder zu den Kriegszielen Deutschlands bekannt hatten<sup>16</sup>.*

Diese internationalistische Strömung war von der Haltung der Schaffhauser Partei- und Arbeiterführer wesentlich mitbestimmt. Der kantonale Parteipräsident Philipp Wildberger galt seit der

---

<sup>16</sup> Bringolf 62.



Jahrhundertwende als der radikalste Sozialdemokrat in Schaffhausen. Er besuchte 1912 den Friedenskongress der Zweiten Internationale in Basel und war Ende des Ersten Weltkrieges eindeutig auf den scharfen Kurs der Zimmerwalder Linken orientiert. Im Generalstreikgeschehen trat er nicht hervor, doch setzte er sich mit Parteisekretär Heinrich Schöttli in der Vorstandssitzung der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* vom 12. Juli 1919 energisch dafür ein, dass dem kommenden Parteitag der sofortige Anschluss an die Dritte Internationale beantragt werde<sup>17</sup>. Heinrich Schöttli stand als Partei- und Arbeitersekretär im Zentrum der Schaffhauser Arbeiterbewegung, für die er die neugegründete *Arbeiter-Zeitung* in kämpferischem Ton führte. Schon aufgrund dieser Tätigkeit war er zu einem radikalen Kurs gegenüber den Grütlianern und dem *Echo vom Rheinfall*, seinem Konkurrenzblatt, verpflichtet. Als Demonstrationsredner, Parlamentarier und Mitorganisator des Generalstreiks in Schaffhausen hatte er sich für die Belange der Arbeiterschaft eingesetzt und sich grosse Popularität erworben. Als Radikaler erwies sich auch Metallarbeitersekretär Heinrich Weber, der zweite Hauptexponent des Schaffhauser Streikkomitees von 1918, der nach dem Abbruch des Streiks die Bildung von Arbeiterräten anstrebte und damit die Militärjustiz in Aktion versetzte<sup>18</sup>. Für das Vertrauen, das er unter der Arbeiterschaft genoss, spricht seine Wahl zum Stadtrat von Schaffhausen am 21. November 1920.

Das damals unbestritten prominenteste Mitglied der *Sozialdemokratischen Partei* war aber Stadtpräsident Hermann Schlatter. Er war in diesen Tagen der überragende schlaue Taktiker, der es fertigbrachte, gleichzeitig gute persönliche Beziehungen mit dem Streikkomitee und Major Rudolf Schüpbach, dem Kommandanten der Ordnungstruppen, zu pflegen<sup>19</sup>, ausserdem sowohl mit den bürgerlichen Regierungsräten Dr. Altorfer und Dr. Sturzenegger befreundet zu sein als auch mit der überzeugten russischen Kommunistin Rosa Grimm, der geschiedenen Frau von Robert Grimm, konspirativ zusammenzuarbeiten<sup>20</sup>. Stadtpräsident Hermann Schlatter sprach sich anlässlich der sozialdemokratischen Demonstration vom 1. August 1919 — man beachte das Datum — für die Dritte Internationale aus<sup>21</sup>. Kurz darauf trat er vom Stadtpräsidium zurück,

---

<sup>17</sup> Rohr 149, Anmerkung 566.

<sup>18</sup> Rohr 82,86—87.

<sup>19</sup> Schlatter-Haas 1.

<sup>20</sup> Mitteilung Regina Kägi-Fuchsmann 4.7.1969.

<sup>21</sup> AZ 3.8.1919.



um sich grösstmögliche politische Freiheit gegenüber Staat und Stadt zu wahren<sup>22</sup>. Im Kantonsrat stellte Hermann Schlatter eine Motion auf Totalrevision der Verfassung in folgendem Sinn:

- a) *Die politische Organisation des Staates soll sich aufbauen auf die wirtschaftlichen und Berufsgruppen des Volkes unter proportionaler Berücksichtigung ihrer Zahl und Bedeutung. Das Mitspracherecht der Arbeiterschaft in den industriellen und gewerblichen Betrieben soll verfassungsmässig garantiert werden.*
- b) *Gleiche politische Rechte für Männer und Frauen, ev. besondere Frauenorganisationen als Teil der politischen Organisation mit Spezialkompetenzen, namentlich im Schulwesen (Arbeitsunterricht usw.).*
- c) *Vorbereitung eines gründlichen sozialen Ausgleichs durch Ueberführung des Kapitalbesitzes, der gewisse Grenzen übersteigt, in das Eigentum des Staates, eventuell einstweilen nur durch erhebliche Beschränkung des Erbrechtes.*
- d) *Erschwerung der Akkumulierung von Privatkapital durch genossenschaftliche Zusammenfassung aller produktiven Kräfte des Volkes, sowie Unterbindung der Kapitalisierung des Arbeitsertrages durch Verstaatlichung des Hypothekarwesens mit allmählicher Tilgung auf dem Wege von Zwangsanleihen mit niedrigem Zinsfuss.*
- e) *Vereinfachung des Staatshaushaltes und gründliche Gerichtsreform.*
- f) *Trennung von Kirche und Staat, freie Schule mit dem Ziel der Erziehung zum Gemeinsinn<sup>23</sup>.*

Die ungewöhnliche Motion wurde vom Antragsteller zurückgezogen, bevor der Kantonsrat über die Auswirkung derart schwerwiegender Eingriffe in das Wirtschaftsleben beraten konnte. Offensichtlich hatte Hermann Schlatters Vorstoss keine Chance, von Freisinnigen und Bauernvertretern Unterstützung zu erhalten<sup>24</sup>. Als naiv-kühner Versuch, eine gewaltige Umwälzung der sozialen

---

<sup>22</sup> Rohr 88. Der Kommentar von Redaktor Eduard Gubler zu Schlatters Rücktritt (SI 5.8.1919) führte zu einem Ehrverletzungsprozess, den Gubler amüsant beschreibt (vgl. SN 23.12.1961).

<sup>23</sup> Protokoll KR 27.8.1919, 7.11.1919.

<sup>24</sup> Protokoll KR 29.3.1920.



Verhältnisse auf parlamentarischem Weg einzuleiten, verdient die Motion Schlatter immerhin Beachtung.

Unter dem Linkstrend der Schaffhauser Arbeiterführer nahm sich Haltung und Betätigung des damals 25 Jahre alten Journalisten Walther Bringolf gut aus, der in seiner Person die Dritte Internationale und die schweizerische Parteilinke mit der *Sozialdemokratischen Partei des Kantons Schaffhausen* zu verbinden suchte. Als Mitredaktor der *Arbeiter-Zeitung*, die damals als Kopfblatt des *Volksrechts* herauskam (S. 268), hatte er die Möglichkeit, die Stimmung der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig zugunsten der Komintern zu beeinflussen.

Nicht nur die Haltung der Partei- und Arbeiterführer in Schaffhausen war eindeutig positiv gegenüber der Dritten Internationale, sondern auch diejenige der Parteimitglieder. Darüber geben die Stimmenzahlen der Urabstimmungen und die Parteitagsprotokolle klare Auskunft. Als es im September 1919 darum ging, den Beschluss des schweizerischen Parteitages auf Beitritt zur Komintern zu sanktionieren, ergaben sich folgende Resultate in den Schaffhauser Parteisektionen<sup>25</sup>:

<i>Sektion</i>	<i>Mitglieder</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Beringen	50	23	5
Buchthalen	30	—	—
Herblingen	22	—	—
Neuhausen	180	70	63
Neunkirch	27	15	—
Ramsen-Buch	17	12	—
Schaffhausen	360	178	39
Stein-Hemishofen	35	11	10
Kanton total	721	302	61

Die Schaffhauser Sozialdemokraten stellten sich also mit grosser Mehrheit hinter den Parteitagsbeschluss und stimmten dem Beitritt zur Komintern zu. Gegenüber dem schweizerischen Resultat (8599 Ja gegen 14 364 Nein) zeigte sich eine Diskrepanz, welche die Schaffhauser Kantonalpartei an den äussersten linken Flügel der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* verwies.

<sup>25</sup> Rohr 150, Anmerkung 567.



## *Der Parteitag in Beringen*

Der kantonale Schaffhauser Parteitag vom 24. Oktober 1920 in der «Sonne» in Beringen befasste sich ausführlich mit der Stellungnahme zur Dritten Internationale und den 21 Bedingungen<sup>26</sup>. Kantonalpräsident Philipp Wildberger eröffnete die denkwürdige Sitzung, die von 48 Delegierten und 140 Gästen besucht war. Arbeitersekretär Heinrich Schöttli referierte für die Dritte Internationale und erläuterte die 21 Bedingungen. Seine Worte zeugen davon, dass er die heiklen Stellen in den Aufnahmebedingungen weder übersah noch verschleierte, aber für die lokalen Verhältnisse interpretierte. Nach einem Rückblick auf die zusammengebrochene Zweite Internationale, aus der es Lehren zu ziehen gelte, hob Schöttli die Bedeutung des Zweiten Kongresses der Dritten Internationale hervor, der das Mittel zur endgültigen Ueberwindung des Kapitalismus aufgezeigt habe:

*Der rücksichtslose Klassenkampf bis zur Anwendung der Gewalt zur Beseitigung der heutigen Staatsform, die Diktatur nach Ergreifung der Gewalt, um das Regiment zu behalten. Es ist klar, dass diese Diktatur nicht etwa nur eine schöne Phrase sein kann, sie ist eine raue Wirklichkeit.*

Waren diese Worte für den Redner mehr als Phrase? War es mehr als ein publikumswirksamer Abklatsch der Reden Lenins, die sich auf die Verhältnisse in Russland bezogen und für die Schweiz nur bedingt Gültigkeit hatten? Etwas weniger kraftvoll, dafür ein Stück realistischer war Schöttli, als er auf die Situation in Schaffhausen zu sprechen kam: *Klar ist, dass wir heute nicht schon die Diktatur verwirklichen können und mit sogenannten Putschen nichts erreichen.* Als positive Forderungen der Komintern erwähnte Heinrich Schöttli den notwendigen Kampf gegen die Sozialpatrioten und die Säuberung der Partei und der Parlamentsfraktionen von unzuverlässigen Elementen. Die Straffung und Stärkung der Partei, der Ruf nach zuverlässigen Funktionären als Redaktoren der Parteipresse, der Kampf um die Mehrheit in Gewerkschaften und Genossenschaften, die verstärkte Agitation auf dem Lande, alle diese Aufnahmebedingungen kamen den Wünschen und Plänen des Parteikaders in Schaffhausen entgegen und wurden von Schöttli gebührend erwähnt. Er verglich die Kommunistische Partei der Zukunft mit einer Armee, die einen Generalstab besitzt, dessen Be-

---

<sup>26</sup> Protokoll in AZ 26.—27.10.1920.



fehle ausgeführt werden müssen. Eine Aufgabe der Partei sei es, die *bürgerliche Armee zu zersetzen und die Sowjetrepubliken zu unterstützen*. Als konkrete Massnahmen schlug Schöttli vor, die Arbeiter im Wehrkleid zu überzeugen von der Schlechtigkeit der heutigen Wirtschaftsordnung und von der Notwendigkeit, Munitionstransporte zu verhindern und Boykotte durchzuführen. Der Arbeitersekretär nahm den Vorwurf vorweg, die 21 Bedingungen seien von Moskau diktiert worden, indem er ausführte:

*Die Bedingungen sind nicht gemacht nur von den Russen, sondern vom ganzen Kongress in Moskau, der in grosser Mehrheit nicht aus Russen bestanden hat. Wir haben kein Recht zu behaupten, die 21 Bedingungen können auf unsere Partei keine Anwendung finden, denn sie sind aufgestellt worden von den Vertretern des ganzen revolutionären Weltproletariates.*

Zum Schluss seiner Rede beantragte Heinrich Schöttli im Namen des kantonalen Parteivorstandes, dass sich die Anwesenden in den einzelnen Sektionen für die 21 Bedingungen einsetzen und die Delegierten für den schweizerischen Parteitag entsprechend beauftragen sollten.

Nach Arbeitersekretär Schöttli ergriff Walther Bringolf, der als Gast anwesend war, das Wort und erklärte, dass die 21 Bedingungen aus den Erfahrungen der russischen Partei entstanden seien, daher in ihrer Formulierung auf die Anwesenden negativ wirken könnten. Die 21 Punkte seien sehr tolerant gegenüber den Arbeitern, aber gegenüber den Führern seien sie schroff. Den gegenteiligen Standpunkt vertrat der langjährige Parteipräsident Eduard Haug, der die 21 Bedingungen weniger von ihrer taktischen Funktion her als auf ihren genauen Wortgehalt untersucht hatte. Da er die Punkte für undurchführbar hielt, beantragte er wie Friedrich Schneider in Basel, auf den er sich bezog, sich nach Moskau zu wenden und dort eine Abänderung der Aufnahmebedingungen zu beantragen. Eduard Haug lehnte die starke Zentralgewalt ab, weil das Exekutivkomitee nicht in der Lage sei, die Situation der Sektionen aus der Ferne zu beurteilen. Der Antrag Haugs hatte kein positives Echo, und obwohl sich seine kritische Haltung auf erwägenswerte Punkte bezog, zeigte der weitere Diskussionsverlauf, dass er mit seiner Meinung isoliert stand.

Betreffend der durch die 21 Bedingungen geforderten illegalen Organisationen erwähnte Philipp Wildberger, dass das Bürgertum bereits in der Bürgerwehr eine entsprechende Organisation auf-



gebaut habe. Die Zentralgewalt befürwortete er, damit auf Kongresse auch endlich Taten folgten. Hermann Schlatter, der sich in der Diskussion auffallend ruhig verhielt, verwahrte sich gegen die Kritik an den Führern der Zweiten Internationale, *zumal wenn sie von Jüngeren kommt, die erst in der jetzigen Zeit erstanden sind*. Hans Müller, der ehemalige Echo-Redaktor, nun Neuhauser Gemeindepräsident, sprach für den Beitritt zur Dritten Internationale, unbekümmert darum, dass einzelne Punkte nicht ganz verständlich seien. Hermann Huber versicherte: *Wir stürzen uns nicht in ein Abenteuer, man wird uns nicht zumuten, dass wir etwas ausführen sollen, was wir nicht können*, und Heinrich Schöttli doppelte in seinem Schlusswort nach: *In den 21 Bedingungen ist keine Bestimmung auf sofortige Revolution. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmen unsere Tätigkeit*. Die Abstimmung über die grundsätzliche Annahme der 21 Bedingungen ergab 35 Ja gegen 1 Nein. Damit erteilten sich die Delegierten selbst den Auftrag, sich in ihren Sektionen für die Annahme der 21 Punkte einzusetzen.

Wie ist der Entscheid und die vorausgegangene Diskussion des Beringer Parteitages zu beurteilen? Offensichtlich standen die Delegierten unter dem starken Einfluss der weltpolitischen Lage. Die 21 Bedingungen wurden weniger als vertragliche Verpflichtung denn als Leitlinie taktischer Art betrachtet. Der Vergleich des Textes der 21 Bedingungen<sup>27</sup> mit der Parteipolitik der Schaffhauser Kommunisten im folgenden Jahrzehnt zeigt klar, dass man die Punkte gar nicht buchstabengetreu anwenden wollte und dass nach 1928 ausser Walther Bringolf niemand vom Parteikader daran dachte, sich strikte daran zu halten. Die Bedingungen, welche die Parteidisziplin und die Unterstellung der Presse betrafen<sup>28</sup>, wurden Walther Bringolf selbst zum Verhängnis, indem er nach dem Sechsten Weltkongress nicht mehr gleichzeitig treues kommunistisches Parteimitglied und souveräner Behördevertreter der Schaffhauser Arbeiterschaft sein konnte (S. 431). Aus den verschiedenen Voten des Parteitages lässt sich entnehmen, dass man sich einer Straffung der Partei durchaus nicht widersetzte, dagegen die letzten Konsequenzen bei einem allfälligen Missbrauch des «demokratischen Zentralismus» übersah. Die Möglichkeit eines revolutionären Umsturzes wurde zwar nicht ausgeschlossen, aber auch nicht direkt anvisiert. Von einem bewaffneten Einsatz mit dem Ziel, die staatliche Rechtsordnung zu beseitigen, ist nicht die Rede. Dagegen er-

<sup>27</sup> Abdruck in Pirker 24—29.

<sup>28</sup> Pirker 25. Vgl. S. 392.



zeugte die *Arbeiter-Zeitung* in diesen Monaten mit der wörtlichen Radikalismus, der auf bürgerlicher Seite Bestürzung und Furcht Uebernahme von Kampfreden in ihre Spalten einen journalistischen auslöste. Es liess sich für Uneingeweihte oft nicht entscheiden, was als rein verbale Revolutionsideologie zu gelten habe und was sich als geplante Massnahmen auf die konkreten lokalen Verhältnisse bezog.

### *Urabstimmung 1924*

Der Entscheid des Beringer Parteitages zeichnete den Weg der *Sozialdemokratischen Partei des Kantons Schaffhausen* vor. Sie musste nach dem ereignisvollen Wahlherbst von 1920, aus dem sie gestärkt und siegesbewusst hervorgegangen war, im Januar erneut in einer Urabstimmung Stellung nehmen zu den 21 Bedingungen. Die Urabstimmung betraf nicht, wie oft zitiert wird, den Beitritt oder Nichtbeitritt der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* zur Komintern<sup>29</sup>; doch es scheint, dass die schweizerische Parteileitung mehr oder weniger unbewusst eine entsprechende Täuschung provozierte<sup>30</sup>. Der Abstimmungstext hatte folgenden Wortlaut:

1. *Die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale werden, weil unerfüllbar, abgelehnt.*
2. *Geschäftsleitung und Parteivorstand werden beauftrag, mit jenen Parteien des Auslandes, die sich der Kommunistischen Internationale anzuschliessen wünschen, sich aber mit den 21 Bedingungen nicht einverstanden erklären können, in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit diesen Parteien eine Revision der Aufnahmebedingungen zu erstreben, die den internationalen Zusammenschluss der revolutionären Arbeiterparteien ermöglicht<sup>31</sup>.*

Die Schaffhauser Geschäftsleitung empfahl ihren Parteigenossen, eine Revision der 21 Punkte abzulehnen und mit Nein zu stimmen<sup>32</sup>. Und wieder ergab sich ein Auseinanderklaffen der schweizerischen und der Schaffhauser Abstimmungsergebnisse<sup>33</sup>.

---

<sup>29</sup> Egger 218. Gruner, Parteien 140. Wottreng 12.

<sup>30</sup> Das Sekretariat der SPS gab das Abstimmungsergebnis bekannt als Resultat der Urabstimmung betr. Beitritt zur Dritten Internationale (AZ 31.1.1921). Schon zuvor hatte die AZ auf eine Täuschungsabsicht hingewiesen (AZ 13.1.1921).

<sup>31</sup> AZ 17.1.1921.

<sup>32</sup> Aufruf vom 6.1.1921 in AZ 12.1.1921.

<sup>33</sup> AZ 18.1.—31.1.1921. Mitgliederzahlen nach Rohr 150, Anmerkung 567.



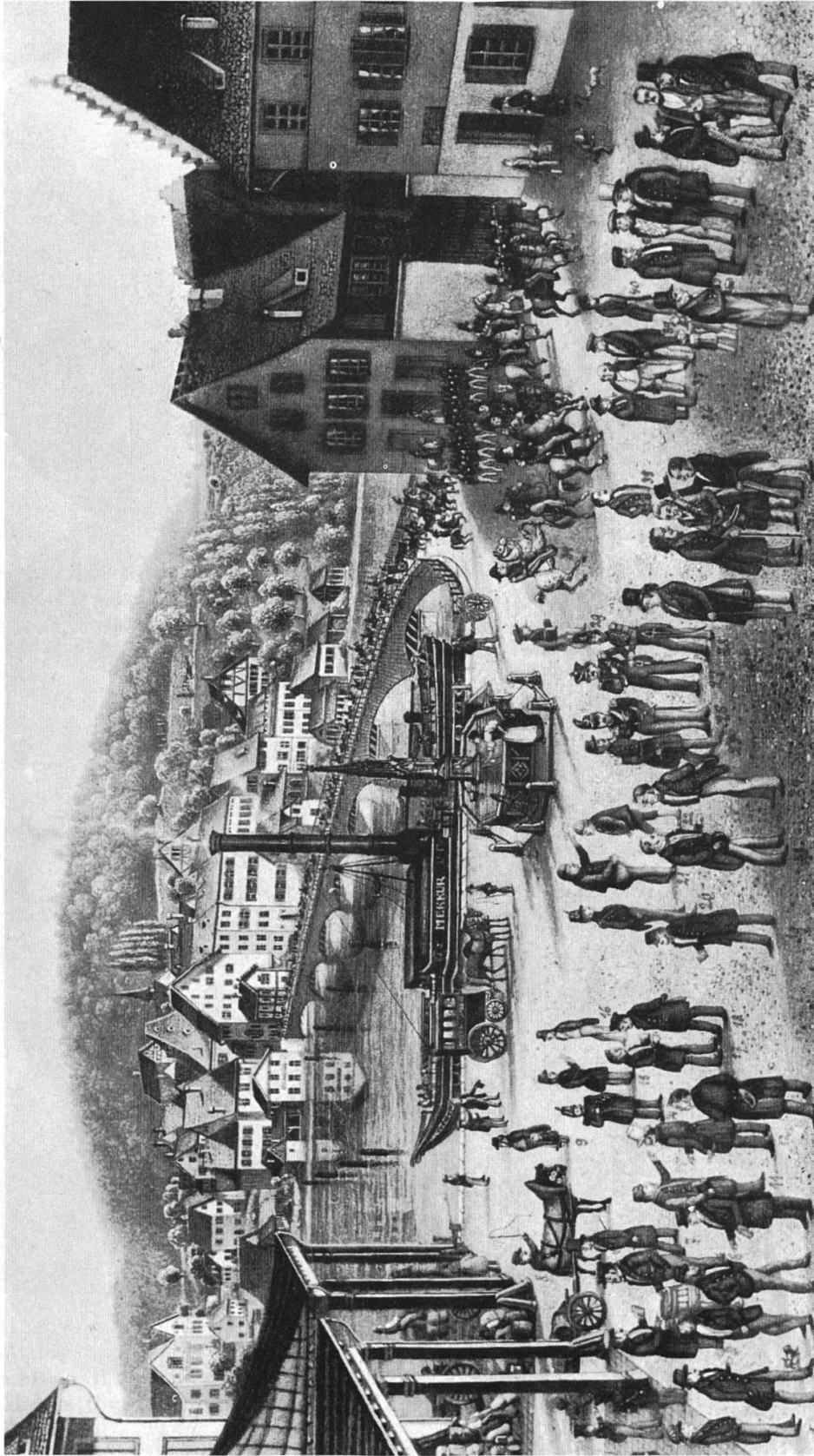
<i>Sektion</i>	<i>Mitglieder</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Beringen	50	2	24
Buchthalen	30	3	13
Herblingen	22	—	—
Neuhausen	180	29	105
Neunkirch	27	7	13
Ramsen-Buch	17	—	—
Schaffhausen	360	50	241
Schleitheim	[?]	5	24
Stein am Rhein	35	11	24
Thayngen	[?]	1	16
Kanton total		108	460

Das schweizerische Resultat ergab dagegen 25 475 Ja gegen 8777 Nein. Von Interesse sind auch die Zahlen anderer Sektionen in der Region Schaffhausen:

<i>Sektion</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Feuerthalen (ZH)	11	78
Flurlingen (ZH)	6	13
Diessenhofen (TG)	21	42
Uhwiesen (ZH)	25	2

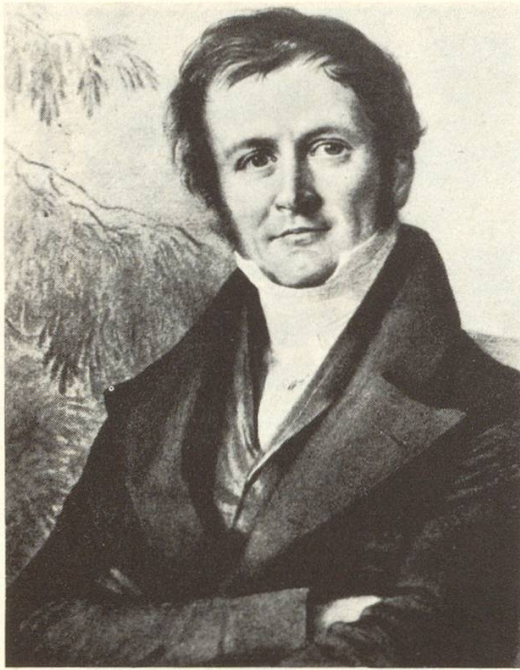
Alle Sektionen der *Sozialdemokratischen Partei des Kantons Schaffhausen* lehnten eine Revision der 21 Bedingungen ab. Ihnen folgten die unmittelbar vor der Stadt gelegenen Zürcher Sektionen Feuerthalen und Flurlingen, welche die *Arbeiter-Zeitung* als ihr Publikationsorgan bezeichnet hatten. Auch die Thurgauer Sektion Diessenhofen stimmte ähnlich wie Schaffhausen. Uhwiesen dagegen, relativ nahe bei Schaffhausen, geographisch aber doch bereits dem Zürcher Weinland zugewandt, schloss sich der zürcherischen und schweizerischen Mehrheit an.





Durch einen «Staatsputsch» verhinderten die Intellektuellen 1842 die Neuüberbauung des Platzes an der Schifflande, der seit damals die programmatische Bezeichnung «Freier Platz» trägt (Text S. 61—63).





Bürgermeister Franz Anselm von Meyenburg-Rausch, Anhänger der Mediationsverfassung, vermittelte bis 1835 zwischen Neuerern und Konservativen (S. 51).



Johann Conrad Laffon wirkte entschieden für den Liberalismus und repräsentierte mit Bernhard Joos die Volksversammlung von 1834 (S. 51).



Friedrich Peyer im Hof, 1847 die «Seele der Antisonderbündler», wurde 1848 in den Nationalrat gewählt und wandelte sich von einem Radikalen zu einem Liberalen (S. 71).



Johann Heinrich Ammann, von 1845 an Redaktor der radikalen *Schaffhauser Zeitung*, durchlief später alle einflussreichen Ämter in Stadt und Kanton (S. 63—68).



**Liberales und  
konservative  
Landvertreter  
um 1865**



Regierungsrat  
Johann Conrad Bringolf  
von Hallau



Regierungsrat  
Johann Georg Gasser  
von Hallau



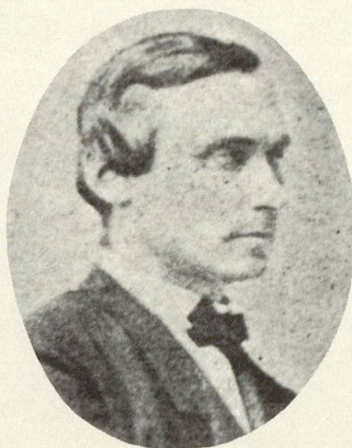
Regierungs- u. Ständerat  
Johannes Hallauer  
von Trasadingen



Ständerat  
Hieronymus Murbach  
von Gächlingen



Staatsschreiber  
Martin Wanner  
von Schleithem



Regierungsrat  
Emil Joos  
von Schaffhausen



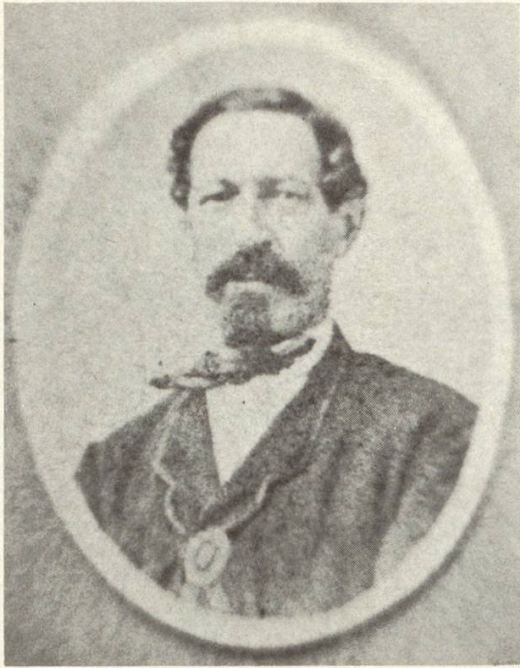
Ständerat  
Eduard Russenberger  
von Schaffhausen

**Liberales und  
demokratische  
Stadtvertreter  
um 1865**

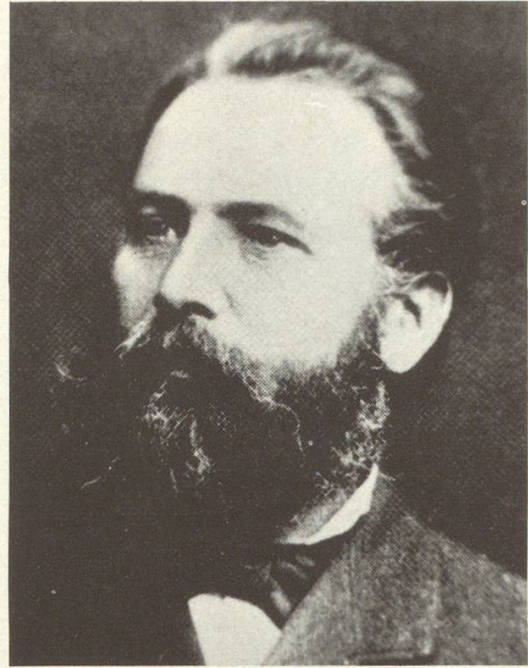


Intelligenzblattredaktor  
Theodor Bächtold  
von Schaffhausen





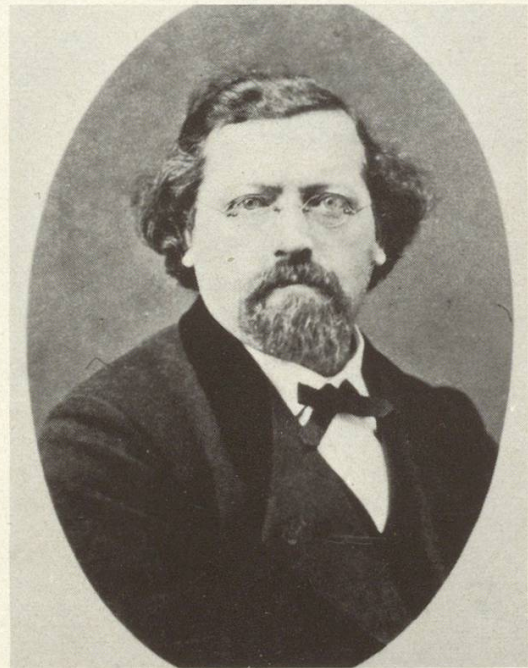
Johannes Uehlinger blieb zeitlebens seiner demokratischen Oppositionshaltung treu und verunsicherte als angriffiger Redaktor die Behörden.



Samuel Pletscher versuchte als Redaktor der *Schaffhauser Nachrichten II* die demokratischen Ideen volkstümlich zu machen. Später wirkte er als Ratssekretär.



Gustav Schoch, Jurist und Redaktor, vertrat die Anliegen der Niedergelassenen. Die Verfassung von 1876 ist weitgehend sein Werk. War später Regierungs-, National- und Ständerat.



Heinrich Stamm vertrat auf kantonaler und eidgenössischer Ebene die Ideen der demokratischen Bewegung. 1875 verzichtete er auf das Regierungsratsmandat und wurde Bundesrichter.





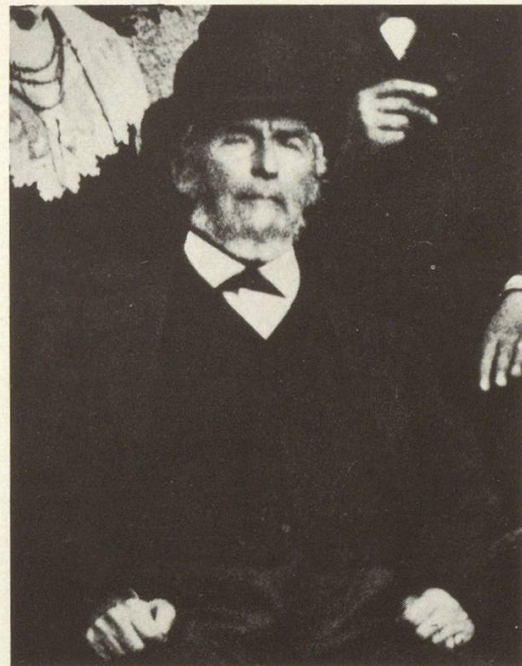
Zacharias Gysel, Regierungs- und Ständerat, war von 1852 bis 1878 die beherrschende Persönlichkeit der Schaffhauser Regierung. Den demokratischen Ideen trat er vehement entgegen.



Hermann Freuler, Redaktor der *Schaffhauser Zeitung II*, erwies sich als Skeptiker gegenüber den Forderungen der Demokraten. Geistig den Liberal-Konservativen verwandt, blieb er ein unabhängiger Einzelgänger.



Christoph Moser-Ott bemühte sich als kämpferischer Demokrat und Regierungsrat um die Erneuerung des Staatswesens und die Ansiedelung von Industriebetrieben in Schaffhausen.

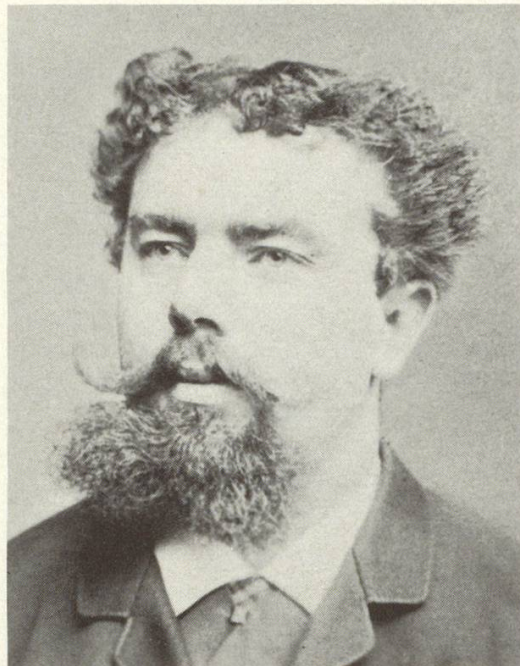


Wilhelm Joos, Nationalrat 1863–1900, wohl die originellste Figur unter den Schaffhauser Politikern. Als isolierter Einzelgänger eilte er den Ideen der Sozialdemokraten voraus und fand erst gegen das Lebensende Anerkennung.

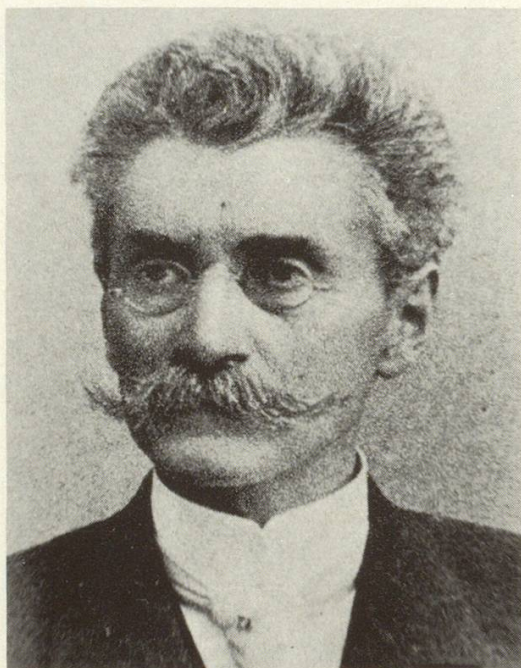




Carl Sigerist-Schelling leitete 1894 eine Kampagne für die Totalrevision der Kantonsverfassung ein. Der von sozialistischen Ideen getragene Versuch scheiterte (S. 189).



Kannte Richard Finus den Anarchisten Johann Most, der in Schaffhausen seine *Freiheit* drucken liess? Sicher war Finus am Schriftenschmuggel nach Deutschland beteiligt (S. 161 bis 170).



Eduard Haug, Kantonsschulprofessor, schloss sich als angesehene Persönlichkeit des Bürgertums den Sozialdemokraten an. Der persönliche Erfolg auf politischer Ebene blieb aus.



Hermann Schlatter, erster Schaffhauser Arbeitersekretär und Echo-Redaktor, verhalf den Sozialdemokraten zum Durchbruch und wurde 1917 Stadtpräsident von Schaffhausen.





Emil Frauenfelder stand als Demokrat am linken Flügel des Freisinns und wirkte dem kämpferischen Parteiegoismus mit ausgleichenden Vorschlägen entgegen.



Robert Grieshaber, erster Präsident der allumfassenden *Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen*, war ein Mann der Mitte und des Ausgleichs.

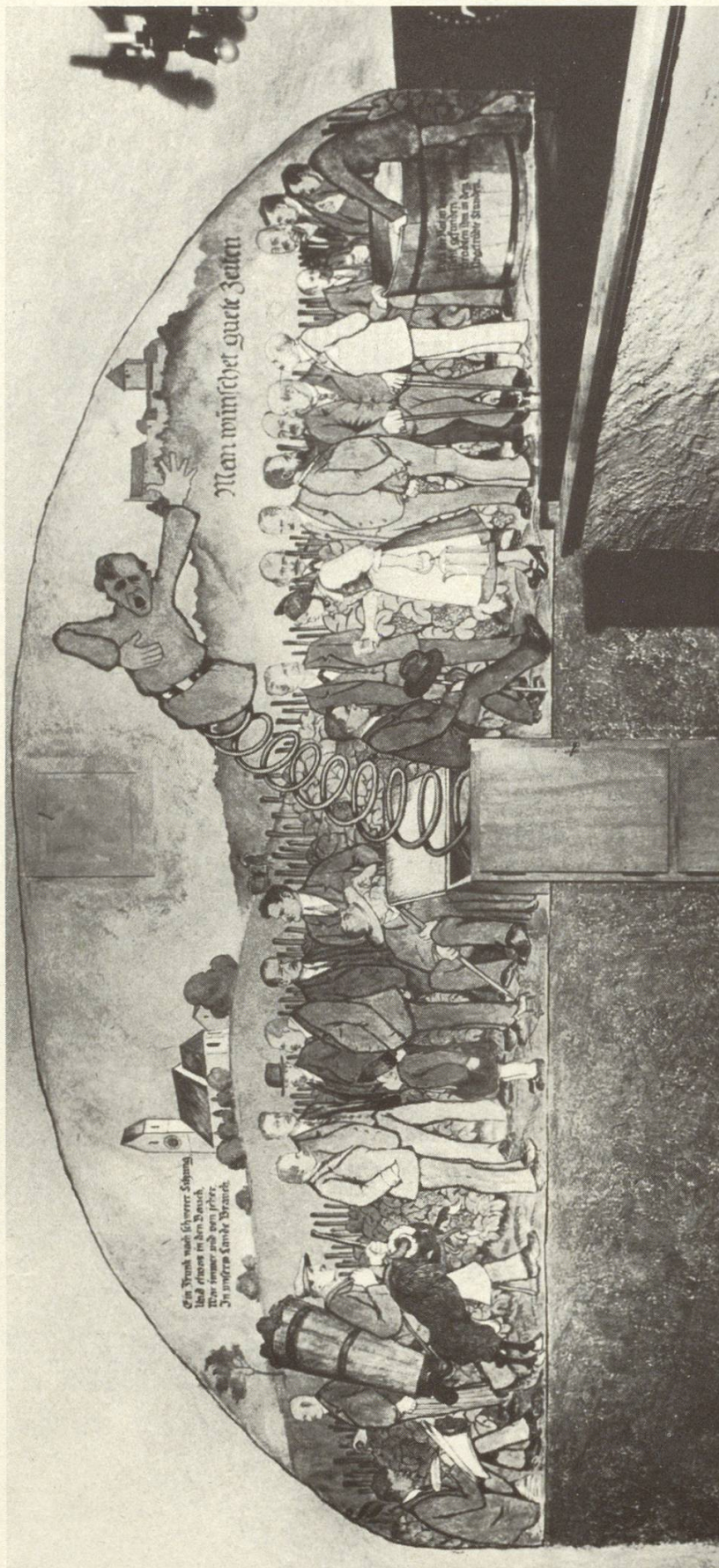


Heinrich Bolli, Strafrechtler, Oberst und Ständeratspräsident im Landesstreikjahr 1918, stellte sich den Sozialdemokraten entschieden entgegen.



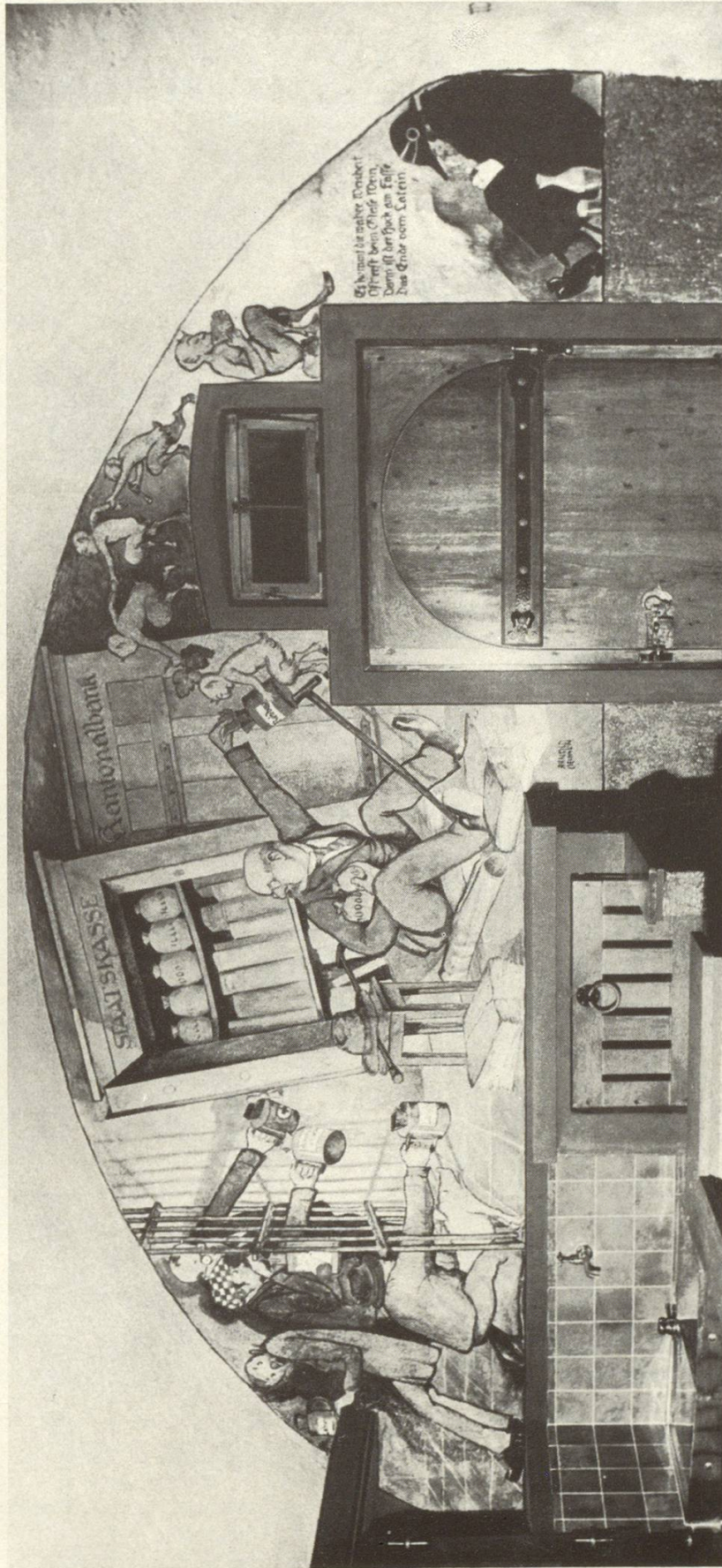
Carl Spahn, Schaffhauser Stadtpräsident 1894—1917, war ein aufgeschlossener Kommunalpolitiker, der auch mit den Stimmen der Linken rechnen konnte.





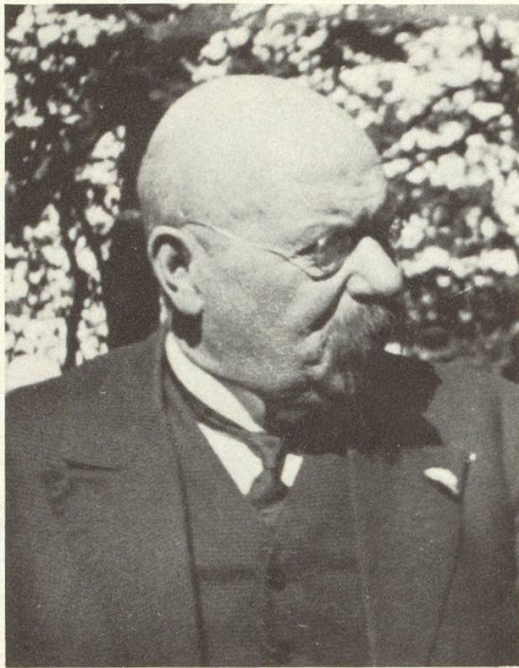
Der Schaffhauser Ratskeller, 1929/31 auf Antrag von Theodor Lunke nach Plänen von Architekt Otto Vogler geschaffen, enthält Wandgemälde von Arnold Oechslin, welche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und die Situation des Kantons um 1930 festhalten. Von links nach rechts: Gerichtsschreiber Erwin Müller, Theodor Lunke (KVP), Kellermeister Carl Specht, Josef Schneider (KVP), Hans Käser (FDP), Alfred Erzinger (BP), Oswald Heer (FDP), Stadtpräsident Heinrich Pletscher (FDP), Stadtrat Robert Brüttsch (FDP); entsprechend der Situation während der Kantonsratsitzungen drückt Philipp Wildberger (KP, sitzend) auf den Knopf, damit Hermann Schlatter (KP, an der Feder) aus der Versenkung aufspringt und deklamatorische Reden hält; Regierungsrat Ernst Lieb (BP, sitzend), Regierungsrat Traugott Waldvogel (BP), Martha Rahm-Gasser (?), Regierungsrat Jakob Ruh (BP), Nationalrat Arnold Rahm (BP), Regierungsrat Anton Schmid (Thurgau), Regierungsrat Fritz Sturzenegger (FDP), Regierungsrat Gottfried Altorfer (FDP), Regierungsrat Otto Schärer (FDP), Stadtrat Emil Meyer (SP), Staatsschreiber Georg Hedinger, Standesweibel Gottfried Bachofner, Josef Ebner (KVP).





Das Wandgemälde auf der Ostseite des Schaffhauser Ratskellers verweist auf die beherrschende Stellung von Regierungsrat und Finanzdirektor Gottfried Altorfer um 1930. Der Inhalt von Staatskasse und Kantonalbank wird der Rebkasse und den Weinteuflchen zugehalten, welchen auf seine Weise Standesweibel Gottfried Bachofner (rechts unten) huldigt. Den Vertretern des Blauen Kreuzes, der Arbeitslosenkasse und der Bauernschaft wendet Altorfer lediglich den Rücken und einen bösen Blick zu. Der Vertreter der Lehrerschaft (ganz links) ist bereits so eingeschüchtert, dass ihm der Mut fehlt, seinerseits um einen Zustupf zu betteln.





Gottfried Altorfer, Regierungsrat 1915—1940, verwaltete mit starker Hand die Staatsfinanzen. Dem aner kennenswerten Sparwillen fielen al lerdings auch notwendige Investitio nen zum Opfer.



Eugen Müller, Redaktor des *Schaff hauser Tagblattes* 1883—1928, war mit seiner Zeitung während Jahr zehnten der Brennpunkt des libera len, gehobeneren Bürgertums (S. 505).



Heinrich Pletscher, Schaffhauser Stadtpräsident 1919—1932, vermoch te seine Verdienste nicht ins Rampen licht zu stellen und wurde von der Linken zum Rücktritt gezwungen (S. 505).

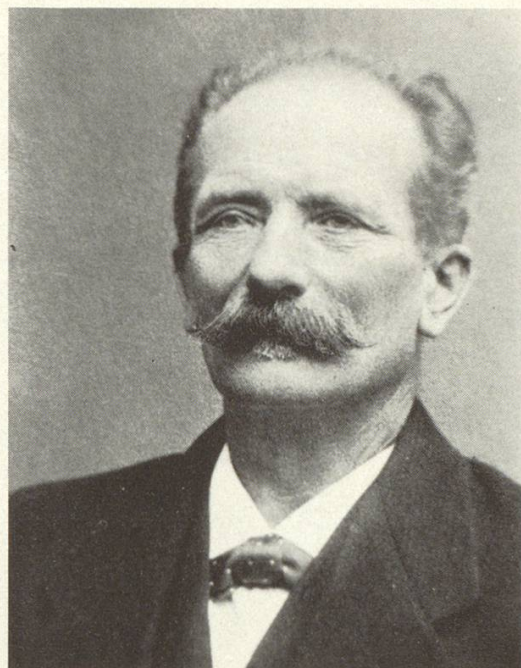


Hans Käser, Kantonalpräsident der FDP nach 1932, wirkte für eine Er neuerung des Freisinns. Er grenzte seine Partei klar ab von der *Neuen* und *Nationalen Front* (S. 522).

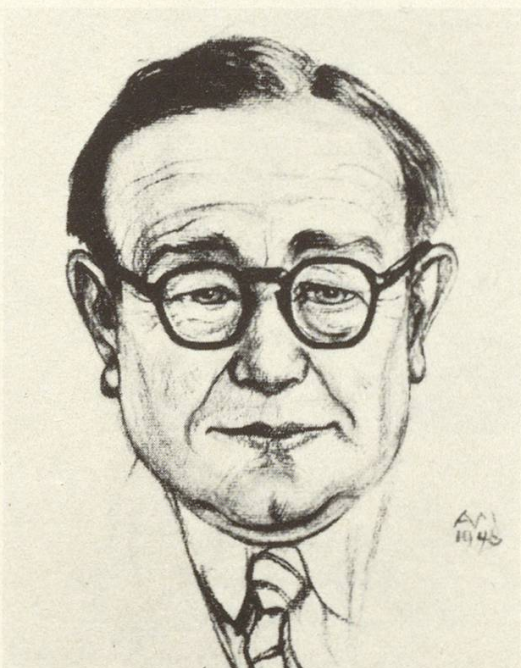




Traugott Wanner von Schleithem, erster Geschäftsführer der Bauernkreditkasse, hielt sich am rechten Flügel der *Bauernpartei*, die er bis 1936 leitete. Regierungsrat 1935—1948.



Traugott Waldvogel (BP), Regierungsrat 1906—1930, Nationalrat 1919 bis 1930, war der tatkräftige Förderer einer modernen Landwirtschafts-, Sozial- und Schulpolitik (S. 294).



Oskar Weibel, Bauernsekretär von 1943 bis 1956, blieb es vorbehalten, den Links- und Rechtskurs seiner Vorgänger Paul Schmid-Ammann und Hans Zopfi auf einen Weg der Mitte hin zu korrigieren (S. 324).

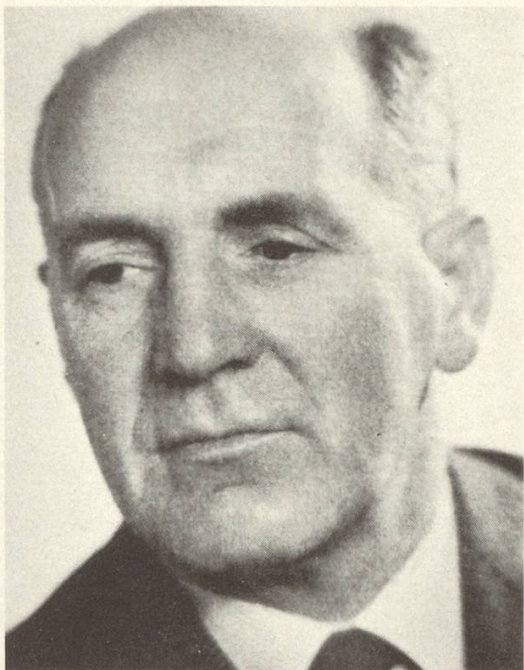


Ernst Lieb war nicht nur während Jahrzehnten der ruhende Pol der *Bauernpartei*, sondern entwickelte sich auch zum «starken Mann» der Schaffhauser Regierung, der er 1931 bis 1968 angehörte.









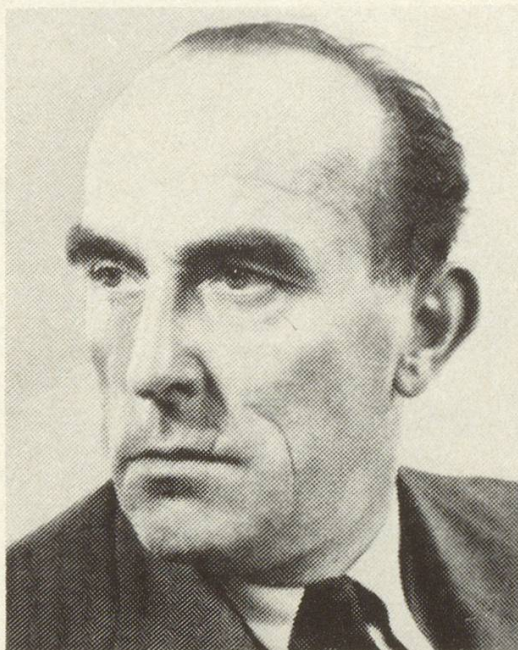
Hermann Erb, von Beruf ursprünglich Dreher, wurde nach dem Besuch der West-Universität in Moskau Arbeitersekretär, 1933 Stadtrat von Schaffhausen.



Ernst Illi kam als oppositioneller Kommunist um 1932 nach Schaffhausen, übernahm von Hermann Erb das Arbeitersekretariat und wurde 1945 Gemeindepräsident der Industriege-  
meinde Neuhausen am Rheinflall.



Ernst Bühler, Anhänger des religiös-sozialen Flügels der SP, gelangte 1935 als erster Sozialdemokrat in die Schaffhauser Regierung.



Georg Leu, Redaktor der *Arbeiter-Zeitung* 1933—1946, gelangte 1946 für Theodor Scherrer in den Regierungsrat. Seiner kämpferischen Haltung wegen hatte er harte Angriffe zu erdulden.





Walther Bringolf (links) schloss sich nach dem Besuch des Zweiten Kongresses der Komintern in Moskau dem linken Flügel der SPS an, der sich mit den Altkommunisten 1921 zur *Kommunistischen Partei der Schweiz* zusammenschloss. Der Linksinтеллектуelle, der sich in Wort und Aussehen den Kominternstrategen annäherte (vgl. Leo Trotzki rechts), wurde Redaktor der Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung*, aus der er ein gefürchtetes, helvetisch berühmt-berüchtigtes Organ machte.



Als kämpferischer Volksredner und Agitator errang er sich mit Charme, Ueberzeugungskraft und Hartnäckigkeit eine zentrale Stellung in der Arbeiterschaft. 1925 wurde er Nationalrat, 1933 Stadtpräsident von Schaffhausen. Zur Ueberraschung des Bürgertums erwies sich Walther Bringolf, der sich 1930 von der stalinisierten Komintern abgewandt hatte, als umsichtiger Verwaltungsmann. Der initiative Stadtpräsident stand bis 1968 im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens.



# Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen an die Bevölkerung des Kantons Schaffhausen

---

1.

Für morgen Sonntag, den 28. September 1930 ist ein internationales rotes Treffen angesagt.

2.

Der Regierungsrat hat die Abhaltung dieser umstürzlerischen und ruhestörenden Aktion untersagt.

3.

Er verbietet in Schaffhausen und Neuhausen alle Versammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, das Abhalten von Demonstrationsumzügen, das Herumtragen von Inschriften und Plakaten, das Absingen revolutionärer Lieder, sowie das Tragen der Arbeiterschutzwahl-Uniform.

Den ausländischen und außerkantonalen Teilnehmern ist der Eintritt in das Kantonsgebiet untersagt.

Zu widerhandlungen gegen diesen Beschluß werden im Polizeiverfahren bis zu 14 Tagen Gefangenschaft oder mit Geldbuße bis Fr. 200.- bestraft, sofern nicht die Bestimmungen des Strafgesetzes, insbesondere die §§ 93 Aufruhr, 97 Aufreizung, 98 Tumult, 102 ff. Widersetzung in Anwendung kommen.

Ausländer werden außerdem des Landes verwiesen.

4.

Die Regierung verfügt über Polizei und Militär und ist entschlossen, dem Verbot alle Nachachtung zu verschaffen. Die Truppe wird nach den für die Armee geltenden Bestimmungen handeln und ist mit scharfer Munition ausgerüstet.

5.

Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich nicht unnötigerweise auf Straßen und Plätzen aufzuhalten. Neugierige laufen Gefahr, wie Demonstranten behandelt zu werden.

Schaffhausen, den 27. September 1930.

**Im Namen des Regierungsrates,**

Der Vizepräsident: Dr. F. Sturzenegger.

Der Staatsschreiber: Dr. G. Hedinger.

Das Rote Treffen vom 28. September 1930, Ausfluss einer Revolutionsspielerei, fand trotz Verbot der Regierung statt und endete mit Schlägereien und Verhaftungen (S. 411).





Dekan Johann Franz Weber, Pfarrer von 1885 bis 1929, fasste die Schaffhauser Katholiken mit starker Hand zusammen und schaffte damit die Voraussetzung für eine katholische Politik (S. 250—255).



Ernst Uhlmann bewirkte als initiativer Chefredaktor des *Schaffhauser Intelligenzblattes* nach 1927 eine Reform der *Freisinnig-demokratischen Partei* (S. 500). Die militärische Laufbahn führte ihn zum Oberstkörpskommandanten.



Paul Schmid-Amman, Redaktor des *Schaffhauser Bauers* und Bauernsekretär 1928—1939, leitete die *Bauernpartei* auf einen Linkskurs, der bei Kriegsausbruch scheiterte (S. 300 bis 310).



Hermann Wanner trat 1955 an die Spitze der *Freisinnig-demokratischen Partei* und eroberte 1960 den zweiten Regierungssitz für die FDP zurück. Erziehungs- und Militärdirektor 1961 bis 1970.



### Der «Adler»-Parteitag

Anders als in Zürich und Basel gelang es in Schaffhausen, die Einheit der Partei vorerst zu bewahren und eine Teilung zu verhindern. Nach dem eindeutigen Resultat der Urabstimmung sah sich der Kantonalvorstand veranlasst, dem am 27. Februar 1921 im «Adler» in Schaffhausen tagenden Parteitag zu beantragen, aus der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* auszutreten<sup>34</sup>. Philipp Wildberger vertrat die persönliche Meinung, dass der Anschluss an die abgelöste Parteilinke die logische Konsequenz aus der Urabstimmung sei. Von den Sektionen Stein, Schaffhausen, Neuhausen und Beringen waren bereits entsprechende Anträge eingereicht worden. Nochmals stellte sich Professor Eduard Haug der Mehrheit der Delegierten entgegen. Er beantragte den Verbleib in der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* und gab der Meinung Ausdruck, Linke und Zentrum sollten zusammenbleiben und gemeinsam gegen das Bürgertum wirken. Er sah eine Gefahr in der politischen Zersplitterung der Arbeiterschaft, die mit der Sezession der Parteilinken am Berner Parteitag eingeleitet worden war. *Die Grundsätze scheiden uns nicht, sondern die Taktik*, rief er aus und wies den linksstehenden Schaffhauser Sozialisten die Aufgabe zu, als Sauerbrunn in der Gesamtpartei zu wirken. Sämtliche folgende Redner vertraten den Antrag des Parteivorstandes auf Austritt aus der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*. Heinrich Schöttli war der Ansicht, dass eine Parteispaltung in Schaffhausen nur stattfinden werde, wenn man innerhalb der schweizerischen Partei bleiben würde. Hans Müller wies nochmals auf den Passus der Komintern-Leitsätze hin, wonach den Verhältnissen des Landes Rechnung getragen werde. Er unterstrich damit, dass man in der Freiheit nicht beeinträchtigt sein werde. Walther Bringolf, wieder als Gast anwesend, verurteilte erneut die Haltung der Zentrums Politiker. Hermann Schlatter dagegen legte ein gutes Wort für sie ein, sprach dann aber auch dem Anschluss an die schweizerische Parteilinke das Wort und fügte bei: *Doch sollten wir wissen, was die Genossen, die nicht dafür sind, tun werden*. Emil Meyer mahnte zur Vorsicht in bezug auf die Gewerkschaften, deren Stellungnahme noch nicht abgeschätzt werden könne. Hermann Huber gab noch zu verstehen, dass der Parteivorstand den Anschluss an die schweizerische Parteilinke nicht beantragt habe, weil man der Ansicht gewesen sei, die Delegierten hätten frei zu entscheiden. Die Diskussion schloss mit

<sup>34</sup> Protokoll in AZ 1.3.1921.



zwei Voten, die beide durch die zukünftige Entwicklung widerlegt wurden: Walther Bringolf erklärte, dass als Folge eines Beitrittsbeschlusses keine neue Partei in Schaffhausen entstehen werde, und Eduard Haug gab, als ihm das Schlusswort zugestanden wurde, die Versicherung ab, dass er nie gegen die jetzigen Genossen handeln werde. Darauf stimmten die Delegierten über Verbleib oder Austritt aus der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* ab. Mit 50 gegen 6 Stimmen folgten sie dem Antrag des Vorstandes auf Austritt. Der Antrag der Sektion Stein am Rhein auf Anschluss an die schweizerische Parteilinke, die zukünftige *Kommunistische Partei der Schweiz*, wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis zum Beschluss erhoben.

### *Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz*

Am 5./6. März 1921 fand in der «Eintracht» in Zürich der Gründungsparteitag der *Kommunistischen Partei der Schweiz* statt. Die *Schaffhauser Partei* ordnete Hans Müller, Philipp Wildberger und Hermann Schlatter zu diesem Anlass ab<sup>35</sup>. Der erste Parteitag vereinigte die sozialdemokratische Parteilinke (5483 Mitglieder) mit der seit 1919 bestehenden (Alt-)Kommunistischen Partei (873 Mitglieder). Nach der Bereinigung der Statuten wurde Basel als Sitz der Schweizer Parteizentrale bestimmt und Dr. Franz Welti als deren Vorsitzender bestimmt. Die Schaffhauser Delegierten hielten sich während der Verhandlungen im Hintergrund. Keiner von ihnen wurde in die neungliederige Zentrale gewählt.

Gemäss den 21 Bedingungen hatten sich alle Sektionen der Komintern und der Länderparteien als *Kommunistische Partei* zu bezeichnen. Am 12. April wechselte die *Arbeiter-Zeitung*, die sich bisher als «Sozialdemokratisches Tagblatt für den Kanton Schaffhausen» bezeichnet hatte, ihren Untertitel und gab sich nun als Organ der kommunistischen Parteisektionen der Region Schaffhausen aus. Die offizielle Namensänderung wurde im Zusammenhang mit dem kantonalen Parteitag vom 20. Juni 1921 in Stein am Rhein getroffen<sup>36</sup>. Dort wurden auch die Statuten den neuen Umständen angepasst und die üblichen Wahlen und Sachgeschäfte erledigt. Dieser erste Parteitag der *Kommunistischen Partei des Kantons Schaffhausen* fand seinen Abschluss darin, dass die Delegierten einer Einladung von Professor Ferdinand Vetter folgten, die histo-

<sup>35</sup> Protokoll in AZ 8.—11.3.1921. Betreffend Wahl der Schaffhauser Delegierten siehe AZ 1.3.1921. Vgl. auch Anmerkung 222, Seite 432.

<sup>36</sup> Protokoll in AZ 21.6.1921.



rischen Sammlungen des Klosters St. Georgen in Stein am Rhein zu besuchen. Das kleine Detail erhellt, dass man sich unter den Schaffhauser Kommunisten von 1921 keine sturen und engstirnigen Revolutionäre vorzustellen braucht, die nur daran dachten, einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen. Der revolutionäre Jargon, dem das Bürgertum teilweise zum Opfer fiel, ersetzte in den kommenden Jahren das revolutionäre Handeln.

### Zwischenkapitel:

## Abspaltung der Sozialdemokraten (1921—1935)

### *Aufbau einer zweiten Partei*

War es vorerst gelungen, die ganze ehemalige *Sozialdemokratische Partei des Kantons Schaffhausen* auf den Kurs der Komintern zu bringen, so trat bereits zwei Monate nach dem «Adler»-Parteitag eine neue Wendung ein. Professor Eduard Haug erklärte dem Parteivorstand der städtischen kommunistischen Partei seinen Austritt, wozu die Mitgliederversammlung vom 11. Mai 1921 Stellung nehmen musste<sup>37</sup>. Haug genoss als Parlamentsmitglied und langjähriger Kantonalpräsident der Partei eine hohe Achtung, trotzdem blieb der *Kommunistischen Partei der Stadt Schaffhausen* nichts anderes übrig, als den Austritt zu genehmigen. Eine Woche später lag dem städtischen Parteitag das formelle Gesuch Eduard Haugs vor, die *Arbeiter-Zeitung* für die Gründung einer neuen *Sozialdemokratischen Partei* benutzen zu dürfen<sup>38</sup>. Das Gesuch war gar nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick erscheint, denn die *Arbeiter-Zeitung* wurde immer noch, bis im Oktober 1921, von der sozialdemokratischen Genossenschaftsdruckerei des *Volksrechts* in Zürich hergestellt. Dennoch lehnten die städtischen Kommunisten das Ansinnen von Eduard Haug ab mit der Begründung, man wolle keine Spaltung der Arbeiterschaft in Schaffhausen. Er liess sich nicht beirren. In aller Stille ging er daran, die neue *Sozialdemokra-*

---

<sup>37</sup> Das Traktandum wurde, weil es «unbedeutend» war, vom 21. April auf den 11. Mai verschoben (AZ 23.4.1921, Echo 25.4.1921, SI 26.4.1921, AZ 13.5.1921).

<sup>38</sup> AZ 20.5.1921. Die neue *Sozialdemokratische Partei* wird im Text zur Unterscheidung mit der römischen Zahl II versehen.



*tische Partei II* aufzubauen und Mitglieder zu sammeln. Seine anerkannte Stellung in der Schaffhauser Gesellschaft, die persönliche Integrität, Temperament und Rednertalent kamen ihm dabei zu Hilfe. Allerdings entzog er die Anhänger seiner Partei dem Lager der Kommunisten, wodurch ein langjähriger Bruderkampf eingeleitet wurde. Eduard Haug hatte sich am Beringer Parteitag und am Parteitag im «Adler» gegen die Komintern ausgesprochen, sich dann aber vorerst dem Mehrheitsbeschluss gefügt mit der Versicherung, dass er nie gegen seine damaligen Genossen handeln werde. Seine Sinnesänderung begründete er mit der Radaupolitik der kommunistischen Kantonsratsfraktion, dem Weglaufen ihrer Mitglieder aus dem Parlament und mit der Verleumdung der Sozialdemokratie durch die kommunistische Presse<sup>39</sup>. Recht scharf wandte er sich auch gegen die heuchlerische Einheitsfronttaktik der *Kommunistischen Partei der Schweiz*. Die Entstehung einer *Sozialdemokratischen Partei* in Schaffhausen hatte zur Folge, dass die Gewerkschaften, die Arbeiterunion und die von Hermann Schlatter verwaltete Konsumgenossenschaft zu Kampffeldern der Kommunisten und Sozialdemokraten wurden. Doch gleichzeitig dienten sie dazu, die zerstrittenen Gegner immer wieder zusammenzuführen. Ueber all den politischen Kämpfen der Schaffhauser Linken, die von 1921 bis 1935 andauerten, darf nicht vergessen werden, dass die Kleinheit der Verhältnisse es nötig machte, ideologische Differenzen künstlich hochzuspielen und journalistisch auszuschlachten. Aber auch menschliche Schwächen und politischer Ehrgeiz waren auf beiden Seiten mitbeteiligt und verhinderten für eineinhalb Jahrzehnte eine Einigung der Schaffhauser Arbeiterschaft.

### *Nationalratswahlen 1922*

Zu einer ersten grossen Auseinandersetzung zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Grütlianern kam es anlässlich der Nationalratswahlen vom 29. Oktober 1922. Gemäss den Resultaten der schweizerischen Volkszählung wurden dem Kanton Schaffhausen drei statt wie bisher zwei Mandate zugesprochen. Die starke Stimmkraft der jungen *Bauernpartei* liess erwarten, dass ihr wieder zwei Sitze zufallen würden. Das dritte Mandat stand für eine der übrigen Parteien zur Verfügung, die Frage war nur, ob die Freisinnigen oder die Arbeiter einen Kandidaten durchbringen würden. In ihrer vermeintlichen Stärke lehnte die *Kommunistische*

---

<sup>39</sup> *Neue Arbeiterzeitung* 27.10.1922.



*Partei* eine Listenverbindung mit den Grütlianern ab, dagegen war sie zu einem Zusammengehen mit der *Sozialdemokratischen Partei II* bereit, wahrte sich aber völlige Aktionsfreiheit<sup>40</sup>. Die Sozialdemokraten und ihr Führer Haug witterten eine unehrliche Einheitsfrontpolitik. Da ihnen die *Arbeiter-Zeitung* bis zu diesem Moment gesperrt worden war, mussten sie mit einer einseitigen Propaganda rechnen. In der Ueberzeugung, nur durch einen klaren Stimmenbeweis ihre Stärke zeigen und ihre Abgrenzung von den Kommunisten glaubhaft machen zu können, lehnten sie schliesslich das Listenverbindungsangebot der *Kommunistischen Partei* ab<sup>41</sup>. Dafür schloss sich die *Sozialdemokratische Partei* mit dem *Kantonverband der Schaffhauser Grütlivereine* zusammen. Diese «Vereinigten Sozialdemokraten», wie sie sich auf der Liste bezeichneten, portierten die Nationalratskandidaten Eduard Haug und Walter Utzinger<sup>42</sup>. Reallehrer Dr. Walter Utzinger war vor allem in den Angestelltenkreisen als langjähriger Präsident des Verbandes der Festbesoldeten bekannt, ausserdem war er Mitglied der Grütlianerpartei<sup>43</sup>. Er konnte damit rechnen, zahlreiche Stimmen aus dem Lager der *Demokratischen Partei* zu erhalten, weil diese mangels eines eigenen Kandidaten Stimmfreigabe hatte<sup>44</sup>. Die *Kommunistische Partei* schlug die Kandidaten Hermann Schlatter, Philipp Wildberger und Heinrich Weber vor, die *Freisinnig-demokratische Partei* nahm mit Architekt Arthur Moser und Dr. Emil Sulger-Büel an der Wahl teil. Als sichere Kandidaten galten die bisherigen Nationalräte Dr. Traugott Waldvogel (BP) und Jakob Ruh (BP). Gegen die beiden Linksgruppierungen schlossen sich die *Freisinnig-demokratische Partei* und die *Bauernpartei* in einer Listenverbindung zusammen. Für die Sozialdemokraten und Grütlianer war die Situation ungünstig, weil sie über keine eigene Zeitung verfügten und darauf angewiesen waren, ihre Propaganda mit Flugschriften zu bestreiten. Unter dem Titel *Neue Arbeiterzeitung* gaben sie eine Wahlzeitung in drei Nummern heraus<sup>45</sup>, die sich vor allem gegen die *Kommunistische Partei* wandte, die mit der Demokratie in jeder Beziehung gebrochen habe. Demgegenüber hob die *Sozialdemokratische Partei* hervor, dass sie wenigstens

<sup>40</sup> *Neue Arbeiterzeitung* 21.10.1922.

<sup>41</sup> KZ 17.10.1922.

<sup>42</sup> Amtsblatt 1922, 1037—1041.

<sup>43</sup> *Neue Arbeiterzeitung* 27.10.1922.

<sup>44</sup> *Schaffhauser Volkszeitung* 26.10.1922.

<sup>45</sup> Standort Stadtbibliothek Bro 81.



bereit sei, den Weg über die Demokratie immer zuerst zu versuchen, bevor sie zu revolutionären Massnahmen greife; die Grütlianer betonten, dass sie die demokratischen Mittel zum Kernstück ihres Programms gemacht hätten<sup>46</sup>.

Der Wahlausgang ergab folgendes Bild: die «Vereinigten Sozialdemokraten», die *Kommunistische Partei* und die *Freisinnig-demokratische Partei* erwiesen sich alle als ungefähr gleich stark, während die *Bauernpartei* rund doppelt so viele Stimmen auf sich vereinigen konnte wie jede dieser drei Parteigruppen<sup>47</sup>. Die *Bauernpartei* konnte ihre beiden Sitze halten, das dritte Mandat fiel dank einer kleinen Mehrheit von 66 Stimmen an die Freisinnigen. Leer gingen die beiden Linksgruppierungen aus, die sich durch eine Listenverbindung das dritte Mandat hätte sichern können. Erstaunlicherweise erhielten die «Vereinigten Sozialdemokraten» 119 Stimmen mehr als die *Kommunistische Partei*, was angesichts der beschränkten publizistischen Mittel ein überraschender Erfolg war für die Kreise um Eduard Haug. Innerhalb eines guten Jahres hatte er es also fertiggebracht, eine den Kommunisten und Freisinnigen ebenbürtige Wählerpartei zu schaffen. Der Erfolg, so schien es, musste nur noch ausgenutzt und erweitert werden, um die radikale *Kommunistische Partei* endgültig auszuschalten. Die Nationalratswahlen von 1922 waren für die *Kommunistische Partei der Schweiz* eine arge Enttäuschung, indem sie nur je ein Mandat in Zürich und Basel-Stadt gewann. Die Ueberwindung dieser Kleingruppen schien eine Frage der Zeit zu sein.

### *Gründung der Schaffhauser Tagwacht*

Unter diesen Voraussetzungen wurde in Schaffhausen eine sozialdemokratische Zeitung geschaffen. Sie erschien am 3. Juli 1924 unter dem Titel *Schaffhauser Tagwacht*. Sie erschien vorerst als Wochenblatt und wurde von der Berner Unionsdruckerei hergestellt, ging dann vom 16. August 1924 an zu zwei Ausgaben pro Woche über unter gleichzeitigem Wechsel des Druckortes an die Genossenschaftsdruckerei Zürich. Als Herausgeberin fungierte eine «Sozialdemokratische Pressegenossenschaft Schaffhausen»<sup>48</sup>. Als zeichnender Redaktor wurde der ehemalige Jungbursche Paul Maag eingesetzt, ein begabter Gelegenheitsarbeiter, der später Ar-

---

<sup>46</sup> *Neue Arbeiterzeitung* 27.10.1922.

<sup>47</sup> *Amtsblatt* 1922, 1037—1041.

<sup>48</sup> *Blaser* 881.



beitersekretär wurde<sup>49</sup>. Mitarbeiter der *Schaffhauser Tagwacht* waren unter anderen der sozialdemokratische Arbeitersekretär Dr. Paul Kägi und seine Frau, Regina Kägi-Fuchsmann<sup>50</sup>. Der Zweck des Unternehmens war klar: Im Herbst 1924 hatten die Stimmbürger des Kantons Schaffhausen über Hermann Schlatters Proporzinitiative abzustimmen<sup>51</sup>, anschliessend folgten die Gesamterneuerungswahlen. In dieser Situation war es für die *Sozialdemokratische Partei* eine Notwendigkeit, die halb kommunistisch, halb sozialdemokratisch eingestellte Arbeiterschaft mit einem eigenen Organ zu informieren und zu beeinflussen, um sie auf ihre Seite herüberzuziehen und sich einen möglichst grossen Teil des Wahlkuchens zu sichern.

Trotz dem publizistischen Einsatz der *Schaffhauser Tagwacht* gelang es der *Sozialdemokratischen Partei* 1924 nicht, den Stimmenanteil von 1922 zu halten. Im Wahlkreis Schaffhausen erreichten sie bei den Kantonsratswahlen 15,5 Prozent der Stimmen, bei

<sup>49</sup> Tagwacht 16.8.1924—21.1.1925. Nachruf in AZ 30.3.1946. Ueber Paul Maag und seine Rolle teilt Regina Kägi-Fuchsmann mit: *Eine interessante Gestalt war Paul Maag, ein Webergässler mit allen Konsequenzen, die damals mit jener Wohnlage verbunden waren: innerlich und äusserlich total verwahrlost. Er war viel bei Dr. Kägis zu Besuch. Frau Neumann bemühte sich, seine Wäsche immer sauber zu halten. Ihm machte es nichts aus, tagelang ungekämmt und ungewaschen herumzulaufen, also eine richtige «Pandur»-Gestalt. Dagegen war er sehr intelligent und wurde von vielen Arbeitern als Idol verehrt, obwohl er nichts arbeitete oder doch nichts Rechtes. Als Kägis und Neumanns nicht mehr hinter ihm standen, «verfaulte» er und verkam. Er war ein Naturtalent und hätte es sicher zu etwas Rechtem gebracht. Frau Neumann war wie eine Mutter zu ihm. Durch die Ungepflegtheit verlor er seinen Einfluss auf die Arbeiter. Maag war eine Kapazität in Marxkenntnissen. Ich erinnere mich noch gut der Diskussionsabende. Dort wurden sehr ernsthaft und tief solide Grundlagen für die Tagesagitation erarbeitet. Es versammelten sich dort, soweit ich mich noch an die einzelnen Personen zu erinnern vermag: Herr und Frau Dr. Haug, Paul Maag, Herr und Frau Pfarrer Stuckert, Meier-Lanz, mein Mann und ich, daneben viele einfache Arbeiter. Zeitweise waren auch Herr und Frau Neumann, bei aktuellen Fragen immer auch Frau Frieda Lieb dabei. Herr Pfarrer Stuckert war auf seine eigene Art aktiv, obwohl er damals schon ziemlich kränklich war. Dr. Utzinger war sehr aktiv, aber auf eine andere Art. Haug wurde von seiner Frau eher angetrieben, Utzinger wohl eher zurückgehalten. Utzinger galt als der stillere Kämpfer, Haug als der eigentliche Agitator* (Mitteilung Regina Kägi-Fuchsmann 4.7.1969).

<sup>50</sup> Die ersten Nummern enthalten Artikel, die gezeichnet sind mit P. B., K. G., A. H., P. K., R. K.

<sup>51</sup> Das Resultat der Proporzabstimmung vom 31.8.1924 ergab 4305 Ja gegen 4535 Nein (Amtsblatt 1924,671). Eine erste Vorlage betreffend Kantonsratsproporz war am 14.7.1918 mit 4769 Nein gegen 3557 Ja verworfen worden (Amtsblatt 1918,925).



der Grossstadtratswahl 16,6 Prozent<sup>52</sup>. Die *Kommunistische Partei* dagegen erhielt 25,6 Prozent und 27,9 Prozent aller Stimmen. Von insgesamt 77 Kantonsratsmandaten fielen nur 2 an die *Sozialdemokratische Partei*, die Kommunisten konnten 14 beanspruchen.

Neigten die Wähler eher zu den radikaleren Kommunisten, so war doch die Mitgliederbewegung für die Sozialdemokraten nicht ungünstig. Die *Kommunistische Partei* musste ihrer Zentrale darüber melden:

*Im Kanton Schaffhausen haben wir ebenfalls einen ziemlich starken Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Es ist dies auch durchaus verständlich. Hier ist seinerzeit bei der Spaltung die ganze Sozialdemokratie zur Kommunistischen Partei übergetreten. Dass sich darunter eine grössere Anzahl von Leuten befand, die sich in der Kommunistischen Partei nicht behaglich fühlen, denen die kommunistische Pflichterfüllung keine Freude macht, ist durchaus verständlich. Die Sozialdemokratie tut alles, um in Schaffhausen wieder an Boden zu gewinnen. Bis dahin ist sie aber in dieser Beziehung über erfolglose Versuche nicht hinausgekommen. Trotz der Gründung einer Zeitung durch die Sozialdemokratische Partei hat unser Parteiblatt keine Einbusse erlitten<sup>53</sup>.*

#### «Einheitsfront von unten»

Ein Jahr später hätte die *Sozialdemokratische Partei* wieder zu den Nationalratswahlen antreten müssen. Kurz vor den Wahlen stellte die *Schaffhauser Tagwacht* ihr Erscheinen ein. Am 25. Juli 1925 erschien die letzte Nummer. Dadurch entfielen alle Chancen gegenüber den Schaffhauser Kommunisten, die nun mit der *Arbeiter-Zeitung* über das einzige Linksorgan der Region verfügten. In einer richtigen Einschätzung der Lage verzichteten die Sozialdemokraten und Grütlianer auf die Nomination eigener Kandidaten. Die Wahlsituation entsprach nun genau dem, was am Fünften Kongress der Komintern 1924 postuliert worden war: indem sich die Führerschaft der *Sozialdemokratischen Partei* zurückhielt, entstand eine «Einheitsfront von unten». Die Arbeiter und Sozialisten hatten nur die Möglichkeit, ihre Stimme der *Kommunistischen Partei* zu geben, die nun mit einem Stimmenanteil von 36,1 Prozent einen Sitz von der Bauernpartei übernehmen konnte<sup>54</sup>. Von den

<sup>52</sup> SI 1.12.1924, 8.12.1924. Vgl. Tabelle S. 183.

<sup>53</sup> *Die Kommunistische Partei der Schweiz 1922/24*, Basel 1924, 11.

<sup>54</sup> Amtsblatt 1925, 896—898.



kommunistischen Kandidaten Philipp Wildberger, Walther Bringolf und Hugo Schalcher erhielt der Redaktor der *Arbeiter-Zeitung*, Bringolf, überraschenderweise am meisten Stimmen, so dass ihm das Mandat zufiel. Das nach Gemeinden detaillierte Wahlergebnis beweist, dass die Kommunisten ihren drei Kandidaten relativ geschlossen stimmten, Bringolf aber noch zahlreiche zusätzliche Stimmen auf bürgerlichen und bäuerlichen Wahllisten erhielt. Der kommunistische Wahlsieg von 1925 sicherte der Schaffhauser Arbeiterschaft erstmals seit dem Tod von Wilhelm Joos um 1900 wieder einen Sitz im Nationalrat, den sie seit damals durch alle Jahrzehnte bis heute behaupten konnte.

Hatten die Sozialdemokraten und Grütlianer bei den Nationalratswahlen auf eine Kandidatur verzichtet, hielt sich die *Kommunistische Partei* dafür bei den Stadtratswahlen vom 22. November 1925 zurück, als es darum ging, den verstorbenen Vertreter der *Evangelischen Volkspartei*, Conrad Leu, zu ersetzen. Mit einem Stimmenanteil von 53,4 Prozent wurde der Grütlianer Paul Strub gewählt, der von den Sozialdemokraten, den Evangelischen und den Demokraten unterstützt worden war<sup>55</sup>. Der Freisinnige Dr. Max Jenny, der die Unterstützung der *Bauern- und Bürgerpartei* erhielt, sowie der Vertreter der *Katholischen Volkspartei*, Postfaktor Albert Studer, blieben hinter dem absoluten Mehr zurück.

Die gegenseitige Toleranz von Kommunisten, Sozialdemokraten und ehemaligen Grütlianern erreichte ihren Höhepunkt, als für die Kantons- und Grossstadtratswahl vom 20. November 1927 ein Wahlbündnis zwischen der *Kommunistischen Partei* und der *Sozialdemokratischen Partei* geschlossen wurde. Der Annäherungsversuch scheiterte in doppelter Hinsicht: die geeinigte Linke unterlag in den Wahlen, zudem beschuldigten die Sozialdemokraten anschließend die kommunistische Parteiführung wegen schamlosen Verhaltens<sup>56</sup>. Die taktische Annäherung war missglückt, der Weg der beiden Linksparteien trennte sich wieder auf Jahre. Die gegenseitige Frontstellung verschärfte sich mehr als je zuvor.

### *Enttäuschender Wahlherbst 1928*

Nachdem der Sechste Parteitag der Komintern eine Neuorientierung der *Kommunistischen Partei* bewirkt hatte (S. 400), entschloss sich die Sozialdemokratische Partei vor den Nationalratswah-

---

<sup>55</sup> AZ 20.11.1925, 21.11.1925. Stimmenzahlen: Paul Strub (GV) 1319, Dr. Max Jenny (FDP) 717, Albert Studer (KVP) 433, absolutes Mehr 1280 (AZ 23.11.1925).



len von 1928, dem Arbeitervertreter Bringolf eigene Kampfkandidaten gegenüberzustellen, angeblich, weil Bringolf durch provokatives Auftreten im Parlament die bürgerliche Reaktion nur verstärkte<sup>56</sup>. Mangels einer eigenen Tageszeitung gab die Sozialdemokratische Partei wieder eine Wahlzeitung in vier Nummern mit dem Titel *Der Werktätige* heraus<sup>57</sup>, welche die drei Kandidaten Eduard Haug, Parteipräsident, Hans Neumann, Parteisekretär, und Thomas Hefti, Stationsvorstand, unterstützte. Auch die *Katholische Volkspartei* nahm an den Nationalratswahlen teil, so dass schliesslich 11 Kandidaten um die drei Sitze kämpften. Es gelang den Sozialdemokraten nur, einen Teil ihrer Wähler von 1922 zu mobilisieren. Sie blieb hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück. Gewählt wurden die drei bisherigen Nationalräte Walther Bringolf (KP), Arthur Moser (FDP) und Traugott Waldvogel (BP)<sup>58</sup>.

Kantonsrat Hermann Schlatter (KP), der als graue Eminenz der Schaffhauser Arbeiterschaft mehr oder weniger offen mit dem Kurs der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz sympathisierte und darum 1928 als kommunistischer Vertreter aus dem Parlament zurücktrat (S. 465), kommentierte den Wahlausgang in einem Brief an seinen Sohn:

*Ich gab den Kommunisten den Vorsprung von Anfang an, namentlich aber auf Grund der Propagandamethoden der beiden Richtungen. In diesem Punkt ist Bringolf tatsächlich auf der Höhe und er operiert und manövriert aufs trefflichste mit den Hauptelementen der politischen Strategie. Sie sind keineswegs erhehend und mit nichts ein Beweis für selbständiges Denken und besondere Ethik der Massen, aber zu allen Zeiten benützt worden von Tagespolitikern aller Richtungen.*

*Die Taktik der Sozialdemokraten war unsäglich dumm, wie nur gespreizte Aufgeblasenheit sie erfinden kann. Sie führten wie die Deutschen einen Zweifrontenkrieg. Gegen die Kommunisten und gegen die Freisinnigen. Ein positives Kampfziel war nicht zu erkennen. Es hätte in der Parole «Einigung der Arbeiterschaft» bestehen müssen mit dem Bestreben, in der Stadt Schaffhausen die Mehrheit zu erobern. Aber die Leute in der Sozialdemokratischen Partei haben keine politischen Grundsätze und darum auch keine politische Witterung, und es ist kein Mann unter ihnen, der prägnant, beweglich, sentenzenhaft*

<sup>56</sup> *Der Werktätige* 1928,1.

<sup>57</sup> Standort Stadtbibliothek Brog 772.

<sup>58</sup> Amtsblatt 1928,923—927.



*schreiben kann und ihr «Werkstätiger» hatte nicht einmal die Kraft des kleinen Rössleins des alten Kummer an der Bauchgasse. Die Mannen sind darum sehr geknickt, aber ich möchte wetten, Haug lässt sich in drei Jahren wieder aufstellen, denn sein politischer Ehrgeiz ist so phänomenal, dass er wie der brünstige Hirsch, der sich vom Thierwärter von Peter und Paul in St. Gallen fangen liess, immer wieder ins Gehege rennt, wenn er von weitem eine Gelegenheit wittert<sup>59</sup>.*

Hermann Schlatter irrte sich in seiner Voraussage, Haug werde 1931 nochmals als Nationalrat kandidieren. Seine Analyse der Wahlstrategie von Kommunisten und Sozialdemokraten lässt sich dagegen anhand der zeitgenössischen Quellen bestätigen. Indem die Sozialdemokraten keine echte Alternative zu den Forderungen der Kommunisten präsentierten und sich auf die Kritik ihres populären Führers Bringolf beschränkten, beraubten sie sich selbst eines Wahlerfolgs.

Zu einem völligen Fiasko für die *Sozialdemokratische Partei* wurden die kurz nach den Nationalratswahlen stattfindenden Wahlen in den Kantonsrat. Trotz ansehnlicher Stimmenzahl hatte die Partei schon im Herbst 1924 als Folge des Majorzsystems nur zwei Mitglieder ins Kantonsparlament abordnen können. Im Verlauf der Amtsperiode 1925/1928 wurden die beiden Sozialdemokraten Eduard Haug und Thomas Hefti verstärkt durch Emil Meyer und Ernst Moser-Gerlach, die aus der *Kommunistischen Partei* austraten und sich der im Januar 1928 gegründeten sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion anschlossen<sup>60</sup>. Auch Kantonsrat Daniel Waldvogel wechselte schliesslich von den Kommunisten zu den Sozialdemokraten, für die er in der Kantonsratswahl von 1928 kandidierte, aber nicht gewählt wurde. Diese Abfallbewegung von der *Kommunistischen Partei* schien kein schlechtes Vorzeichen für die Sozialdemokraten zu sein. Um so grösser war die Enttäuschung, als bei der Kantonsratswahl vom 4. November 1928 sowohl in Schaffhausen wie Neuhausen kein einziger Sozialdemokrat durchdrang und nicht einmal der sonst populäre Rektor Eduard Haug gewählt wurde<sup>61</sup>. Einzig der Wahlkreis Thayngen ordnete einen

---

<sup>59</sup> Brief vom 6.11.1928 (Abschrift beim Verfasser).

<sup>60</sup> Anmeldung beim Kantonsratspräsidenten vom 9.1.1928. Das Schreiben ist unterzeichnet von Eduard Haug, Thomas Hefti, Emil Meyer und Ernst Moser-Gerlach (RRA 1914—1936, 15 A 1).

<sup>61</sup> SI 5.11.1928.



Sozialdemokraten, Konrad Altherr, in den Kantonsrat ab. Altherr trat aber bereits im Dezember 1929 wieder zurück.

Trotz der Niederlage raffte sich die *Sozialdemokratische Partei* nochmals auf. Am 2. November 1929 begann die *Schaffhauser Tagwacht* wieder zu erscheinen, welche diesmal bis Ende 1933 durchhielt und wenigstens einen bescheidenen Erfolg bewirken konnte. Die *Schaffhauser Tagwacht* wurde wieder in der Genossenschaftsdruckerei Zürich gedruckt, die Administration besorgte Daniel Waldvogel in Schaffhausen<sup>62</sup>. Als Redaktoren zeichneten nacheinander Heinrich Jucker<sup>63</sup>, Heinrich Jucker und Paul Maag<sup>64</sup>, Dr. Eugen Agne und Paul Maag<sup>65</sup> und schliesslich Daniel Waldvogel<sup>66</sup>, zwischendurch auch einmal eine ungenannte Redaktionskommission unter der Leitung von Emil Meyer<sup>67</sup>. Die Fluktuation in der Redaktion des Blattes lässt vermuten, dass das Unternehmen nicht auf sicheren Füßen stand. Finanziert wurde die *Schaffhauser Tagwacht* durch die Inserate und massiv subventioniert von der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, die rund 50 000 Franken in das Parteiorgan steckte<sup>68</sup>. Die Aufgabe des sozialdemokratischen Blattes bestand darin, die Schaffhauser Linke auf der Grundlage der schweizerischen Partei zusammenzuführen. In Wirklichkeit hat es die Wiedervereinigung der Linksparteien eher verzögert.

Kurz vor Konrad Altherrs Rücktritt wurde im November 1929 Arbeitersekretär Dr. Paul Kägi (SP) in den Kantonsrat gewählt. Im März trat ihm vom Wahlkreis Neuhausen Thomas Hefti (SP) zur Seite. Als auch Kantonsrat Eduard Büchi im Laufe des Jahres 1931 die *Kommunistische Partei-Opposition* verliess und sich den Sozialdemokraten anschloss, gründete Paul Kägi am 26. November 1931 wieder eine sozialdemokratische Kantonsratsfraktion<sup>69</sup>. Sie hatte nur kurzen Bestand, weil Büchi im März 1932 aus Schaffhausen wegzog und aus dem Rat schied. Nach 1932 waren Thomas Hefti (Neuhausen) und Ernst Brauchli (Buchthalen) die einzigen Sozialdemokraten im Kantonsrat bis zur Wiedervereinigung der Linksparteien im Jahr 1935. An eine konstruktive Fraktionsarbeit war daher überhaupt nicht mehr zu denken.

---

<sup>62</sup> Blaser 881. Tagwacht 1.11.1930.

<sup>63</sup> Tagwacht 2.11.1929.

<sup>64</sup> Tagwacht 2.1.1932.

<sup>65</sup> Tagwacht 18.4.1932.

<sup>66</sup> Tagwacht 20.6.1933.

<sup>67</sup> Tagwacht 2.11.1929, 17.6.1933.

<sup>68</sup> Bringolf 180.

<sup>69</sup> Anmeldung beim Kantonsratspräsidenten (RRA 1914—1936, 15 E 1).



## Fusionsangebote

In einem letzten Kraftakt schickte die *Sozialdemokratische Partei* im Oktober 1931 noch einmal zwei Kandidaten ins Rennen um die Schaffhauser Nationalratsmandate, die nach der Volkszählung von drei auf zwei reduziert worden waren. Dr. Paul Kägi und Stadtrat Paul Strub erreichten mit 3489 Parteistimmen einen Wähleranteil von immerhin 15,2 Prozent, zu einem Sieg über den oppositionellen Kommunisten Walther Bringolf reichte es aber bei weitem nicht<sup>70</sup>.

Nach dieser Wahl begriff die *Sozialdemokratische Partei* die Aussichtslosigkeit ihrer Politik und richtete mit Datum vom 24. Mai 1932 ein Fusionsangebot an die *Kommunistische Partei-Opposition*<sup>71</sup>. Der Vorschlag lautete auf gemeinsame Verhandlungen zum *Zwecke der organisatorischen Vereinheitlichung der Schaffhauser Arbeiterschaft im Rahmen der gesamten schweizerischen Arbeiterbewegung*. Das Fusionsangebot war unterzeichnet vom beauftragten Dr. Walter Utzinger. Die *Kommunistische Partei-Opposition* lehnte eine organisatorische Vereinigung entschieden ab, sprach sich aber für eine Aktionseinheit aus und präsentierte kurz darauf ein entsprechendes Programm<sup>72</sup>.

In dieser heiklen Situation starb am 31. August 1932 der überragende Kopf der Schaffhauser Sozialdemokraten, Professor Eduard Haug<sup>73</sup>. Er hatte nach dem Anschluss der alten *Sozialdemokratischen Partei* an die Komintern die neue Partei aufgebaut und mit seiner Persönlichkeit einen partiellen Erfolg wenigstens zeitweise gesichert. Für die Partei war er unersetzbar, weil diese in Eduard Haug den einzigen kämpferischen Agitator und brillanten Redner verlor, der ein gewisses Gegengewicht zu den Kommunisten gewesen war. War die Situation der Partei auch mit Eduard Haug schliesslich prekär gewesen, ohne ihn war sie verloren.

Im Vorfeld der Herbstwahlen von 1932 bemühte sich die *Sozialdemokratische Partei* daher um ein Wahlbündnis mit der *Kommunistischen Partei-Opposition*. Noch stellte sie mit Emil Meyer und Paul Strub immerhin zwei der fünf Schaffhauser Stadträte und hatte Einfluss innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Doch die

---

<sup>70</sup> Amtsblatt 1931,903—907.

<sup>71</sup> *Aufruf an die Arbeiterschaft des Kantons Schaffhausen* [SP-Flugblatt] (Stadtbibliothek WN 116).

<sup>72</sup> AZ 15.5.1932, 25.5.1932, 26.5.1932, 28.5.1932, 13.6.1932.

<sup>73</sup> Nachruf in Tagwacht 2.9.1932.



oppositionellen Kommunisten lehnten ein Wahlbündnis ab<sup>74</sup>, so dass die Parteien getrennt um die Kantonsratssitze kämpfen mussten. Wie erwähnt, gelangten nur zwei Sozialdemokraten ins Kantonsparlament, während 13 Vertreter der *Kommunistischen Partei-Opposition* gewählt wurden<sup>75</sup>. Als die oppositionellen Kommunisten Walther Bringolf als Kandidaten für das Stadtpräsidium aufstellten, unterstützte ihn die sozialdemokratische *Schaffhauser Tagwacht* ohne vorausgehende Kontaktnahme mit Bringolfs Partei<sup>76</sup>. Sie bekundete damit ihren Willen zur Aktionseinheit und hoffte, durch dieses Entgegenkommen die kommunistische Unterstützung ihrer beiden Stadträte Strub und Meyer einzuhandeln.

Die Hoffnung erwies sich als Illusion. Als Stadtpräsident Walther Bringolf gewählt war, erklärte die *Kommunistische Partei-Opposition*, dass sie bereits vor diesem Wahlgang für den Fall eines Sieges die eigenen Mitglieder Hermann Gamper und Hermann Erb als Stadtratskandidaten in Aussicht genommen habe<sup>77</sup>, um eine Mehrheit in der städtischen Exekutive zu erhalten. Aufgrund dieser Nominationen trat Emil Meyer sofort zurück<sup>78</sup>. Paul Strub kandidierte wieder, wurde aber in der Wahl vom 20. November 1932 nicht mehr bestätigt. Für ihn trat Hermann Erb (KPO) in den Stadtrat ein<sup>79</sup>. Nun hatte die *Sozialdemokratische Partei* ihre letzte einflussreiche Position eingebüsst. Ohne jede Chance nahm sie noch an den Grossstadtratswahlen teil, an welchen ihre sieben Kandidaten auf der Strecke blieben<sup>80</sup>. Ein Jahr später stellte die *Schaffhauser Tagwacht* aufgrund einer Intervention von Walther Bringolf ihr Erscheinen ein<sup>81</sup>. Zwar existierte die *Sozialdemokratische Partei* noch weiter, doch beschränkte sie ihre Tätigkeit darauf, den Kontakt mit der *Kommunistischen Partei-Opposition* zu intensivieren. Praktisch stand sie Ende 1932 am Ende ihrer elfjährigen Wirksamkeit. Ihr kleiner Anhang schloss sich 1935 mit der *Kommunistischen Partei-Opposition* zusammen, wobei die gemeinsame Parteiorganisation in *Sozialistische Arbeiterpartei* umbenannt wurde (S. 456).

---

<sup>74</sup> AZ 17.11.1932.

<sup>75</sup> AZ 31.10.1932.

<sup>76</sup> AZ 4.11.1932.

<sup>77</sup> AZ 15.11.1932, 21.11.1932.

<sup>78</sup> AZ 16.11.1932.

<sup>79</sup> AZ 21.11.1932

<sup>80</sup> AZ 28.11.1932.

<sup>81</sup> Bringolf 179.



## Gründe des Scheiterns

Welches sind die Gründe, die zum Scheitern der zweiten Schaffhauser *Sozialdemokratischen Partei* führten? Einmal war die *Sozialdemokratische Partei* nie richtig in der Schaffhauser Arbeiterschaft verankert. Alle politisch aktiven Arbeiter machten 1920 die Schwenkung der alten Partei zur *Kommunistischen Partei* mit. Die Abspaltung von Eduard Haug und seine Neugründung einer Partei wurde als unerwünschter Eingriff in die Geschlossenheit der politischen Arbeiterschaft betrachtet. In ihrer Aktivität bot die *Sozialdemokratische Partei* keine Alternative zu den Schaffhauser Kommunisten, denn wie diese liess sie die Forderung nach einer «Diktatur des Proletariats» im (schweizerischen) Parteiprogramm stehen und war in Wirklichkeit wie die *Kommunistische Partei* gezwungen, ihre Sozialpolitik mit parlamentarischen und andern rechtsstaatlichen Mitteln durchzusetzen. Wurden in Zürich und Basel die Kommunisten als «Gewerkschaftsspalter» verschrien, so mussten sich in Schaffhausen die Sozialdemokraten diesen Vorwurf gefallen lassen. Die *Arbeiterunion* stand von 1918 bis Ende 1929 unter dem Präsidium von Heinrich Weber. Als Vizepräsident amtierte Walther Bringolf, und Sekretär war Heinrich Schöttli. Die Union stand also unter einer kommunistischen Führung. Die Metall- und Uhrenarbeitergewerkschaft mit Sekretär Gottlieb Wegmann stand anfänglich ebenfalls unter kommunistischer Leitung. Dadurch, dass Wegmann noch vor dem Oktober 1922 zur *Sozialdemokratischen Partei* wechselte<sup>82</sup>, leitete er die Spaltung ein, die später mit der Gründung einer kommunistisch orientierten «Roten Gewerkschaft Opposition» ernstere Formen annahm<sup>83</sup>. Dadurch, dass der «Schweizerische Gewerkschaftsbund» über die Sozialdemokraten in Schaffhausen gegen die Kommunisten wirkte, gerieten sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre in den Geruch, Hampelmänner ausserkantonaler Mächte zu sein. Dieser Vorwurf traf ausser Gottlieb Wegmann auch Paul Maag, Emil Meyer und Schlossermeister Ernst Moser-Gerlach<sup>84</sup>. Durch die Mitfinanzierung

---

<sup>82</sup> *Neue Arbeiterzeitung* 25.10.1922. Der SMUV hatte am Lausanner Kongress vom 16.—18. Dezember 1921 die Fraktions- und Zellenbildung durch die Kommunisten verboten und die kommunistischen Verbandsmitglieder vor die Wahl gestellt, die «verbandsschädigende Minierarbeit» zu unterlassen oder auszutreten (*Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung* 21.1.1922).

<sup>83</sup> AZ 9.12.1929, 14.2.1930.

<sup>84</sup> AZ 14.2.1930, 1.3.1930, 17.3.1930.



und den Druck der *Schaffhauser Tagwacht* lud sich die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* die «Schuld» auf, sich von aussen in die inneren Verhältnisse der Schaffhauser Arbeiterschaft zu mischen. Die politischen Arbeiter und Gewerkschafter waren finanziell und moralisch der selbstgeschaffenen *Arbeiter-Zeitung*, ihren Redaktoren und dem Führungskader der *Kommunistischen Partei des Kantons Schaffhausen* weit stärker verpflichtet. Diese waren mit wenigen Ausnahmen altbekannte Kantons- und Stadtbürger. Hermann Schlatter, Heinrich Schöttli, Hermann Huber und Walther Bringolf vermochten als Schaffhauser und Kenner der politischen Persönlichkeiten und der lokalen Eigenheiten den als «Kommunismus» etikettierten sozialistischen Radikalismus im Kanton heimisch zu machen. Ihnen stand Eduard Haug gegenüber, zwar Schaffhauser Ehrenbürger, der Herkunft nach aber Württemberger, was er in seinem schwäbischen Dialekt nie verleugnete. Auch als Führer der *Sozialdemokratischen Partei* blieb er letztlich ein von der Arbeiterschaft nur bedingt akzeptierte Kathedersozialist, der als Professor und Rektor der Schaffhauser Kantonsschule nicht das Leben des einfachen Arbeiters teilte. Dr. Walter Utzinger, Reallehrer, war ebenfalls eher Beamter und Angestellter als Arbeiter. Dr. Paul Kägi, ein profunder Kenner der geistigen Grundlagen der Arbeiterbewegung, war zwar ein umsichtiger Arbeitersekretär, aber doch nicht im eigentlichen Sinn ein Arbeiterführer. Dr. Agne vor allem wurde als ein von aussen eingesetzter Fremdling empfunden. So musste die zweite *Sozialdemokratische Partei* schliesslich scheitern, weil sie kein tragfähiges Kader aufwies, das eine echte Verbindung zur Arbeiterschaft herstellen und der *Kommunistischen Partei* die Stirne bieten konnte.

## Komintern-Politik in Schaffhausen (1921—1928)

### *Lenins Konzeption*

Durch den Beitritt zur Dritten Internationale entstand 1921 aus der alten *Sozialdemokratischen Partei* die *Kommunistische Partei des Kantons Schaffhausen* (S. 370). Innerlich und äusserlich ergaben sich Aenderungen in der Haltung und der Struktur der Partei, die sich nun nach dem Leninschen Parteitypus ausrichtete<sup>85</sup>. Die Sektionen und Länderparteien der Kommunistischen

<sup>85</sup> Zum Begriff der Partei bei Lenin siehe Wolfgang Leonhard, *Sowjetideologie heute* 2, Frankfurt a. M. 1962, 35—46.



Internationale verstanden sich als Glied einer Weltpartei, die in Moskau ihr Zentrum und in Lenin ihren Spiritus rector hatte. Den Zweck dieser Weltpartei hielt der Paragraph 1 des Komintern-Statuts fest:

*Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedensten Länder, die das eine Ziel anstreben: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der Kommunistischen Gesellschaft<sup>86</sup>.*

Die Weltpartei im Sinne Lenins war gedacht als Mittel zur Förderung der Weltrevolution, die in den Jahren 1917/1918 in greifbarer Nähe zu sein schien. Das Ende des Deutschen Kaiserreiches, der Zusammenbruch von Oesterreich-Ungarn und die revolutionäre Situation in andern Ländern wurden als logische Fortsetzung der bolschewistischen Machtübernahme in Russland und als Einzelereignisse eines weltweiten Umschwungs betrachtet, in dem die bürgerlichen Nationalstaaten durch eine internationale Weltorganisation überwunden würden. Die kommunistische Weltpartei hatte diesen Prozess zu beschleunigen und die Uebernahme der Macht in den verschiedenen Ländern vorzubereiten. Sie musste zu diesem Zweck militärisch und generalstabsmässig organisiert sein. Der von Lenin entwickelte Parteibegriff zeichnete sich dementsprechend aus durch strenge hierarchische Gliederung und eine zentralisierte Organisation. Er setzte Disziplin und Unterordnung sowie Reinhaltung von reformistischen Elementen voraus. In diesem Sinn waren die 21 Aufnahmebedingungen und das Komintern-Statut abgefasst.

### *Erste Rezeption in Schaffhausen*

Wie wirkte sich nun diese Konzeption der Komintern auf die *Kommunistische Partei der Schweiz* und im besonderen auf die *Kommunistische Partei des Kantons Schaffhausen* aus? Um die Frage zu beantworten, muss man einerseits die Entwicklung der Komintern kennen und sich anderseits überlegen, welche Kenntnisse davon die Kommunisten in Schaffhausen erhielten. Gab es Informationswege zwischen dem Sitz der Komintern in Moskau und der Schaffhauser *Kommunistischen Partei*, und wenn ja, wie funktionierten sie? Wurden die Kominternsektionen von der Füh-

---

<sup>86</sup> Pirker 21.



rung in Moskau geleitet, oder wurde die Kominternpolitik von den Sektionen und Länderparteien festgelegt und an das Exekutivkomitee zur Durchführung übermittelt? Können diese Fragen geklärt werden, so ist erkennbar, unter welchen Voraussetzungen die Meinungsbildung in der *Kommunistischen Partei des Kantons Schaffhausen* zustande gekommen ist.

Eine ausführliche Darstellung über die Geschichte der *Kommunistischen Partei der Schweiz*, die das Verhältnis zur Schaffhauser Kantonalpartei und zur Komintern klären könnte, ist erst in Ansätzen vorhanden<sup>87</sup>. Die Entwicklung der Kommunistischen Internationale von 1919 bis zur Auflösung im Jahr 1943 wurde sowohl aus historischer wie aus sowjetideologischer Sicht dargestellt<sup>88</sup>. Ebenso liegen die Protokolle der sechs internationalen Kongresse und zahlreiche andere Komintern-Dokumente vor<sup>89</sup>. Als Periodika gab die Kominternführung die Zeitschrift *Kommunistische Internationale* als Organ des Exekutivkomitees heraus, ferner als Informationsbulletin für die kommunistischen Zeitungen die *Internationale Presse-Korrespondenz*<sup>90</sup>. Diese gedruckten Quellen, die in Schaffhausen wenigstens dem Parteikader bekannt waren, gestatten einen Einblick in die Beziehungen zwischen Exekutivkomitee, Länderparteien und Sektionen.

Als sich die Schaffhauser Linke im Jahr 1921 zur Komintern bekannte, waren ihr die 21 Bedingungen bekannt, gleichzeitig ebenso das Komintern-Statut, doch dürfen diese papierenen Grundlagen in ihrer wörtlichen Bedeutung für die Partei nicht überschätzt werden, wie die Diskussion am Beringer Parteitag (S. 348) beweist. Wichtig für das Durchschnittsparteimitglied war das Gefühl, der Avantgarde des Proletariats anzugehören, war die Hoffnung auf eine Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände

---

<sup>87</sup> Vom Standpunkt der Altkommunisten aus schreibt [Willi Wottreng,] *Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Schweiz 1921—1931*, Zürich 1972. Mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds bearbeitet Peter Stettler (Münsingen) gegenwärtig dasselbe Thema umfassend.

<sup>88</sup> Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale* 2, Hannover 1963. A. I. Sobolew (Leiter des Autorenkollektivs), *Die Kommunistische Internationale*, Berlin 1970. Kommentierte Dokumente zur Geschichte der Komintern bietet Theo Pirker, *Utopie und Mythos der Weltrevolution — zur Geschichte der Komintern 1920—1940*, München 1964.

<sup>89</sup> Als Bibliographie der von der Komintern herausgegebenen Schriften dient der kommentierte Reprint-Katalog der Firma Feltrinelli in Mailand: *Die Kommunistische Internationale 1919—1939, Verzeichnis photomechanischer Nachdrucke aus der sozio-ökonomischen Sammlung des Istituto G. G. Feltrinelli*, Mailand 1967.



und der Glaube an die historische Mission Sowjetrusslands. Diese Haltung spricht deutlich aus dem Schlusssatz des euphorisch gehaltenen Berichts von Walther Bringolf über den Zweiten Weltkongress der Komintern:

*Einen Wunsch trage ich in mir: Mögen bald die Wege und Tore Sowjetrusslands weit geöffnet werden für alle Kleingläubigen aus unserer Zeit! Mögen sie auch geöffnet werden für alle, die an der Zeit leiden, an ihr verzweifeln! Sie werden dort Quellen der Kräfte finden, sie werden aus ihnen neue Kräfte schöpfen, die dem Leben neue, blutwarme Inhalte verleihen. — Eine schwere Leidenszeit durchgeht die Menschheit — sie durchgeht sie zur Läuterung. Die schöpferischen Kräfte der Menschen entfalten sich schaffend nur in den Zeiten des Leidens, der Qual und des Kampfes. Aber Gewaltiges ist im Werden begriffen. Alle Teile, die das äussere und innere Zusammenleben der Menschen binden, sind auf dem Wege der Auflösung — oder schon aufgelöst. Das Proletariat stürmt mit wildem Schöpferdrang durch die Geschichte, es zerstört die alten Verbindungen endgültig, um sie mit seinem Herzblute nach seinem Willen neu zu verknüpfen. — Eine Welt ist im Vergehen — eine Welt ist im Entstehen, das sagt uns Sowjetrussland!*<sup>91</sup>

Angesichts einer solchen, von hohem idealistischem Geist getragenen Revolutionsromantik kann es nicht verwundern, dass die harten politischen Folgen der russischen Umwälzung unwillkürlich übersehen wurden. Die ehrliche, fast religiöse Verehrung Sowjetrusslands als Mutterland der proletarischen Befreiung verhinderte ein kritisches und wachsendes Verhältnis gegenüber dem fernen proletarischen Staat, in dem sich der Sitz der Komintern befand. Die sich ändernden Bedingungen, unter welchen sich die Kommunistische Partei in Russland und den andern Ländern entwickelte, veränderte auch die Komintern.

#### *Von der demokratischen zur zentralistischen Komintern*

Ursprünglich galt der Weltkongress aller ihr angehörigen Parteien und Organisationen als die höchste Instanz der Kommunistischen Internationale. So war es in Paragraph 4 des Komintern-Statuts festgelegt. Die Idee eines Weltparlamentes wurde aber ziem-

<sup>90</sup> *Kommunistische Internationale 1919—1941* (Sozialarchiv Zürich N 1009). *Internationale Presse-Korrespondenz (INPREKORR) 1921—1933* (Sozialarchiv Zürich N 1001).

<sup>91</sup> Walther Bringolf, *Russische Reise 1920*, Berlin 1921, 154.



lich rasch überlagert von einer zentralistischen Tendenz innerhalb des Komintern-Apparates, der in Moskau unter dem Einfluss der russischen Entwicklung stand. Ursprünglich war vorgesehen, jährlich einen Weltkongress abzuhalten, doch wurden die Abstände zwischen den Zusammenkünften immer grösser. Von 1919 bis 1943, in 24 Jahren, fanden nur sieben Kongresse statt. In den Zwischenzeiten führte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das EKKI, die Geschäfte. Wie rasch die tatsächliche Macht innerhalb der Komintern vom demokratisch zusammengesetzten Weltkongress auf das Exekutivkomitee überging, kann am Beispiel der Diskussion um die Frage der «Einheitsfront», das heisst der Aktionseinheit mit den Sozialisten, nachgewiesen werden.

Als in Russland noch vor 1921 der rigorose Kriegskommunismus Schiffbruch erlitt und in der Phase der «Neuen Oekonomischen Politik» kapitalistische Wirtschaftsformen teilweise wieder zugelassen wurden, ging auch die Komintern von der Strategie des revolutionären Angriffs auf die Strategie der opportunistischen Verteidigung über<sup>92</sup>. Weil sich die revolutionäre Weltsituation relativ rasch gelegt hatte und eine internationale Revolution daher in die Ferne gerückt war, ergab sich für die Komintern und die ausser-russischen Parteien die Notwendigkeit, wieder mit sozialdemokratischen Organisationen zusammenzuarbeiten, von welchen sich die Kommunisten kurz zuvor klar distanziert und die Führer diffamiert hatten. Diese Forderung nach politischer Zusammenarbeit wurde aber nicht etwa von der Basis her gestellt und durch die Delegierten der Länderparteien dem Weltkongress beantragt, sondern das Exekutivkomitee stellte am 27./28. Dezember die Leitsätze für die Anwendung der Einheitsfronttaktik auf und beschloss die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Führern. Diese Taktik der «Einheit von oben» war eine völlige Kehrtwendung nach den Parteisäuberungen und Angriffen auf die Sozialdemokratie. Der nächste Weltkongress bestätigte die Wendung von EKKI und Komintern nur noch<sup>93</sup>. Die Initiative war also bereits Ende des Jahres 1921 vom Weltkongress auf das Exekutivkomitee übergegangen.

Der Vierte Weltkongress der Komintern von 1922 beschloss eine Reorganisation der Kommunistischen Internationale. Der Einfluss der Mitgliederparteien wurde aufgehoben und dem EKKI das Recht eingeräumt, eigene Vertreter mit weitgehenden Vollmachten in die Länderparteien zu entsenden, um die von der Exekutive er-

---

<sup>92</sup> Pirker 23.

<sup>93</sup> Pirker 36.



lassenen Direktiven durchzusetzen. Julius Braunthal kommentiert die Reorganisation mit den Worten:

*Nun erst war die Kommunistische Internationale in eine bolschewistische, straff zentralisierte, militärisch-disziplinierte Weltpartei umgeformt worden, die sich widerspruchslos, wie der Kongress demonstrierte, der russischen Führung unterwarf*<sup>94</sup>.

Bis etwa 1926 war die Strategie der Komintern rein pragmatisch<sup>95</sup>. Nachdem sich die Hoffnung auf eine spontane Weltrevolution als trügerisch erwiesen hatte und sich die kapitalistischen Wirtschaftsformen im Anschluss an die Nachkriegsdepression wieder einspielten, glaubten sich die Kommunisten in einem Wellental zwischen zwei revolutionären Wellen zu befinden. Der Fünfte Weltkongress der Komintern von 1924 gab die Losung der «Einheit von unten» als neue Taktik gegenüber nichtkommunistischen Parteien aus. Das bedeutete, dass die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteiführern verpönt war, dass dagegen die kommunistischen Parteien versuchen mussten, direkt die Massen für ihre Ziele zu gewinnen<sup>96</sup>.

Am 21. Januar 1924, noch vor dem Fünften Weltkongress, starb Lenin. Mit seinem Tod wurde auch die Idee der spontanen revolutionären Bewegungen in den verschiedenen Ländern, die schliesslich zur Weltrevolution führen würden, überlagert von Stalins Ansicht, die Weltrevolution müsse von Sowjetrussland auf die andern Länder übertragen werden. Stalins Theorie vom «Aufbau des Sozialismus in einem Land» führte dazu, dass sein Apparat die Anstrengungen auf Russland konzentrierte und die Komintern, die Weltorganisation des Kommunismus, als Mittel der russischen Aussenpolitik betrachtete und missbrauchte. Die Komintern hatte sich nun der russischen Entwicklung anzupassen. Der Sechste Weltkongress von 1928 machte diese Tendenzen sichtbar und leitete die bekannten Fraktionskämpfe in den kommunistischen Parteien Europas ein.

### *Die Kommunistische Partei der Schweiz von 1921 bis 1928*

Im Sog der internationalen Entwicklung wurde in den Jahren 1921 bis 1928 die *Kommunistische Partei der Schweiz* als Landespartei aufgebaut. Sie entstand spontan aus dem Bestreben nach einer

---

<sup>94</sup> Braunthal 283.

<sup>95</sup> Pirker 41.

<sup>96</sup> vgl. Braunthal 318, Sobolew 253—269.



radikalen Erneuerung des gesellschaftlichen und politischen Lebens und verstand sich als Stosstrupp der Arbeiterklasse. Wie alle kommunistischen Parteien der Welt erfreute sie sich vorerst einer organisatorischen Unabhängigkeit, und es schien, als ob sie mit einer grossen Zahl von Sympathisanten rechnen könnte. Die Nationalratswahlen von 1922 brachten eine erste grosse Enttäuschung, indem es der neuen Linkspartei nur in den Kantonen Basel-Stadt und Zürich gelang, je ein Mandat zu erobern. In Schaffhausen, der dritten kommunistischen Hochburg der Schweiz, ging der beanspruchte Sitz der Konkurrenz zwischen *Kommunistischer Partei* und *Sozialdemokratischer Partei* wegen an die Freisinnigen verloren (S. 372). Dieser offensichtliche Misserfolg hatte eine gewisse Ernüchterung zur Folge. Anstelle der exklusiv-isolierten Haltung trat nun auch in der Schweiz eine flexiblere Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, die teilweise ehrlich gemeint war, teilweise aber auch nur als Unterwanderung verstanden wurde.

Vom 3. bis 5. Juni 1922 tagte der Zweite Parteitag der *Kommunistischen Partei der Schweiz* in Basel und legte ein Parteiprogramm vor<sup>97</sup>. Es legte die Richtlinien fest in bezug auf die Wirtschaftskämpfe, die Beteiligung an Parlamenten und Regierungen und forderte die «Diktatur des Proletariats». Aufgrund dieses Programms wurden die Schaffhauser Kommunisten in ihrer radikalen Politik bestärkt, und sie passten sich weitgehend den einzelnen Punkten an. Auch der Dritte Parteitag der *Kommunistischen Partei der Schweiz* vom 13./14. Dezember 1924 zeigte ein prächtiges Bild innerer Geschlossenheit der gesamten Partei, obwohl die Mitgliederzahl seit 1921 von 6356 auf etwa 4500 gesunken war<sup>98</sup>. Schaffhausen musste ebenfalls einen Mitgliederschwund melden (S. 376). Statt nun aber durch konstruktive politische Arbeit eine Verbreiterung der Basis anzustreben und die bestehenden kommunistischen Parteien in Basel, Zürich und Schaffhausen zu stärken, beschloss der Parteitag, die Erweiterung der Basis durch Umorganisation der Parteisektionen in Betriebszellen zu erreichen<sup>99</sup>. Ein Jahr später beschloss die Organisationskonferenz vom 15./16. Mai 1925, die von den Betriebs-

<sup>97</sup> Abdruck bei Egger 268—282. Parteitagsberichte in AZ 7.—9.6.1922. Aus ihnen ist ersichtlich, dass Philipp Wildberger und Walther Bringolf am Parteitag teilnahmen.

<sup>98</sup> AZ 19.12.1924 nennt als Delegierte von Schaffhausen Emil Meyer, Philipp Wildberger und Heinrich Schöttli.

Wottreng 31 gibt folgende Mitgliederzahlen der KPS: 1921: 6400, 1922: 5400, 1923: 4500—4800, 1925/26: 4000, 1927: 3500.

<sup>99</sup> Wottreng 28.



zellen nicht erfassten Parteimitglieder in Strassenzellen zusammenzufassen<sup>100</sup>. Diese Atomisierung der Mitgliedschaft, die keine positive Wirkung hatte und dem Mitgliederschwund im Gegenteil Vorschub leistete, wurde offenbar durch die *Kommunistische Partei des Kantons Schaffhausen* nur zum Teil durchgeführt. Im Mai 1926 bestanden sechs Betriebszellen mit insgesamt etwa 80 Mitgliedern, wobei sich in der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft und in den Georg-Fischer-Werken die beiden grössten Zellen befanden<sup>101</sup>. Der ungenügende Organisationsgrad der schweizerischen Partei und die mangelhafte Einigkeit zwischen Basel, Zürich und Schaffhausen offenbarte sich am Vierten Parteitag der *Kommunistischen Partei der Schweiz* vom 16. bis 18. April 1927, an dem vor allem Massnahmen zur Sanierung der Sektion Zürich zur Debatte standen<sup>102</sup>. Im folgenden Jahr verloren die Zürcher Kommunisten ihr Nationalratsmandat. 1928 tagte auch der Sechste Weltkongress der Komintern, der bedeutsame Veränderungen für die schweizerische Parteiorganisation bringen sollte.

### *Die Lage der Schaffhauser Kommunisten*

Im Gegensatz zur gesamtschweizerischen Partei erfuhr die *Kommunistische Partei des Kantons Schaffhausen* im Zeitraum von 1921 bis 1928 eine bedeutungsmässige Stärkung. Ihre Stellung war besonders günstig, weil sie über das gesamte ehemalige sozialdemokratische Parteikader mit Ausnahme von Eduard Haug verfügte und mit ihren Mitgliedern in den Gewerkschaften und Genossenschaften sowie in der Arbeiterunion gut vertreten war. Die Schaffhauser Kommunisten hatten auch einen beachtlichen Einfluss im Kantonsrat, im Grossen Stadtrat von Schaffhausen und im Einwohnerrat von Neuhausen, ebenso in den entsprechenden Gemeindeexekutiven. Entsprechend dieser besonderen Situation betrieb die *Kommunistische Partei* in Schaffhausen eine mehr oder weniger eigenständige Politik, die sich dadurch auszeichnete, dass von den Programmpunkten der Komintern und der schweizerischen Partei jene Elemente übernommen wurden, welche für die Schaffhauser Verhältnisse fruchtbar und sinnvoll erschienen. Andere Forderungen wurden nur teilweise

---

<sup>100</sup> Wottreng 30.

<sup>101</sup> Wottreng 31/32 bezieht sich auf Kämpfer 11.6.1926.

<sup>102</sup> Tagungsbericht in AZ 19.4.—25.4.1927. Aus ihm ist ersichtlich, dass Walther Bringolf und «ein Metallarbeiter» als Schaffhauser Delegierte teilnahmen.



durchgeführt (wie die Umstellung auf Zellen) oder abgelehnt (wie die Zentralisation der kommunistischen Presse).

Weil die *Kommunistische Partei des Kantons Schaffhausen* nie finanzielle Mittel von der schweizerischen Partei oder der Komintern bezog<sup>103</sup>, wahrte sie immer ihre unabhängige Stellung. Nach aussen bewies sie ihre demokratische Gesinnung, in dem sie an Wahlen in Gemeinde-, Kantons- und eidgenössischen Behörden teilnahm. Auch innerparteilich spielte die Demokratie bis nach 1928. Wenn auch einzelne Exponenten der Kantonalpartei mehr oder weniger souverän die Aktionen der Schaffhauser Kommunisten vorbestimmten, bestand doch immer noch das Korrektiv der Parteitagebschlüsse. Innerparteiliche Differenzen wurden in der *Arbeiter-Zeitung* öffentlich diskutiert und die an den Parteitage abgegebenen Voten mit Namensnennung bekanntgegeben. Auch heftige Auseinandersetzungen galten keineswegs als Zeichen des Verfalls<sup>104</sup>. Trotz dieser unabhängigen Stellung und der besonders guten Ausgangslage, in der sich die kantonschaffhauserische *Kommunistische Partei* befand, lassen sich zahlreiche Einflüsse der Komintern auf die Schaffhauser Politik nachweisen, die indessen nicht ausreichen, um eine Theorie zu stützen, wonach die Schaffhauser Kommunisten von Moskau aus «ferngesteuert» worden sein sollen.

### *Einflüsse der Komintern*

Die erste Auswirkung, die sich 1921 nach dem Beitritt zur Komintern ergab, war die Aenderung der Parteibezeichnung in *Kommunistische Partei des Kantons Schaffhausen*. Diese äussere Aenderung machten alle kantonalen Sektionen und die *Arbeiter-Zeitung* im Untertitel mit. Sie wurde gefordert durch den Paragraphen 3 des Kominternstatuts. Der Punkt 1 der 21 Bedingungen verpflichtete die Kommunisten zur Neuregelung ihres Pressewesens. Dort hiess es: *Die periodische und nicht-periodische Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist*<sup>105</sup>. Schon in der Pressefrage gingen die Schaffhauser Kommunisten einen andern Weg als ihre Genossen in Zürich und Basel. In Basel gelang es den Kommunisten, sich den *Basler Vorwärts* zu sichern, in Zürich spaltete sich der kommunistische *Kämpfer* vom sozialdemokratischen *Volksrecht* ab, während

<sup>103</sup> Mitteilung Walther Bringolf 9.4.1970.

<sup>104</sup> Abendroth 100 macht die gleiche Feststellung für alle kommunistischen Parteien.

<sup>105</sup> Pirker 25.



die altkommunistische *Neue Ordnung* weiterhin erschien. Ausser diesen Blättern besaßen die schweizerischen Kommunisten damals nur noch einige kleinere Zeitungen in der Westschweiz und im Tessin<sup>106</sup>. Auf den 1. April 1921 wurden der *Basler Vorwärts*, *Der Kämpfer* und die *Neue Ordnung* zentralisiert, nicht aber die Zeitung der Schaffhauser Kommunisten. Diese suchten nach einer anderen Lösung. Im Frühjahr 1921 wurde die *Arbeiter-Zeitung* noch immer als Kopfblatt des sozialdemokratisch gebliebenen *Volksrechts* von der Genossenschaftsdruckerei Zürich gedruckt. Dieses Verhältnis musste aus politischen Gründen aufgelöst werden. Der tragende Gedanke bestand nun darin, dass unter der Schaffhauser Arbeiterschaft, in den Parteisektionen und Gewerkschaften die notwendigen Finanzen zusammengetragen wurden, um im Oktober 1921 eine arbeiter-eigene Druckerei einrichten zu können (S. 270). Die leitenden Persönlichkeiten der Partei besorgten die Redaktion und die Herausgabe der *Arbeiter-Zeitung*, so dass der Verpflichtung nach «Unterstellung» der Presse unter den Parteivorstand Genüge getan wurde. Die Forderungen der 21 Punkte kamen also in der Pressefrage den Bestrebungen der Schaffhauser Kommunisten entgegen. Die Gründung eines arbeitereigenen Zeitungsverlages lag im Schnittpunkt der Interessen: Die Arbeiterschaft in Schaffhausen erhielt wieder ein eigenes Lokalblatt und die Komintern ein Organ, das sich gemäss Punkt 18 verpflichtete, *alle wichtigen offiziellen Dokumente der Exekutive der Kommunistischen Internationale abzu drucken*.

In der Frage der Betriebskämpfe zeigte sich die *Kommunistische Partei* radikaler als die *Sozialdemokratische Partei*, auch in den Jahren, als von Moskau aus die Parole der «Einheit von oben» ausgegeben wurde. Ein erster Streik infolge Lohnabbaus ereignete sich im Juli 1922 bei den Metallarbeitern der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft (SIG) in Neuhausen<sup>107</sup>. Einen ernsteren Charakter hatte im Jahr 1924 der Streik in der Maschinenfabrik Rauschenbach, der einen Solidaritätsstreik der Georg-Fischer-Arbeiter auslöste. Die Vorgeschichte beginnt eigentlich mit dem Generalstreik von 1918, der als positive Wirkung für die Arbeiterschaft die Einführung der 48-Stunden-Woche gebracht hatte. Während der Nachkriegsarbeitslosigkeit wurde die industrielle Arbeitszeit wieder verlängert mit dem Argument, die schweizerischen Betriebe müssten im Ausland konkurrenzfähig bleiben. Ausgelöst durch die Motion Abt im Nationalrat, wurde eine entsprechende Revision des

<sup>106</sup> Bodenmann 20—24. Egger 292—293.

<sup>107</sup> AZ 5.—14.7.1922. Bringolf 114—115. Gewerkschaftskartell 34.



Artikels 41 des Fabrikgesetzes beschlossen und die Arbeitszeit auf 54 Stunden festgesetzt. Gegen diese Gesetzesänderung ergriffen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften das Referendum. Der eidgenössischen Volksabstimmung vom 17. Februar 1924 ging ein harter Kampf voraus, die Aufhebung der 48-Stunden-Woche wurde aber mit rund 430 000 gegen 312 000 Stimmen verworfen, wozu der Kanton Schaffhausen 6705 Nein und 4311 Ja beisteuerte<sup>108</sup>. Trotz dieses Entscheides versuchten die Maschinen- und Metallindustriellen, ihre Arbeiter bei gleichbleibendem Lohn zu einer Arbeitszeit von 52 bis 54 Stunden zu verpflichten. Diese Absicht der Unternehmer forderte die Arbeiter zu einer Streikaktion heraus. In der Schaffhauser Maschinenfabrik Rauschenbach und den Firmen Jäggli in Oberwinterthur und Rieter in Töss traten 1100 Arbeiter nicht mehr zur Arbeit an<sup>109</sup>. Der Aktion fehlte die nötige Durchschlagskraft im gesamtschweizerischen Rahmen. Die *Kommunistische Partei der Schweiz* trat entschieden für die Ausdehnung des Streiks ein, während sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zurückhielten. Im Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband (SMUV) machten sich bereits Vorboten des Arbeitsfrieden-Abkommens bemerkbar. Nur in Schaffhausen erreichte die *Kommunistische Partei* eine Ausdehnung der Streikbasis. Nach einer ergebnislosen sechswöchigen Arbeitsniederlegung bei der Firma Rauschenbach berief Redaktor Walther Bringolf eine Vertrauensmänner- und Mitgliederversammlung der *Kommunistischen Partei* ein, die volle Solidarität mit den Streikenden beschloss und an die Arbeiter der Eisen- und Stahlwerke appellierte, in einen Solidaritätsstreik einzutreten<sup>110</sup>. Am nächsten Tag traten 1800 bis 2000 Arbeiter aus dem Mühlental in einen Streik, bei dem sie selber wenig mehr erreichen konnten, als die Aufmerksamkeit auf ihre Kollegen auf dem Ebnat bei Rauschenbach hinzulenken. Die Streikaktion dauerte rund 14 Tage. Konrad Ilg als Präsident des SMUV kam nach Schaffhausen, um Verhandlungen mit der Betriebsleitung der Eisen- und Stahlwerke anzubahnen. Den Arbeiterführern gelang es schliesslich, Vertretungen aus den Streikenden beider Grossbetriebe einzubeziehen. Inzwischen bemühte sich der Zentralvorstand des SMUV, mit dem Ver-

<sup>108</sup> Amtsblatt 1924,131. Gewerkschaftskartell 34. Bodenmann 32—33. Bringolf 117.

<sup>109</sup> Darstellung aus Sicht der KPS: *Die Kommunistische Partei der Schweiz 1922/24*, Basel 1924,43. Vom bürgerlichen Standpunkt aus befasst sich ausführlich mit dem Streikgeschehen: *Eduard Gubler, Schaffhauser Tagesfragen*, Schaffhausen 1924,1—53.

<sup>110</sup> AZ 20.11.1924.



band der Maschinenindustriellen eine Uebereinkunft für alle in der Schweiz bestreikten Betriebe auszuhandeln. Dieses sogenannte «Berner Abkommen» hielt fest, dass die Arbeiter spätestens am 2. Juni 1924 in die Betriebe zurückzukehren hätten, unabhängig davon, ob die schwebenden Lohndifferenzen erledigt seien oder nicht<sup>111</sup>. Walther Bringolf, der sich für den Solidaritätsstreik sehr stark engagiert hatte, sprach an der letzten Streikversammlung, die der 1200 Teilnehmer wegen in die St.-Johann-Kirche verlegt wurde, für den Streikabbruch<sup>112</sup>. Unter dem Druck der Tatsachen stimmte die Streikversammlung mit 481 gegen 456 dem «Berner Abkommen» zu, womit die Lohnbewegung beendet war<sup>113</sup>. Die Firma Rauschenbach blieb bei der 48-Stunden-Woche, die Arbeiter der Eisen- und Stahlwerke erhielten eine bescheidene finanzielle Aufbesserung, und alle Streikenden bis auf einen Streikführer wurden wieder eingestellt. Kurz darauf wurde die Firma Rauschenbach, deren Leitung und Geschäftsgang nicht den Erfordernissen der Zeit entsprach, durch die Eisen- und Stahlwerke übernommen und in deren Betrieb einverleibt<sup>114</sup>. Ausgerechnet dieser ehrwürdig-alte Schaffhauser Betrieb, der unter seinem Gründer Johannes Rauschenbach dadurch bekannt wurde, dass er die Arbeiter durch Prämien am Geschäftsgewinn mitbeteiligte, musste seine Selbständigkeit nach einem Arbeitskonflikt aufgeben<sup>115</sup>.

Das Parteiprogramm der *Kommunistischen Partei der Schweiz* von 1922 führte zum Thema «Parlamentarismus» aus: *Bei der Beteiligung an Parlamentswahlen erklärt die Kommunistische Partei mit aller Schärfe, dass das Proletariat seine Ziele nicht durch Verhandeln mit der Bourgeoisie in den Parlamenten und nicht durch parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse erreichen kann*<sup>116</sup>. Wie diese extrem formulierte Forderung in der Praxis hätte gehandhabt werden sollen, geht aus dem Programmtext nicht hervor. Der Vergleich über die Jahre 1921 bis 1930 zeigt, dass sich die Vertreter der *Kommunistischen Partei des Kantons Schaffhausen* nicht grundsätzlich anders ins parlamentarische System einfügen konnten als die übrigen Parteigruppen. Nach 1921 kam es zwar vor, dass kommunistische Schaffhauser Kantonsräte unter Protest den Ratssaal verliessen, um ihre Gesinnung deutlicher zu demonstrieren.

<sup>111</sup> *Die Kommunistische Partei der Schweiz 1922/24*, Basel 1924, 43.

<sup>112</sup> Bringolf 112.

<sup>113</sup> Gewerkschaftskartell 34—35.

<sup>114</sup> Schib, Stadt und Landschaft 528.

<sup>115</sup> KZ 19.1.1879.

<sup>116</sup> Egger 274.



ren, doch pendelten sich die üblichen Verhaltensnormen bald wieder ein. Dass die kommunistischen Parlamentarier den Ratssaal wie den Gerichtssaal immer wieder zu einer Propagandatribüne benutzen wollten und ihre Vorstösse ideologisch untermauert vortrugen, versteht sich eigentlich von selbst. Dass die Auseinandersetzungen zeitweise recht hart und für persönlich Angegriffene besonders unangenehm waren, muss nicht weiter hervorgehoben werden. Die kommunistischen Fraktionen im Kantonsrat und im Grossen Stadtrat waren in ihrem Auftreten immer einig und geschlossen. Ihre Mitglieder standen gemäss Parteiprogramm unter der Kontrolle der Parteiinstanzen, deren Weisungen sie zu befolgen hatten und im Weigerungsfall abberufen werden konnten.

In bezug auf die Regierungsratswahlen kam das schweizerische Parteiprogramm von 1922 den politischen Möglichkeiten der *Kommunistischen Partei des Kantons Schaffhausen* entgegen. Es hiess dort: *Bundesrat und kantonale Regierungen ... sind die eigentlichen staatlichen Herrschaftsorgane der Bourgeoisie. Die Kommunistische Partei der Schweiz entsendet in diese Regierungen keine Vertretung*<sup>117</sup>. Die Schaffhauser Kantonalpartei hielt sich an diese Richtlinien, indem sie in allen Wahljahren weder mit eigenen Kandidaten teilnahm noch andere unterstützte. Sie führte den Kampf grundsätzlich gegen die freisinnig-bäuerliche Regierung, indem sie jedesmal Leereinlegen empfahl<sup>118</sup>.

Schon 1924 liess Hermann Schlatter allerdings durchblicken, dass eine parlamentarische Opposition ohne Rückendeckung durch eigene Vertreter in der Exekutive auf die Dauer unbefriedigend, die Teilnahme bei Regierungsratswahlen also bei Gelegenheit zu erwägen sei<sup>119</sup>. Auch in Basel und Zürich traten ähnliche Fragen auf. Schliesslich befasste sich die Kominternführung in Moskau mit dem aufgeworfenen Problem und liess die Schweizer Genossen das Resultat der Ueberlegungen wissen. In der Sitzung der *Kommunistischen Partei Neuhausen* vom 31. Juli 1926 wurde ein längeres Schreiben des Präsidiums der *Kommunistischen Internationale* verlesen, das sich mit der einzuschlagenden Taktik bei Regierungsratswahlen befasste<sup>120</sup>. Die Komintern empfahl für die Zukunft eine eventuelle Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten. Den Neuhauser Parteimitgliedern wurden gleichzeitig ver-

---

<sup>117</sup> Egger 275.

<sup>118</sup> AZ 1.11.1924, 20.10.1928, 15.10.1932.

<sup>119</sup> AZ 20.10.1924.

<sup>120</sup> Protokoll KP Neuhausen 31.7.1926.



schiedene Anträge der Schweizer Zentrale zur Stellungnahme übermittelt. Der Antrag Bodenmann (Basel) verlangte, dass die bisherige Taktik der Nichtbeteiligung grundsätzlich beibehalten werden sollte, ferner dass der Regierungsproporz abzulehnen sei, dass aber doch die Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten von Fall zu Fall zu untersuchen sei. Der Neuhauser Parteivorstand empfahl seinen Mitgliedern die Zustimmung zu diesen Anträgen, welche ohne grosse Diskussion gutgeheissen wurden. Dieses Beispiel ist ein Anhaltspunkt dafür, dass um 1926 die innerparteiliche Demokratie in der *Kommunistischen Partei der Schweiz* durchaus noch spielte. Es ist auch ein Beispiel für die Beziehungen zwischen der Kominternführung in Moskau, der *Kommunistischen Partei der Schweiz* und der Sektion Neuhausen. Es lässt sich feststellen, dass um 1926 die Meinungsbildung in der Kominternsektion normal funktionierte. Von der Führung in Moskau wurden zwar Empfehlungen schriftlich abgegeben, doch waren die Parteimitglieder frei, in einer demokratischen Abstimmung diesen Empfehlungen zu folgen oder nicht. Auch die Zentrale der KPS konnte lediglich Anträge formulieren, nicht aber «Befehle» erteilen.

### *Diktatur des Proletariats?*

Es wäre noch zu untersuchen, was die *Kommunistische Partei des Kantons Schaffhausen* unternommen hat, um die «Diktatur des Proletariats» zu verwirklichen, die vom Parteiprogramm gefordert wurde. Der Versuch lohnt sich kaum, denn der konkrete Gehalt dieser programmatischen Forderung machte im 19. und 20. Jahrhundert einen Wandel durch, und niemand scheint sich in Schaffhausen um eine Analyse oder eine Interpretation bemüht zu haben<sup>121</sup>. Der Begriff «Diktatur des Proletariats» stammt ursprünglich von Karl Marx und Friedrich Engels. Marx und Engels sahen die Verwirklichung dieser Forderung durchaus im Rahmen des allgemeinen Wahlrechts, das heisst durch Erreichen der Parlamentsmehrheit

<sup>121</sup> Bringolf schreibt: *Wir blieben Anhänger der Diktatur des Proletariats, obwohl ich offen zugebe, dass wir eigentlich keine konkrete Vorstellung von der Lösung dieser gesellschaftlichen und politischen Probleme hatten* (Bringolf 100). Zum Begriffswandel siehe Wolfgang Leonhard, *Sowjetideologie heute* 2, Frankfurt a. M. 1962, 158–174. Von Interesse sind die (damals in Schaffhausen kaum bekannten) analytischen Ueberlegungen zur «Diktatur des Proletariats» von Otto Lang (*Charles Spillmann, Otto Lang 1863–1936 — Sozialismus und Individuum*, Bern 1974, 78–80). Der in Schaffhausen aufgewachsene Schöpfer des SPS-Parteiprogramms von 1904 lehnte eine Diktatur der Minderheit als «unmarxistisch» ab.



in einem demokratisch organisierten Staatsverband. Sie sahen die Diktatur des Proletariats verwirklicht im Rat der Pariser Kommune, die aus 64 Anhängern einer sozialistischen Entwicklung und 21 Gegnern bestand, insgesamt also aus 85 Abgeordneten. Erst Lenin hat in den Jahren 1917 bis 1920 die «Diktatur des Proletariats» zum zentralen Postulat seiner Staatstheorie gemacht und als Diktatur die uneingeschränkte Ausübung der Macht, auch mit Gewaltanwendung, bezeichnet. Sonderbarerweise hat 1920 die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* die Forderung nach einer «Diktatur des Proletariats» ebenso ins Parteiprogramm aufgenommen wie 1922 die *Kommunistische Partei der Schweiz*. Die Forderung galt damit theoretisch sowohl für die sozialdemokratische wie für die kommunistische Schaffhauser Kantonalpartei. Doch dachten sie kaum an eine ähnliche extensive Auslegung des Begriffs, wie Lenin dies tat. Die «Diktatur des Proletariats» war ein Kampfruf, ein Schlagwort, eine Wahlparole, die von den politischen Gegnern dankbar aufgenommen und als Abschreckungsmittel gegen die Linksparteien verwendet wurde. In Schaffhausen gab man dieser Forderung offensichtlich nur die Bedeutung, die von Marx und Engels festgelegt worden war: Der Kampf um die Ratssitze wurde mit allen Agitationsmitteln geführt, die Gegner wurden schonungslos angegriffen durch harte, gehässige Kritik, originelle Polemik und manchmal auch durch das Provozieren von Gelächter und Schmunzeln. Gewaltanwendung zum Erreichen eines politischen Ziels stand nicht zur Diskussion. Allerdings wurde der gesamte Spielraum, der in einem Rechtsstaat zur Verfügung stand, voll ausgenützt und auch dann und wann mit einer Ehrverletzung oder einer unbewilligten Demonstration samt anschliessender Schlägerei überschritten. Die «Revolution», welche die Schaffhauser Kommunisten betrieben, war genaugenommen eine radikale Evolution, die von der Russischen Revolution ihre historische Notwendigkeit ableitete und aus der kommunistischen Weltbewegung Kraft und Ideen schöpfte.

### Stalinisierung der Kommunistischen Partei (1928—1930)

#### *Die Wittorf-Thälmann-Affäre als Ausgangspunkt*

1926 stand das Thema «Bolschewisierung der Partei» erstmals auf dem Programm der *Kommunistischen Partei Neuhausen*<sup>122</sup>. Der

---

<sup>122</sup> Protokoll KP Neuhausen 30.1.1926.



Fünfte Weltkongress der Komintern hatte die Losung nach Bolschewisierung aller Parteien ausgegeben. Gemeint war damit, *dass sich unsere Sektionen alles das aneignen, was am russischen Bolschewismus von internationaler Bedeutung ist*<sup>123</sup>. Alle kommunistischen Parteien waren eingeladen, sich auszurichten nach dem Muster der russischen Partei, die nach und nach unter den Einfluss ihres aufsteigenden Führers Stalin geriet. Man verwendet daher in der Geschichtswissenschaft heute weniger den Begriff «Bolschewisierung» der Partei als vielmehr «Stalinisierung»<sup>124</sup>. Das Phänomen ist in praktisch sämtlichen Sektionen der Komintern zu beobachten und brachte eine entscheidende Wendung in den Weltkommunismus.

Für die *Kommunistische Partei der Schweiz* und die Schaffhauser Kantonalpartei wurden die Fraktionskämpfe innerhalb der Komintern erst im Jahr 1928 richtig fassbar, einmal durch die Vorgänge in der *Kommunistischen Partei Deutschlands*, dann aber auch durch den Sechsten Weltkongress und die folgende Kaltstellung von Jules Humbert-Droz in Moskau. Im März 1928 begann in der deutschen kommunistischen Partei, die durch zahlreiche Säuberungen und Fraktionskämpfe seit Jahren zerrissen war, eine neue Auseinandersetzung zwischen kominterntreuen und kominternkritischen Kommunistenführern<sup>125</sup>. Ernst Thälmann, Führer der *Kommunistischen Partei Deutschlands* seit 1925, wurde durch eine Unterschlagungsaffäre seines Freundes John Witterf stark belastet. Das deutsche Zentralkomitee entthob ihn seiner Funktion und überwies die Angelegenheit an das Exekutivkomitee der Komintern. Wie ein «coup de tonnerre», berichtet Jules Humbert-Droz, habe die entsprechende Meldung der *Prawda* in Moskau gewirkt<sup>126</sup>. Stalin, der besondere Beschützer von Ernst Thälmann, beorderte die Führung der *Kommunistischen Partei Deutschlands* nach Moskau und verlangte unmissverständlich, Thälmann sei als Parteiführer wieder einzusetzen. Die Mitglieder des deutschen Zentralkomitees kippten mehrheitlich um und setzten Thälmann wieder ein. Bevor die Angelegenheit völlig bereinigt war, fand der Sechste Weltkongress statt.

<sup>123</sup> *Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*, Hamburg 1924, 31.

<sup>124</sup> Vgl.: Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus — die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt a/M. 1969.

<sup>125</sup> Weber, Signale 9—24.

<sup>126</sup> Humbert 319. Ueber die Witterf-Affäre orientieren ausführlich Weber, *Wandlung* 199—210, und Weber, Signale 143—144.



## Der Sechste Weltkongress

Der Sechste Weltkongress der Komintern tagte vom 17. Juli bis zum 1. September 1928 in Moskau. Die Schweiz wurde vertreten durch die Abgeordneten Marino Bodenmann (Basel), Robert Krebs (Zürich) und Philipp Wildberger (Schaffhausen), ferner nahmen als schweizerische Vertreter im Komintern-Apparat Sigi Bamatter und Jules Humbert-Droz teil<sup>127</sup>. Nebst zahlreichen Verhandlungsgegenständen von weltweiter Bedeutung bestätigte der Kongress den schon erfolgten Ausschluss von Leo Trotzki und Karl Radek sowie einer Anzahl weiterer führender Genossen. Ferner wurden die Mitgliederparteien der Komintern auf die Verteidigung Russlands verpflichtet, falls ein Angriff auf das Mutterland der proletarischen Revolution erfolge. Der Sechste Weltkongress bereinigte das Programm der Komintern, das verpflichtenden Charakter erhielt. Durch die gleichzeitige Aenderung der Statuten wurde die unter Stalins Einfluss stehende Kominternführung ermächtigt, mehr als bisher in den Länderparteien für die Durchsetzung der Beschlüsse zu wirken. Alles in allem beendete der Sechste Weltkongress die unabhängige Stellung der Länderparteien und verknüpfte sie fest mit der russischen kommunistischen Partei.

Die unmittelbare Wirkung des Sechsten Weltkongresses auf die *Kommunistische Partei des Kantons Schaffhausen* war klein, wenn man von einigen Publikationen in der *Arbeiter-Zeitung* absieht<sup>128</sup>. Philipp Wildberger, der am Kongress in Moskau teilgenommen hatte, erstattete am 19. September 1928 in der *Kommunistischen Partei Neuhausen* Bericht<sup>129</sup>. Das Protokoll dieser Sitzung ist darum interessant, weil es darüber Auskunft gibt, was ein durchschnittliches Parteimitglied von einem Beteiligten über den weltgeschichtlich bedeutsamen Kongress erfuhr. Wildberger sprach fünf Viertelstunden über den Kongress und erwähnte, dass 1500 Delegierte aus allen Ländern der Welt anwesend gewesen seien, über 50 davon aus Länderparteien, die erst kürzlich den Beitritt zur Komintern vollzogen hätten. Es sei ihm unmöglich, über den ganzen Kongress ein umfassendes Bild zu entwerfen, weil es schwierig gewesen sei, einen richtigen Einblick zu bekommen. Alle Themen seien in verschiedenen Kommissionen und in vielen Sprachen behandelt

---

<sup>127</sup> Vgl. Braunthal 357—360. Sobolew 327—352. Ueber die Schweizer Delegation gibt AZ 13.12.1930 Auskunft.

<sup>128</sup> AZ 20.7.—8.9.1928.

<sup>129</sup> Protokoll KP Neuhausen 19.9.1928.



worden. Um einen Ueberblick zu bekommen, müsse er das schriftliche Protokoll des Kongresses abwarten. Die Komintern sei, fasste Wildberger seinen Eindruck zusammen, ein ungeheuer schwerer Apparat.

Auf Walther Bringolf machten die schriftlichen Materialien der Moskauer Tagung einen ähnlich verwirrenden Eindruck:

*Der sechste Kongress der Kommunistischen Internationale, der eine Unmenge von Resolutionen und Abhandlungen aufzuweisen hatte, abgesehen von den Reden und Deklamationen, sagte dagegen kein einziges Wort vom aufkommenden Nationalsozialismus in Deutschland<sup>130</sup>.*

Im Wirrwarr von Beschlüssen, Meinungen und Ansichten war man sich vorerst in der *Kommunistischen Partei der Schweiz* nicht einmal mehr einig, wie nun die Nationalratswahlen vom Herbst 1928 zu gestalten seien. Marino Bodenmann (Basel) wollte als Vertreter der schweizerischen Parteizentrale die Schaffhauser Kommunisten zwingen, eine Listenverbindung mit den Sozialdemokraten einzugehen, indem er erklärte, das sei die Richtlinie der Komintern<sup>131</sup>. Die Delegierten der *Kommunistischen Partei des Kantons Schaffhausen* lehnten diesen Antrag ab und beschlossen den Alleingang, was tatsächlich der vom Fünften Weltkongress beschlossenen Taktik der «Einheitsfront von unten» entsprach. Ein Abgesandter der Komintern, der später unter dem Pseudonym «Gustav» an einer kantonalen Parteikonferenz teilnahm, bestätigte die Richtigkeit dieser Taktik. Nach einem propagandistisch gut aufgezogenen Wahlkampf für die Kandidaten Walther Bringolf (kumuliert) und Hans Müller (einfach) wurde am 28. Oktober 1928, ein Monat nach dem Sechsten Weltkongress, Redaktor Bringolf als Schaffhauser Nationalrat bestätigt<sup>132</sup>. Die *Sozialdemokratische Partei* ging leer aus. Die Kommunisten feierten ihren Wahlerfolg noch am gleichen Tag mit einem Umzug durch die Stadt Schaffhausen, wobei die «Internationale» gesungen wurde<sup>133</sup>. Wichtig wurde in der Folge die mittelbare Wirkung des Sechsten Weltkongresses, die in Schaffhausen erst nachträglich im Zusammenhang mit den Vorgängen in der schweizerischen Partei spürbar wurden.

---

<sup>130</sup> Bringolf 147.

<sup>131</sup> AZ 13.12.1930.

<sup>132</sup> Amtsblatt 1928,923.

<sup>133</sup> AZ 29.10.1928.



### *Stalin, Bucharin und Humbert-Droz*

In Verbindung mit der damals noch unerledigten Wittorf-Affäre kam es am Sechsten Weltkongress zu Gesprächen zwischen dem Präsidenten der Kommunistischen Internationale, Nikolai Bucharin (1888—1938) und den schweizerischen Delegierten und Funktionären Sigi Bamatter, Marino Bodenmann, Robert Krebs und vermutlich auch Jules Humbert-Droz, die sich alle der Stalinisierung der *Kommunistischen Partei Deutschlands* entgegenstellten<sup>134</sup>. Zu diesen Fraktionsgesprächen wurde der Schaffhauser Delegierte Philipp Wildberger nicht zugezogen, so dass erst 1930 entsprechende Informationen über diese bedeutungsvolle Kontaktnahme nach Schaffhausen gelangten. Bucharin war damals der Exponent einer grösseren Anzahl Kommunisten, die sich Stalins Alleinherrschaft entgegenstellten. Als Mitglied des fünfköpfigen Politbüros der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Redaktor der *Prawda* und als Präsident des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale war Bucharin der führende Kopf der Weltpartei. Stalin dagegen war «nur» Generalsekretär der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion*. Der Kampf zwischen Bucharin und Stalin war letztlich ein Kampf um die Führung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, das heisst um das Primat der Komintern oder der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion*. Um den Widerstand von Bucharin und dem Schweizer Delegierten im Komintern-Apparat, Jules Humbert-Droz, zu umgehen, setzte Stalin eine Sitzung des EKKI-Präsidiums auf den 6. Oktober 1928 an, als seine beiden Widersacher und Kritiker von Ernst Thälmann im Urlaub waren<sup>135</sup>. In dieser Sitzung wurde Ernst Thälmann rehabilitiert und als Führer der *Kommunistischen Partei Deutschlands* wieder eingesetzt, wodurch die deutsche Landespartei wieder völlig in Abhängigkeit von Stalin geriet. Diese Erledigung der Wittorf-Affäre war das Musterbeispiel einer Stalinisierung und hatte ihre Konsequenzen auch auf andere Länderparteien.

In der *Kommunistischen Partei der Schweiz* wurden die deutschen Ereignisse wachsam verfolgt. Auf der Zweiten deutschen Reichsparteikonferenz vom 3./4. November 1928 liessen sich die Schweizer Kommunisten durch das EKKI-Mitglied Fritz Wieser (Basel) vertreten. Obwohl damals der Parteiapparat der *Kommu-*

---

<sup>134</sup> AZ 13.12.1930.

<sup>135</sup> Humbert 319.



nistischen Partei Deutschlands bereits wieder fest unter der Kontrolle von Ernst Thälmann stand, solidarisierte sich Wieser mit Thälmanns Gegnern. Er erreichte, dass die Schweizer Parteizentrale eine Resolution fasste mit der Forderung, die deutsche Frage sei in einer neuen EKKI-Sitzung zu behandeln<sup>136</sup>. Mit Datum vom 23. November 1928 sandten Bodenmann und Wieser namens der Schweizer Parteizentrale ein Schreiben an das Präsidium des EKKI und unterstützten darin die Thälmann-Gegner und die Haltung von Jules Humbert-Droz in dieser Frage. Am 19. Dezember 1928 kam es zur entscheidenden Sitzung des EKKI-Präsidiums, welches auf Druck der Interventionen die deutsche Frage nochmals behandeln musste. Bucharin fehlte, so dass Jules Humbert-Droz seinen Standpunkt allein verteidigen musste. Er verlas eine längere Erklärung über die innerdeutschen Vorgänge, die den Ansichten von Stalin entgegenliefen. Jules Humbert-Droz beschreibt die folgende Szene:

*Staline se leva furieux et me cria en russe: «Va au diable!» Cela ne m'empêcha pas de terminer tranquillement la lecture de ma déclaration. Staline, hors de lui, sauta à la tribune. Jamais encore je ne l'avais vu dans une telle colère. Il m'adressa un discours plein d'injures et de menaces, affirmant que je finirais comme Trotzky. Ce discours historique n'a jamais été publié et je le regrette fort parce qu'il en eût encore ajouté à la gloire du père des peuples<sup>137</sup>.*

Dieser Versuch der deutschen und schweizerischen kommunistischen Partei unter Führung von Nikolai Bucharin und Jules Humbert-Droz war einer der letzten mit dem Ziel, den Kurs und die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung von der Basis, das heisst von den Länderparteien her zu beeinflussen. Das Vorgehen zielte darauf ab, mit demokratischen Mitteln den von Stalin bereits beherrschten Komintern-Apparat flexibel zu halten und das Eigenleben der ausserrussischen kommunistischen Parteien zu bewahren. Es war zu spät. Durch Stalins Autorität veranlasst, wurde Jules Humbert-Droz vom EKKI-Präsidium einer opportunistischen Haltung beschuldigt und ging seiner Parteiämter verlustig. Stalin verhinderte auch, dass er als Funktionär der Kom-

---

<sup>136</sup> Abdruck von Wiesers Tagungsbericht und der Resolution der Zentrale der KPS vom 23.11.1928 in Humbert 342—349.

<sup>137</sup> Humbert 355. Die verlesene Erklärung ist bei Humbert 349—353 abgedruckt.



*munistischen Partei der Schweiz* in sein Herkunftsland zurückkehren konnte. Bucharin hatte seine antistalinistische Haltung, die man als «rechte Abweichung» von der Parteilinie deklarierte, mit dem Verlust seiner Ämter ebenfalls zu bezahlen. Im März 1938 wurde er in einem der stalinistischen Schauprozesse hingerichtet.

### *Komintern-Emissäre in der Schweiz*

Auch die *Kommunistische Partei der Schweiz* blieb vom Eingriff Stalins nicht verschont. Ihre von der Kominternlinie abweichende Haltung in der Wittorf-Affäre war Anlass, dass man die Stellung der Schweizer Kommunisten als Traktandum auf den Arbeitsplan des EKKI-Präsidiums setzte<sup>138</sup>. Was in der Folge bis zur Tagung in Basel an Pfingsten 1929 geschah, lässt sich nicht im Detail rekonstruieren. Sicher ist, dass bis zu diesem Zeitpunkt Emissäre der Komintern die Schweiz bereisten mit dem Auftrag, die führenden Mitglieder der *Kommunistischen Partei der Schweiz* auf die offizielle Parteilinie zurückzuführen. Die Anwesenheit des Abgesandten «Gustav» an der kantonalen Konferenz im April 1929 in Thayngen ist nur ein Beispiel dafür<sup>139</sup>. Die «Turkestaner», wie die Emissäre der Komintern genannt wurden, bearbeiteten die Exponenten der KPS, in Basel Dr. Franz Welti, Fritz Wieser, Marino Bodenmann, Paul Thalmann, in Zürich Hermann Bobst, Hans Bickel, Robert Krebs und Ernst Illi, in Schaffhausen Walther Bringolf und Hermann Erb<sup>140</sup>. Die Namen der Emissäre sind nur zum Teil bekannt. Paul Thalmann erinnert sich persönlich an den Emissär «Lenski» (Julian Leszczynski), der später in der *Kommunistischen Partei Polens* eine führende Rolle spielte und dann einer Säuberung Stalins zum Opfer fiel. Walther Bringolf schreibt Manuilski und Wilhelm Pieck die Rolle von Emissären in der Schweiz zu, was von Robert Krebs und Theo Dunkel nicht bestätigt wird. Sie nennen dagegen Georgi Dimitroff, der später im deutschen Reichstagsbrandprozess von 1933 eine führende Stellung einnahm. Wer sich hinter den Decknamen Anton, Emil und Gustav verbarg, ist nicht abzuklären. Sicher bekümmerte sich Ernst Grube, Mitglied des Zentralkomitees der *Kommunistischen Partei Deutschlands*

---

<sup>138</sup> Humbert 355.

<sup>139</sup> AZ 29.4.1929, 13.12.1930.

<sup>140</sup> Uebereinstimmende Berichte bei Bringolf 154, Thalmann 124—127, ferner bei Wottreng 43, der sich auf Aussagen von Theo Dunkel und Robert Krebs stützt.



um die Vorgänge in der schweizerischen Bruderpartei, über die er Berichte in der Internationalen Presse-Korrespondenz (Inprekorr) verfasste<sup>141</sup>. Grube war nach dem Reichtagsbrand von 1933 bekanntlich einer der ersten Kommunisten, die verhaftet wurden. Für die Zeit um 1930/1931 ist Richard Gyptner als Emissär in der Schweiz bezeugt<sup>142</sup>. Richard Gyptner war Leiter des «Westeuropäischen Büros der Komintern» (WEB) an der Feurigstrasse in Berlin und hielt sich über ein Jahr in der Schweiz auf. Offenbar organisierte er die Nationalratswahlen von 1931 für die *Kommunistische Partei der Schweiz*. Im Jahr 1931 sorgte er auch dafür, dass Jules Humbert-Droz die Leitung der schweizerischen Partei übernehmen konnte. Doch damit sind wir den Ereignissen bereits vorausgeeilt.

Vom 18. bis zum 20. Mai 1929 fand in Basel die Tagung des «Erweiterten Zentralkomitees» der *Kommunistischen Partei der Schweiz* statt. Die «Erweiterung», so ist anzunehmen, bestand aus Kominterntreuen, welche die alte Zentrale, die jetzt als «engeres Zentralkomitee» bezeichnet wurde, überstimmen konnten. Offensichtlich war es den Komintern-Emissären in der Zwischenzeit gelungen, einen Teil der schweizerischen Parteimitglieder und der Parteiführung wieder auf den vorgeschriebenen Kominternkurs zu bringen, wie die «Selbstkritik» und die offizielle Berichterstattung zeigt:

*Eine ebenfalls gründliche Besprechung der Lage in der Komintern ergab die vorbehaltlose Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Sechsten Weltkongresses und mit ihrer Durchführung durch das EKKI, die Uebereinstimmung mit dem Kampf des EKKI, des ZK der KPD und des ZK der KPTsch gegen die Liquidatoren und Versöhnler sowie die Billigung des Ausschlusses der Brandler, Hais & Co. Das ZK lehnte mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen die frühere Stellungnahme der engeren Zentrale ab, die eine politische Unterstützung der Rechten in Deutschland und in der Komintern sowie eine Unterstützung des Genossen Humbert-Droz war<sup>143</sup>.*

Die ausführliche Resolution der Tagung<sup>144</sup> missbilligte vor allem den Brief Wiesers an das EKKI-Präsidium vom 23. November 1928

---

<sup>141</sup> Inprekorr 1930,1206 (27.6.1930).

<sup>142</sup> Wottreng 43, Humbert 499 schreibt fälschlicherweise Gypner.

<sup>143</sup> Inprekorr 1929,1070 (22.5.1929). Eine abweichende Darstellung gibt Bringolf 149—150.

<sup>144</sup> Abdruck in Inprekorr 1929,1086—1087 (24.5.1929).



und stellte eine gründliche Revision der falschen politischen Linie des ZK, sowohl in bezug auf die Parteipolitik in der Schweiz wie auch in bezug auf den Kampf der Komintern gegen die rechte Gefahr in Aussicht. Was das heisst, ist schwerlich zu missdeuten: Wie das deutsche Zentralkomitee nach Stalins Eingriff stellte sich nun auch das Zentralkomitee der *Kommunistischen Partei der Schweiz* vorbehaltlos auf die vorgegebene Linie der Komintern. Die Stalinisierung der KPS hatte begonnen.

### *Die Parteisäuberung in Schaffhausen*

Aus diesen internationalen und schweizerischen Vorgängen wird verständlich, was sich in der Folge in der *Kommunistischen Partei des Kantons Schaffhausen* abgespielt hat. Um nach dieser Pfingsttagung auch die Mitglieder ideologisch korrekt in die neue Situation der Partei einzubeziehen, begann eine breitangelegte Parteidiskussion, die durch die *Arbeiter-Zeitung* mit zahlreichen Artikeln eingeleitet wurde. Parteioffizielle Stellungnahmen wie «Probleme der Bolschewisierung» und ganzseitige theoretische «Beilagen zur Parteidiskussion» nahmen einen breiten Raum in den Spalten des Schaffhauser Blattes ein<sup>145</sup>. Dagegen wurden die Berichte über Mitgliederversammlungen der Partei offensichtlich unterdrückt<sup>146</sup>. Nach einigen Monaten relativer Ruhe, während denen vermutlich innerparteiliche Auseinandersetzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit weitergeführt wurden, druckte die *Arbeiter-Zeitung* plötzlich einen Brief von Stadtrat Heinrich Weber ab, der bekanntgab, dass er aus der *Kommunistischen Partei* austrete und seine Mandate als Stadtrat, Kantonsrat, Präsident der Schaffhauser Arbeiterunion und der Allgemeinen Konsumgenossenschaft niederlege<sup>147</sup>. Weber begründete seinen Rücktritt mit dem Hinweis auf die in Basel an Pfingsten beschlossene Neuorientierung in der Taktik der *Kommunistischen Partei* und die Liquidation des bisherigen Kurses, insbesondere in der Gewerkschaftsfrage. Er habe immerhin die Parteidiskussion abwarten wollen, um darin seinen Standpunkt zu begründen. Das Austrittsschreiben fährt fort:

---

<sup>145</sup> AZ 31.5.1929, 4.6.1929, 7.6.1929, 18.6.1929.

<sup>146</sup> Einladungen zu Parteiversammlungen, über die keine Versammlungsberichte erschienen, in AZ 4.6.1929, 11.6.1929. In AZ 10.2.1930 findet sich ein nichtsagender Versammlungsbericht.



*In der Zwischenzeit habe ich mich davon überzeugt, dass es sich bei den Basler Beschlüssen um unabänderliche Entschliessungen handelt, die bei den Diskussionen zwar besprochen werden können, von den Mitgliedern jedoch einfach geschluckt werden müssen*<sup>147</sup>.

Fast gleichzeitig mit dem «Fall Weber» kündigte die *Arbeiter-Zeitung* in der Folge einen «Fall Schlatter» an, mit dem sich die Partei zu beschäftigen habe. Der Hinweis bezog sich auf Hermann Schlatter, den eigentlichen Begründer der ersten *Sozialdemokratischen Partei des Kantons Schaffhausen*, mit der Schlatter 1921 die Schwenkung zur *Kommunistischen Partei* mitgemacht hatte. 1928 hatte Schlatter auf sein kommunistisches Kantonsratsmandat verzichtet, weil er sich offensichtlich mit den Beschlüssen des Sechsten Weltkongresses nicht einverstanden erklären konnte. Ein Jahr zuvor hatte er persönlich Sowjetrussland bereist und sich über die innere Lage des Landes informiert<sup>148</sup>. Nun gab die *Arbeiter-Zeitung* erstmals öffentlich bekannt: *Genosse Schlatter steht heute, wie er erklärt, auf dem Standpunkt der Wiedervereinigung mit den Sozialdemokraten*<sup>149</sup>.

Die Stellungnahme der beiden bewährten Parteigenossen Weber und Schlatter, die stark mit der Schaffhauser Politik verbunden waren und sowohl in der Arbeiterschaft wie auch im Bürgertum Vertrauen und Ansehen genossen, war ein gravierendes Ereignis, das nicht leichtfertig übergangen werden konnte. In nicht weniger als drei Sitzungen der *Kommunistischen Partei der Stadt Schaffhausen* nahmen die Funktionäre zu den Ansichten von Heinrich Weber und Hermann Schlatter Stellung; an einem vierten Abend musste die Parteiversammlung über das Verbleiben oder Ausscheiden der Dissidenten entscheiden.

Den ersten Diskussionsabend leitete Redaktor Walther Brिंगolf mit einem Referat ein, welches das Abkommen der Metallarbeiter mit den Maschinenindustriellen aufs Korn nahm und von einer Verschacherung der Metallarbeiter durch die Sozialdemokraten sprach<sup>150</sup>. Heinrich Weber habe sich für dieses Abkommen ausgesprochen, sich in einen Gegensatz zur Partei gestellt und

---

<sup>147</sup> AZ 1.10.1929.

<sup>148</sup> Einen kurzen, privaten Bericht über die Eindrücke vom Aufenthalt in Russland erstattet Hermann Schlatter im Brief vom 21.11.1927 an seinen Sohn (Kopie beim Verfasser).

<sup>149</sup> AZ 15.10.1929.

<sup>150</sup> Versamlungsbericht in AZ 19.10.1929.



seine Konsequenzen durch den Austritt gezogen. In einem zweiten Referat sprach Hermann Schlatter über seine Entwicklung zum Kommunisten. Er sei in der Sturm-und-Drang-Periode des Generalstreiks und unter dem Eindruck der Revolutionen im Ausland der *Kommunistischen Partei* beigetreten, doch seien seine Gefühle nun ernüchtert und er habe eine Wandlung durchgemacht. Die notwendige Parteidisziplin anerkenne er, doch gehe der neue Kurs der Partei von einer falschen Voraussetzung aus. Er halte es für eine geschwollene Redensart, von einer «dritten Periode des Nachkriegskapitalismus» zu sprechen. Wirtschaftskrisen seien nicht spezifisch kapitalistisch. In der politischen Praxis könne sich die *Kommunistische Partei* nur unwesentlich von der *Sozialdemokratischen Partei* unterscheiden. Er schlage daher eine Vereinigung der Schaffhauser Kommunisten mit den Sozialdemokraten vor. Mit diesem Vorschlag endete der erste Abend, der offenbar als Orientierung der Funktionäre über die Ansichten der beiden Widersacher gedacht war.

Der zweite Diskussionsabend war dem «Fall Weber» gewidmet<sup>151</sup>. Die Angelegenheit gab nicht viel zu reden, weil nach wie vor die Erklärung von Heinrich Weber vorlag, dass er sich auf den 1. Dezember 1929 aus seinen Aemtern zurückziehe. Etwas schwieriger gestaltete sich eine Stellungnahme zum «Fall Schlatter», der am dritten Abend behandelt wurde. Hermann Schlatter war immerhin so etwas wie die graue Eminenz der Schaffhauser Arbeiterbewegung. Er machte es der Partei nicht so leicht wie Heinrich Weber, sondern versuchte mit allen rhetorischen Mitteln die Versammelten für den Zusammenschluss mit den Sozialdemokraten zu gewinnen. Die Funktionäre verabschiedeten aber schliesslich eine Entschliessung, die Hermann Schlatter als in scharfem Widerspruch zu den Grundauffassungen der Partei stehend erklärte. Er wurde aufgefordert, eine «linientreue» Erklärung abzugeben:

*Kann Genosse Schlatter eine Erklärung, die Gewähr bietet für seine tätige, disziplinierte Mitwirkung an der Arbeit der Partei, nicht abgeben, so beantragt die Funktionärsversammlung der Versammlung der Kommunistischen Partei der Stadt Schaffhausen, Genosse Schlatter aus der Partei auszuschliessen*<sup>152</sup>.

Acht Tage später, am 5. November 1929, fand die entscheidende Parteiversammlung statt<sup>153</sup>. Sie genehmigte den Austritt von

---

<sup>151</sup> Versammlungsbericht in AZ 23.10.1929.

<sup>152</sup> Versammlungsbericht in AZ 31.10.1929.

<sup>153</sup> Versammlungsbericht in AZ 6.11.1929.



Heinrich Weber. Von Hermann Schlatter war die geforderte Erklärung nicht eingetroffen, hingegen hatte sich Schlatter dazu durchgerungen, seinen Austritt aus der *Kommunistischen Partei* zu erklären<sup>154</sup>. Die Mitgliederversammlung begnügte sich nun aber nicht etwa damit, diesen Austritt zu genehmigen, sondern sie verfügte mit Mehrheitsbeschluss, Hermann Schlatter sei ab sofort aus der Partei ausgeschlossen.

Mit diesem letzten Akt fand die Abtrennung zweier verdienter Mitglieder der Schaffhauser *Kommunistischen Partei* ihren Abschluss. Sowohl Schlatter wie Weber hatten im Generalstreik von 1918 an vorderster Front für die Anliegen der Arbeiterbewegung gekämpft, der eine in der heiklen Stellung als Schaffhauser Stadtpräsident, der andere als Präsident des lokalen Streikkomitees. Auch der dritte Aktivist von 1918, Arbeitersekretär Heinrich Schöttli, scheint sich mit der Idee eines Rückzuges aus der gesäuberten Schaffhauser Partei befasst zu haben. Sein Rücktrittsgesuch als Redaktor der *Arbeiter-Zeitung* begründete man partei-offiziell mit Arbeitsüberlastung<sup>155</sup>. Tatsache ist, dass mit dem 1. Januar 1930 Walther Bringolf die Alleinredaktion der *Arbeiter-Zeitung* übernahm und sich Heinrich Schöttli auf seine Tätigkeit als Arbeitersekretär beschränkte<sup>156</sup>. Ein halbes Jahr später liess man durchblicken, dass sich Schöttli als führender Parteigenosse vor der parteiinternen Auseinandersetzung drücke und damit seine «opportunistischen Fehler» verdecken wolle<sup>157</sup>.

### *Auswirkungen auf die praktische Politik*

Die ideologische Fixierung auf den stalinisierten Kominternkurs hatte verheerende Auswirkungen auf den politischen und gewerkschaftlichen Sektor der Parteiarbeit. In der Grossstadtratsersatzwahl vom 30. Juni 1929 verlor die *Kommunistische Partei* einen Sitz an die sonst weit unterlegene *Sozialdemokratische Partei*<sup>158</sup>. Am 24. November 1929 unterlag Hermann Huber, der als kommunistischer Kandidat die Nachfolge von Heinrich Weber als Stadtrat antreten wollte, gegenüber dem bürgerlichen Vertreter Martin

---

<sup>154</sup> Brief Hermann Schlatters an seinen Sohn vom 1.12.1929 (Kopie beim Verfasser).

<sup>155</sup> AZ 8.11.1929.

<sup>156</sup> AZ 3.1.1930.

<sup>157</sup> AZ 17.6.1930.

<sup>158</sup> AZ 1.7.1929.



Stamm<sup>159</sup>. Am gleichen Tag fiel Webers Kantonsratsmandat an den sozialdemokratischen Arbeitersekretär Dr. Paul Kägi. Die Arbeiterunion Schaffhausen, welche mit den verschiedenen Gewerkschaften auch die Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenfasste, geriet in eine schwierige Zerreißprobe. In der «ultralinken» Ueberspitzung hatte der Sechste Weltkongress der Komintern die Gewerkschaftsspaltung propagiert und die kommunistischen Vertreter in den reformistischen Gewerkschaften zum Austritt aufgefordert. Da ausser der SMUV-Sektion die Schaffhauser Gewerkschaften vorwiegend aus kommunistischen Mitgliedern bestanden, die Mehrheitsbeschlüsse in kommunistischem Sinn erreichen konnten, waren keine Austritte nötig. Dagegen wurden die kommunistischen Schaffhauser Metallarbeiter von der sozialdemokratischen SMUV-Sektion abgetrennt und in einem «oppositionellen Metallarbeiterverband» zusammengefasst, der sich der «Roten Gewerkschaftsinternationale» anschloss; während der alte Verband rund 700 Mitglieder umfasste, wovon ein Drittel Deutsche waren, zählte der oppositionelle Verband etwa 300 Mitglieder<sup>160</sup>. Jede gewerkschaftliche Zusammenarbeit wurde erschwert, weil die Sozialdemokraten nach der Version der Komintern «Sozialfaschisten» und «Handlanger des Kapitalismus» waren. Die Kommunisten fanden diese Kominterntheorie teilweise bestätigt, als die reformerischen Sozialdemokraten das Abkommen der schweizerischen Gewerkschaften mit den Maschinenindustriellen unterstützten, das später zum «Friedensabkommen» ausgebaut wurde.

Ein weiterer Teil der Komintern-Ideologie nach 1928 war die These von der akut revolutionären Situation, in der sich die Welt befinde. Genährt wurde diese politische These, die den Zweck hatte, die Komintern-Parteien in eine Art Kriegszustand zu versetzen und zu militarisieren, recht bald durch den New Yorker Börsensturz vom 24. Oktober 1929. Er führte zur Weltwirtschaftskrise und zu der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit. Man währte auf kommunistischer Seite, dass mit einem Funken ins Pulverfass das kapitalistische System erledigt werden könne und sich dann eine Entwicklung in kommunistischem Sinn ergeben würde. Diese politische Fehleinschätzung führte in der Schweiz zur Gründung der Arbeiterschutzwahren und zur Durchführung der «Roten Treffen». Aehnlich wie die Bürgerlichen nach dem Generalstreik eine

---

<sup>159</sup> AZ 25.11.1929.

<sup>160</sup> AZ 9.12.1929, 14.2.1930.



Bürgerwehr geschaffen hatten, gründeten die kommunistischen Arbeiter in den Jahren 1927/1928 die «Arbeiterschutzwehr». Und so fragwürdig, halblegal und politisch unklug die bürgerliche Organisation gewesen war, war es auch die kommunistische. Das Vorbild der schweizerischen Arbeiterschutzwehren war der «Rote Frontkämpferbund», die Miliz der *Kommunistischen Partei Deutschlands*. In Schaffhausen wurde die Arbeiterschutzwehr am 23./24. Juni 1928 gegründet; am 5./6. Januar 1929 wurde sie in den «Arbeiterwehrverband der Schweiz» eingegliedert, dessen technischer Leiter der ehemalige Altkommunist Jakob Herzog<sup>161</sup> war. Diese «Parteiarmee», die diesen Namen allerdings nicht verdient, machte sich an den Roten Treffen bemerkbar, doch mehr als Provokation denn als reale Macht. Die Roten Treffen, an welchen sich jeweils die Kommunisten der ganzen Schweiz zu einer Demonstration versammelten und eine grosse Bewegung vortäuschten, hatten den Zweck, die Macht der *Kommunistischen Partei der Schweiz* zu zeigen. In Wirklichkeit waren es verzweifelte und zweifelhafte Versuche, in der Phase des Mitgliederschwundes die Isolation, in der die Partei stand, zu durchbrechen. Rote Treffen fanden statt am 24. März und 1. August 1929 in Basel, am 30. März 1929 in Zürich, am 18. Mai 1930 in Baden und am 28. September 1930 in Schaffhausen<sup>162</sup>. Jedesmal wurde Militär gegen die demonstrierenden Kommunisten aufgeboten, Schlägereien fanden statt, Verhaftungen erfolgten, die Parteipresse wurde vorübergehend beschlagnahmt, und später folgten Gerichtsverhandlungen mit Verurteilungen. Für das Rote Treffen in Schaffhausen wurden zum Beispiel 150 Soldaten, Angehörige der Zürcher Polizei, der Unteroffiziersverein Schaffhausen und Bürgerwehrvertreter aufgeboten. Nach der üblichen Schlägerei verhaftete die Polizei 50 Demonstranten<sup>163</sup>. Die kommunistische Presse feierte solche Zusammenstösse als Heldentaten, und die bürgerlichen Zeitungen nahmen die Bürgerschreckaktionen recht ernst. In der Rückschau erscheinen die Roten Treffen als eine Revolutionsspielerei ohne realen Sinn und als schlechte Kopien provozierter politischer Zusammenstösse im Ausland.

#### *Widerstände der Schaffhauser*

Den Abschluss der Stalinisierung der *Kommunistischen Partei der Schweiz* bildete der Fünfte Parteitag vom 7. bis 9. Juni 1930 in

---

<sup>161</sup> AZ 24.9.1928, 14.1.1929. Egger 151—152.

<sup>162</sup> Bodenmann 37. AZ 25.3.1929, 19.5.1930, 29.9.1930.

<sup>163</sup> AZ 29.9.1930.



Basel. Er wurde vorbereitet durch einen «Offenen Brief» des Politsekretariates des EKKI, den die kommunistischen Parteiblätter abdruckten<sup>164</sup>. In diesem offenen Brief wurden die ganze schweizerische Partei und ihre Kantonalsektionen in Basel, Zürich und Schaffhausen ihrer opportunistischen Haltung wegen angegriffen. Einzelne Kommunistenführer wurden öffentlich zurechtgewiesen, weil sie die Bolschewisierung der Partei nicht genügend vorange- trieben hätten. *Unter solchen Umständen, heisst es im offenen Brief, ist es nicht verwunderlich, dass . . . Bringolf im Schaffhau- ser Parlament wie ein sozialdemokratischer Parlamentarier auf- tritt.* Durch diese harte Kritik an der Führungsschicht der *Kom- munistischen Partei der Schweiz* erreichte die Komintern, die den Fünften Parteitag mit «Turkestanern» beschickte, dass sich die Mitgliedschaft gegen die alte Führung auflehnte und einen end- gültigen Umbruch herbeiführte. Die schweizerische Parteizentrale, die seit der Gründung der Partei zuerst unter Dr. Franz Welti, dann nach dem Vierten Parteitag unter Fritz Wieser geamtet hatte, wurde abgesetzt und durch ein neues Zentralkomitee von 38 Mit- gliedern, mehrheitlich Betriebsarbeiter, ersetzt<sup>165</sup>. Woher an diesem Fünften Parteitag der politische Wind wehte, geht ebenso aus der Wahl des «Ehrenpräsidiums» hervor: Es wurde «besetzt» mit Sta- lin, Molotow, Manuiski, Pjatnitzki, Gussew, Thälmann und andern Stalingetreuen. Was mit der Wittorf-Affäre und dem Sechsten Weltkongress begonnen hatte, wurde am Fünften Parteitag der *Kommunistischen Partei der Schweiz* beendet. Die Stalinisierung war durchgeführt.

Nicht ganz so rasch und einfach gestaltete sich der Umschwung in Schaffhausen. Zwar hatte die kantonale Parteikonferenz vom 31. Mai und 1. Juni 1930 unter der Leitung von Walther Bringolf ebenfalls eine neue Parteileitung aus 23 Parteigenossen gewählt, die in der Mehrheit Betriebsarbeiter waren<sup>166</sup>. Doch die kommuni- stischen Kantonsräte und Grossstadträte waren nicht zur Tagung erschienen, Arbeitersekretär Schöttli fehlte, und von der Unions- druckerei kam nur ein einzelner Vertreter. Zudem machte der bis- herige Parteipräsident Philipp Wildberger gewisse Vorbehalte<sup>167</sup>. Bereits am Fünften Parteitag der *Kommunistischen Partei der Schweiz* hatte die Mehrheit der Schaffhauser Delegierten nicht in den Kanon der Kominternmelodie mit eingestimmt, wie der Be- richterstatter festhielt:

<sup>164</sup> AZ 7.4.1930.

<sup>165</sup> Tagungsbericht in Inprekorr 1930,1206 (27.6.1930).

<sup>166</sup> AZ 2.6.1930.

<sup>167</sup> AZ 4.6.1930.



*In der Diskussion sprach sich hier der Genosse Scherrer, festangestellter Gemeindesekretär von Neuhausen, gegen die Beschlüsse des Parteitages aus. Der Genosse Wildberger, Färberei- und Wäschereibesitzer, der Genosse Huber, Geschäftsführer der Druckerei, der Genosse Büchi, Geschäftsführer der Zeitung, machten Vorbehalte. Diese Genossen, die seit zehn Jahren in der örtlichen und Kantonalleitung Schaffhausen ihre opportunistische Politik trieben, fühlen sich durch das Eingreifen der Mitgliedschaft und der Komintern in ihrer Ruhe gestört. Aus ihrer Stellungnahme geht hervor, dass sie keinen Glauben an die Kräfte des Proletariats haben. Sie sind in ihren zum grössten Teil sozialdemokratischen Auffassungen erstarrt und können der Partei nicht helfen, die Massen für den revolutionären Kampf zu mobilisieren. Gegen diese Elemente muss die Partei einen scharfen Kampf führen und gegebenenfalls auch organisatorische Massnahmen gegen sie anwenden<sup>168</sup>.*

Dieser Inprekorr-Bericht widerspiegelt die antistalinistische Haltung der bisherigen Schaffhauser Parteiführer, die sich gegen das Diktat aus Moskau zur Wehr setzten. Auch Walther Bringolf, der taktisch handelte und vorläufig im neuen Zentralkomitee der *Kommunistischen Partei der Schweiz* verblieb (S. 432), handelte nicht so komintern-konform, wie man es von ihm erwartet hatte. An der Zentralkomitee-Sitzung vom 5./6. Juli 1930 wurde von ihm verlangt, Theodor Scherrer und Heinrich Schöttli aus der Partei auszuschliessen; als er sich weigerte, bezeichnete man ihn als «ausgesprochen rechtes Element», worauf Bringolf die Sitzung verliess<sup>169</sup>. Kurz darauf stellten Hermann Erb und Walther Bringolf ihre Parteiämter zur Verfügung<sup>170</sup>.

In der *Kommunistischen Partei der Schweiz* kam es nach dem Fünften Parteitag zu einer Krise, die in Selbstzerfleischung ausartete. Die Kantonalparteien Basel und Zürich gaben sich weiterhin linientreu, Schaffhausen galt als Herd der Opportunisten und Rechtsabweichler. In der *Kommunistischen Partei Neuhausen* fanden am 15. und 23. Juli 1930 Sitzungen statt, die von Rosa Grimm und dem Komintern-Vertreter «Anton» besucht waren<sup>171</sup>. Es gelang

<sup>168</sup> Inprekorr 1930,1206 (27.6.1930).

<sup>169</sup> AZ 9.7.1930. Protokoll KP Neuhausen 15.7.1930. Nach Wottreng 44, der sich auf die Berichterstattung im Kämpfer 16.7.1930 stützt, ist an der Sitzung die Absetzung Walther Bringolfs als politischer Leiter der KP Schaffhausen gefordert worden.

<sup>170</sup> AZ 12.7.1930.

<sup>171</sup> Protokoll KP Neuhausen 15.7.1930, 23.7.1930.



nicht, die Schaffhauser von der Richtigkeit der Parteitagebschlüsse zu überzeugen. Bringolf hielt sich auf einer Mittellinie und erreichte damit nur, dass ihn das Zentralkomitee kritisierte. Als sich Redaktor Bringolf erlaubte, in der *Arbeiter-Zeitung* diese Angriffe zurückzuweisen, und sich schliesslich weigerte, offizielle Berichte des Zentralkomitees in seinem Blatt abzdrukken, wurden der *Basler Vorwärts* und der *Kämpfer* direkt nach Schaffhausen gesandt<sup>172</sup>. Während die Redaktoren Wieser vom *Basler Vorwärts* und Krebs vom *Kämpfer* durch das Zentralkomitee abgesetzt werden konnten, gelang dasselbe mit Walther Bringolf an der Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* nicht, weil es hier nicht zuständig war. Die kommunistische Pressunion des Kantons Schaffhausen als Eigentümerin und Herausgeberin der *Arbeiter-Zeitung* billigte Bringolfs Haltung ausdrücklich<sup>173</sup>.

Fritz Brupbacher notierte am 11. August 1930, mitten in der Krisensituation, in sein Tagebuch: *Bringolf mit Hürlimann bei mir. Er scheint die Absicht zu haben, eine eigene Bude aufzumachen. Sage ihm, dass ich Komintern für unteilbar halte*<sup>174</sup>. Einen Monat später, am 7./8. September 1930, tagte in Zürich das zweite Plenum des Zentralkomitees der *Kommunistischen Partei der Schweiz*. Walther Bringolf und Hermann Erb wurden als «rechte Fraktionsmacher» erklärt und das EKKI beauftragt, Bringolf vor die Entscheidung zu stellen<sup>175</sup>. Damit befand sich nun die schweizerische Partei in einer ähnlichen Lage wie die *Kommunistische Partei Deutschlands* während der Wittorf-Affäre. Die *Arbeiter-Zeitung* veröffentlichte am 16. September 1930 eine Erklärung der Pressunion, Redaktor Bringolf sei auf Verlangen des EKKI nach Moskau verreist. Dessen ungeachtet bleibe er weiterhin Redaktor und eine allfällige Neubesetzung werde erst bei seiner Rückkehr spruchreif.

Am Tag darauf erschien in Schaffhausen eine neue Zeitung, die den Titel *Rote Arbeiter-Zeitung* führte<sup>176</sup>. Weil sich die Schaffhau-

---

<sup>172</sup> AZ 4.9.1930.

<sup>173</sup> AZ 26.8.1930.

<sup>174</sup> Sozialarchiv Zürich, Nachlass Fritz Brupbacher, Tagebuch 69, 1930, 1 (Wottreng 45).

<sup>175</sup> Inprekorr 1930, 1901 (9.9.1930). AZ 13.9.1930.

<sup>176</sup> Die ersten Nummern fehlen im Staatsarchiv, dessen Sammlung mit Nummer 40 vom 1.11.1930 beginnt. Durch Zurückzählen ergibt sich, dass die 1. Nummer am 17.9.1930 erschienen sein muss. Die AZ reagierte am 22.9.1930 erstmals auf die Verbreitung der *Roten Arbeiter-Zeitung* in Schaffhausen.



ser Pressunion geweigert hatte, die *Arbeiter-Zeitung* dem Zentralkomitee abzutreten, versuchte dieses nun, durch ein Konkurrenzblatt seine Meinung in Schaffhausen zu verbreiten. Aber es gab noch einen andern Grund, warum in Schaffhausen ein linientreues Organ erscheinen musste. Für Walther Bringolf führte ein dissidenter Kommunist aus Basel, Paul Thalmann, interimswise die Redaktion der *Arbeiter-Zeitung*. Thalmann war im Dezember 1929 aus der *Kommunistischen Partei Basel* ausgeschlossen worden, weil er sich gegen Stalin und die Kominternführung ausgesprochen hatte. Thalmann und die Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* wurden nun zur Gefahr für die linientreuen Schweizer Kommunisten, denn Paul Thalmann war die Urzelle der *Schweizerischen Kommunistischen Partei-Opposition*. Die *Rote Arbeiter-Zeitung* hatte den Auftrag, diese Gefahr zu bannen.

## Die Anfänge der Kommunistischen Partei-Opposition (1928—1930)

### *Erb, Illi und Thalmann*

Wie kam es dazu, dass Paul Thalmann als ausgeschlossenes Mitglied der *Kommunistischen Partei Basel* interimistisch die Redaktion der Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* führen konnte? Es war Metallarbeitersekretär Hermann Erb, der Thalmann nach Schaffhausen berief<sup>177</sup>. Zwischen Hermann Erb und Paul Thalmann bestand eine langjährige Bekanntschaft. Zusammen mit Ernst Illi aus Zürich studierten Erb und Thalmann in den Jahren 1925 bis 1928 sechs Semester als Arbeiterstudenten an der West-Universität in Moskau<sup>178</sup>. Die drei hatten neben dem obligatorischen Besuch der Kollegien Zeit genug, einen Einblick in die russischen Verhältnisse, das Getriebe der Komintern und der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* zu erhalten. Als Schweizer waren sie dem «Deutschen Club» zugeteilt, der sich gewisse demokratische Spielregeln auch noch nach dem Beginn der Stalinisierung in Russland bewahren konnte. Im Deutschen Club hatten Erb, Illi und Thalmann Gelegenheit, Karl Radek und andere Vertreter der gegen

<sup>177</sup> Thalmann 101. Die AZ führte auch während Bringolfs Abwesenheit dessen Name im Impressum. Thalmann durfte nicht erwähnt werden. Dass Thalmann 1930 während dreier Monate die Redaktion für Walther Bringolf führte, wird erst in AZ 19.12.1932 bestätigt.

<sup>178</sup> Thalmann 63. Nachruf auf Hermann Erb in AZ 2./3.8.1961.



Stalin opponierenden Gruppe um Sinowjew anzuhören<sup>179</sup>. Sie erlebten anlässlich des achten Plenums der Erweiterten Exekutive im Mai 1927 die letzten öffentlichen Reden von Trotzki und waren an der von den Stalinisten geschickt arrangierten Sitzung im Kreml dabei, als sich die Machtlosigkeit der Opposition zeigte, deren Hauptvertreter Sinowjew, Kamenew und Radek niedergebrüllt wurden<sup>180</sup>. Auch den spektakulären Abtransport von Leo Trotzki in die Verbannung nach Alma Ata erlebten die drei Schweizer als Augenzeugen. Da Trotzki sich geweigert hatte, freiwillig in die Verbannung zu gehen, trugen ihn Beamte aus der Wohnung in ein Auto, vom Auto in den bereitstehenden Zug. Anhänger Trotzki legten sich vor dem Zug auf die Schienen und verhinderten die Abfahrt. Einige Tage später wurde der ehemalige Führer der Roten Armee ohne Voranzeige bei Nacht verhaftet und ohne Aufsehen deportiert<sup>181</sup>; später liess Stalin seinen Gegner durch einen bezahlten Agenten ermorden.

Erb, Illi und Thalmann kehrten 1928 in die Schweiz zurück, als eben die Stalinisierung der *Kommunistischen Partei der Schweiz* begann. Die Erlebnisse im Deutschen Club und die geistige Auseinandersetzung mit der trotzkistischen Opposition in Russland hatte die drei Arbeiterstudenten zu einem Gesinnungswandel geführt, den Paul Thalmann mit den Worten umreisst:

*Die drei Jahre in Russland hatten uns in jeder Beziehung umgeformt. Der primitive Enthusiasmus der ersten Jahre war verflogen, an seine Stelle eine nüchterne Betrachtung getreten. Das Erlebnis der russischen Gesellschaft sowie der Probleme und Methoden des Parteikampfes mit all den tiefen Einblicken in das innere Getriebe der sozialen Umwälzung hinterliessen Spuren, die auf eine neue Weichenstellung wiesen. Keiner von uns gehörte einer Richtung an; was uns verband, war eine innere Ablehnung der Stalinschen Politik, weil sie den Charakter der Revolution in nationale Bahnen zwängte, die sozialistische Idee russifizierte, zum alleinseigmachenden Glaubensbekenntnis aller kommunistischen Parteien aufschwang<sup>182</sup>.*

Als die Komintern-Emissäre, genannt «Turkestaner», die Schweiz bereisten, um die Landespartei auf die richtige Linie zu

---

<sup>179</sup> Thalmann 74—75.

<sup>180</sup> Thalmann 77.

<sup>181</sup> Thalmann 79. Vgl. Harry Wilde, *Trotzki*, Reinbek/Hamburg 1969, 129.

<sup>182</sup> Thalmann 90.



bringen, gelangten sie jeweils zuerst an Erb, Illi und Thalmann, denn man vermutete in den eben erst in Russland geschulten Funktionären willige Befehlsempfänger. Zu ihrem Erstaunen stiessen die Kominternvertreter auf unerwartete Ablehnung<sup>183</sup>. Während sich das zum Teil ahnungslose schweizerische Parteikader «auf Linie» bringen liess, verdichtete sich der Widerstand der drei West-Universitäts-Schüler, die zwischen Basel, Zürich und Schaffhausen dauernd in brieflichem Kontakt standen.

Dieser kritische Briefwechsel hatte Folgen. Anlässlich einer Hausdurchsuchung in Zürich kamen der Polizei Briefe von Paul Thalmann an Ernst Illi in die Hände. Vermutlich durch die Indiskretion eines Justizbeamten wurden dem sozialdemokratischen *Volksrecht* die Briefe zugespielt. Die Redaktion erkannte die Bedeutung der Textstellen, welche mit den Pfingstbeschlüssen der KPS in Widerspruch standen, und druckte Briefauszüge in der Zeitung ab<sup>184</sup>. Unter dem Titel *Wenn Kommunisten einander schreiben* gelangten durch diese unfreiwillige Publikation Partei-Interna an die Öffentlichkeit wie etwa Thalmanns Ueberzeugung: *Gegen Stalin muss sich alles, was nicht von einem organisatorischen Wahnsinn ist, zusammenschliessen*. Solche Aeusserungen, als private Mitteilung gedacht, nun aber durch die gegnerische Presse entsprechend aufgemacht, hatten eine ungeheure Wirkung. Die kommunistische Basler Parteileitung erwog den Ausschluss von Paul Thalmann und stellte für ein allfälliges Verbleiben in der Partei drei Bedingungen: erstens die Anerkennung, dass die Briefe parteischädigend seien; zweitens die Einstellung jeder fraktionellen Tätigkeit und drittens die vorbehaltlose Anerkennung der Beschlüsse der Komintern und der *Kommunistischen Partei der Schweiz*.

Die Antwort Thalmanns ist darum von besonderem Interesse, weil es sich dabei um die erste klare Aeusserung einer Opposition innerhalb der *Kommunistischen Partei der Schweiz* handelt. Thalmann erklärte die Briefe als nicht parteischädigend und wies den Vorwurf der Fraktionsarbeit zurück. Zur dritten Bedingung erklärte er:

*Ich stehe auf dem Boden der Beschlüsse des Sechsten Weltkongresses und der Kommunistischen Partei der Schweiz, mit Ausnahme:*

---

<sup>183</sup> Thalmann 96.

<sup>184</sup> *Volksrecht* 19.12.1929.



- a) *der Stellung der Sozialdemokratischen Partei. Gegenüber der Sozialdemokratie als einer bürgerlichen Arbeiterpartei enthält die Anwendung des Begriffs «Sozial-Faschismus» zugleich eine Ablehnung jeglicher Einheitsfronttaktik. Das halte ich für falsch.*
- b) *Die Einschätzung der kapitalistischen Welt, wie sie in der 3. Periode gegeben wird, halte ich grundsätzlich für richtig. Nach wie vor bestreite ich die Auffassung über das Tempo der Radikalisierung, insbesondere verwerfe ich die Meinung, als hätte die Partei Tempoverlust.*
- c) *lehne ich die innerparteilichen Kampfmethoden ab, weil sie mit demokratischem Zentralismus nichts mehr gemein haben*<sup>185</sup>.

Aufgrund dieser Erklärung schloss die Parteileitung Paul Thalmann sofort aus. Ideologisch war seine Stellungnahme eine Solidarisierung mit der Gruppe Thalheimer/Brandler, der «rechten Opposition» der *Kommunistischen Partei Deutschlands*, die nach der Wittorf-Affäre ausgeschlossen worden war. Mit Paul Thalmann wurde auch der Empfänger des Briefes, Ernst Illi in Zürich, aus der Partei ausgeschlossen<sup>186</sup>. An Hermann Erb, der bekanntlich mit Thalmann mit Illi in enger Verbindung stand, haftete fortan das Odium eines Rechtsabweichlers, doch konnte ihm nichts Konkretes vorgeworfen werden, weil keine schriftlichen Beweise vorlagen. Zudem lagen in Schaffhausen die Verhältnisse spätestens seit dem Fünften Parteitag der *Kommunistischen Partei der Schweiz* völlig anders, weil das alte Parteikader der Schaffhauser Partei nicht auf die stalinistische Kominternlinie einzuschwenken bereit war. Eine kommunistische Politik antistalinistischer Art liess sich weder in Basel noch Zürich, dagegen möglicherweise in Schaffhausen verwirklichen. Erb, Illi und Thalmann gaben nicht so rasch auf. Als politisch geschulte Köpfe hatten sie eine klare Vorstellung über das leninistische Konzept, das sie bedroht sahen durch Stalin, die *Kommunistische Partei der Sowjetunion* und die Komintern.

### *Tagungen in Schaffhausen*

Ende August oder anfangs September 1930 organisierte Hermann Erb in Schaffhausen eine erste Zusammenkunft der schwei-

---

<sup>185</sup> *Volksrecht* 31.12.1929.

<sup>186</sup> Thalmann 99.



zerischen oppositionellen Kommunisten. Von auswärts wurden Paul Thalmann, Moses Mandel und Ernst Illi zugezogen. Als Schaffhauser Vertreter nahmen Theodor Scherrer, Philipp Wildberger, Hermann Huber, Eduard Büchi und Hermann Gamper teil, möglicherweise auch noch andere Funktionäre<sup>187</sup>. Das Datum dieser ersten Zusammenkunft ist nicht genau bekannt. Es steht lediglich fest, dass Walther Bringolf im Zeitpunkt dieser Tagung noch nicht nach Moskau abgereist war. Paul Thalmann erinnert sich nämlich, dass er sich in Schaffhausen vor Bringolf — der von dieser Zusammenkunft nichts wusste und nichts wissen durfte — verstecken musste. Da Walther Bringolf um den 6. September 1930 nach Moskau abreiste, muss diese erste Tagung vor diesem Datum stattgefunden haben<sup>188</sup>. Sie diente einer vorläufigen Kontaktnahme und der Einleitung weiterer Schritte.

Eine zweite Zusammenkunft der schweizerischen oppositionellen Kommunisten fand am 21. September 1930 wieder in Schaffhausen statt. Walther Bringolf war zu diesem Zeitpunkt bereits in Moskau. Auf Einladung von Paul Thalmann nahm auch Erich Hausen als Vertreter der *Kommunistischen Partei-Opposition Deutschlands* an der zweiten Schaffhauser Tagung teil. Ueber den Konferenzverlauf berichtet Paul Thalmann:

*In der Wohnung eines Funktionärs waren dank Erbs guter Vorarbeit ein Dutzend Schaffhauser Parteimitglieder anwesend. Erich Hausen, Mandel, Illi und ich sprachen über die Aufgaben der Opposition, den notwendigen Kampf um eine Parteidemokratie, gegen die Gewerkschaftsspaltung und die verheerende «Theorie» des Sozialfaschismus. Die Parteimitglieder aus Schaffhausen standen durchwegs auf unserer Seite, sie wollten aber unter allen Umständen versuchen, Walther Bringolf für die Opposition zu gewinnen. Nach Erbs Meinung war Bringolf ohne Zweifel gegen die unsinnige Politik der Partei und der Internationale, jedoch noch nicht bereit, mit der Partei zu brechen: Bringolf hoffe noch immer auf eine mögliche Kursänderung und warte ab<sup>189</sup>.*

Wieder waren also alle drei ehemaligen Westuniversitätsschüler, Erb, Illi und Thalmann, an der Oppositionstagung zugegen, eben-

---

<sup>187</sup> Mitteilung Paul Thalmann 11.3.1973.

<sup>188</sup> AZ 16.9.1930 enthält die Mitteilung, Bringolf sei vor 10 Tagen nach Moskau abgereist.

<sup>189</sup> Thalmann 100. Die Tagung wird in AZ 15.10.1930 bestätigt.



falls Moses Mandel, der noch im selben Monat wegen seiner Haltung aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde<sup>190</sup>. Der Kreis der Teilnehmer aus Schaffhausen hatte sich erweitert, er bestand aber im Kern noch immer aus den Opponenten, die am Fünften Parteitag gegen den offiziellen Kurs aufgetreten waren (S. 413).

### *Ideologische Schwenkung der Arbeiter-Zeitung*

Sowohl Hermann Schlatter wie Heinrich Schöttli blieben der Tagung fern und hielten sich im Hintergrund, doch ist es unwahrscheinlich, dass sie von diesen Wandlungen nichts wussten, um so mehr, als nun auch die von ihnen geleitete *Arbeiter-Zeitung* ihre ideologische Schwenkung bekanntgab: Am Tag nach dieser zweiten Oppositionstagung, am 22. September 1930, veröffentlichte die *Arbeiter-Zeitung* eine Redaktionserklärung des Inhalts, dass sie von den Beschlüssen des Fünften Parteitages und von der Linie des schweizerischen Zentralkomitees abweiche:

1. in der Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Lage,
2. in der Einschätzung des Wesens und der Rolle der Sozialdemokratie,
3. in der Haltung zur Gewerkschaftstaktik,
4. in der Anwendung des demokratischen Zentralismus und der innerparteilichen Kampfmethoden<sup>191</sup>.

Drei dieser vier Punkte entstammen der Antwort von Paul Thalmann an die *Kommunistische Partei Basel*, die seinen Ausschluss bewirkte. Die Ablehnung der Gewerkschaftstaktik dürfte von Hermann Erb in dieses Oppositionsprogramm aufgenommen worden sein.

Gegen diese Redaktionserklärung protestierte Walther Bringolf von Moskau aus mit einem Telegramm<sup>192</sup> an die Redaktion, welches von der *Roten Arbeiter-Zeitung* und vom *Basler Vorwärts* abge-

---

<sup>190</sup> AZ 30.9.1930.

<sup>191</sup> Replik dazu in Inprekorr 1930,2107 (14.10.1930).

<sup>192</sup> An der Existenz dieses Telegramms ist kaum zu zweifeln, auch wenn bei Bringolf 159 steht: *Dieses Telegramm war bloss Fiktion, denn ich hatte kein einziges Telegramm von Moskau abgeschickt, ja nicht einmal einen Brief geschrieben.* Walther Bringolf selbst schrieb in der AZ vom 15.10.1930 über seine Reaktion auf die KPO-Programmerkklärung: *Gegen diese Programmerkklärung, die politisch eine vollkommene Solidarisierung mit der Plattform der Brandler-Opposition bedeutete, habe ich mich entschieden gewandt in einem Telegramm, das bis heute in der «Arbeiterzeitung» nicht veröffentlicht wurde.*



druckt wurde. Die *Arbeiter-Zeitung* gab vor, von diesem Telegramm nichts zu wissen<sup>193</sup>.

Am 29. September 1930 tagte eine ausserordentliche Generalversammlung der kommunistischen Pressunion. Sie hatte Stellung zu nehmen zur Forderung des schweizerischen Zentralkomitees, die Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* der Partei zu unterstellen<sup>194</sup>. Walther Bringolf reichte von Moskau aus eine ausführliche Stellungnahme zu dieser Frage ein, die er in einem Brief mit Datum vom 25. September zu folgenden Anträgen zusammenfasste:

1. *Der Vorstand der Pressunion veröffentlicht eine Erklärung in der «Arbeiterzeitung», die seine Haltung als unzulässig und gegen die Partei gerichtet bezeichnet.*
2. *Der Vorstand der Pressunion erklärt sich gleichzeitig bereit, die «Arbeiterzeitung» sofort mit allen politischen und juristischen Rechten an die Partei zu übergeben.*
3. *Der Vorstand der Pressunion erklärt sich deshalb auch einverstanden damit, dass das Zentralkomitee sofort die Führung der Zeitung übernimmt und einen verantwortlichen Redaktor einsetzt*<sup>195</sup>.

Der Brief von Walther Bringolf aus Moskau wurde vor der Generalversammlung im parteioffiziellen *Basler Vorwärts* veröffentlicht. Philipp Wildberger als Präsident der Pressunion erklärte, das Schreiben sei ihm erst kurz vor der Sitzung übergeben worden. An der Echtheit des Briefes und an der Autorschaft von Walther Bringolf zweifelte niemand. Bringolf berief sich nach seiner Rückkehr selbst öffentlich auf dieses Schreiben<sup>196</sup>. Weder Bringolfs Stellungnahme noch der Abdruck des Briefes im *Basler Vorwärts* hatte den von den linientreuen Kommunisten erhofften Erfolg. Mit 47 gegen 2 Stimmen beschlossen die Genossenschafter, den bisherigen, von der *Kommunistischen Partei der Schweiz* unabhängigen Zustand zu

---

<sup>193</sup> Thalmann 103—104 schreibt: *Nach zwei Wochen kam das erste Telegramm von Walther Bringolf aus Moskau . . . Nach Beratung beschlossen wir die Veröffentlichung der Nachschrift in der Zeitung mit einem kurzen Kommentar des Inhalts, es sei wahrscheinlich gefälscht. Daher schrieb die AZ am 27.9.1930: Wir erklären zu diesem Telegramm, dass an dieser Sache kein wahres Wort ist, weder die Pressunion noch die Partei hat von Genosse Bringolf bis heute aus Moskau einen Bericht erhalten.*

<sup>194</sup> AZ 13.9.1930, Versammlungsbericht in AZ 30.9.1930.

<sup>195</sup> Abdruck des Briefes in AZ 1.10.1930.

<sup>196</sup> *Am 29. September traf mein Brief an den Vorstand der Pressunion ein mit meiner Stellungnahme zur Zeitungsfrage (Walther Bringolf in AZ 6.12.1930).*



belassen, die *Arbeiter-Zeitung* weiterhin in eigener Regie herauszugeben und keine Aenderung in der Redaktionsbesetzung vorzunehmen. Beim Abdruck des Briefes aus Moskau nahm das Blatt Stellung gegen Bringolfs Haltung, indem es schrieb: *Hier geht es um mehr als nur Personen. So sehr wir alle den Genossen Bringolf schätzen, ist es heute klar, dass auch er an dieser Situation nichts ändern kann.*

Die Entwicklung der Lage in Schaffhausen war für Walther Bringolf alles andere als angenehm, trotzdem erreichte er, dass er aus Moskau abreisen durfte (S. 435). In Schaffhausen angekommen, vertrat er seine linientreue Stellungnahme erneut am 7. Oktober 1930 in einer Mitgliederversammlung der *Kommunistischen Partei der Stadt Schaffhausen*<sup>197</sup>. Mit Mehrheit unterstützte die Versammlung die Anträge Bringolfs und forderte die Pressunion nochmals auf, die Zeitung der Partei zu unterstellen und an sie abzutreten. Am 14. Oktober tagte der Vorstand der Pressunion ein zweites Mal, um zur Abtretungsfrage Stellung zu nehmen<sup>198</sup>. Er entschloss sich endgültig, die Zeitung in der eigenen Hand zu behalten. Walther Bringolf, der bis zu diesem Tag im Impressum als verantwortlicher Redaktor aufgeführt wurde, erklärte darauf, unter diesen Umständen die Redaktion nicht mehr führen zu können, und nahm Urlaub. Vom 15. Oktober 1930 an erschien die Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* offiziell als Organ der *Kommunistischen Partei-Opposition*. Sie druckte an diesem Tag einen Kommentar zum Entscheid des Vorstandes der Pressunion und eine davon abweichende persönliche Erklärung von Walther Bringolf ab. Im Impressum wurde dessen Name nicht mehr erwähnt. Eine anonyme Redaktionskommission bezeichnete sich als für den Inhalt verantwortlich. Die Kreise um Paul Thalmann und Hermann Erb hatten damit erreicht, dass die *Arbeiter-Zeitung* als unabhängiges kommunistisches Sprachrohr erhalten blieb, allerdings als Verbreiterin der Ideale einer *Kommunistischen Partei-Opposition*, welche die leninistischen Prinzipien ohne Veränderung durch den stalinisierten Kominternkurs vertreten wollte.

### *Gründung der Kommunistischen Partei-Opposition*

Der Entscheid der Pressunion und ihres Vorstandes blieb nicht ohne Wirkung auf die Mitglieder der *Kommunistischen Partei*

---

<sup>197</sup> AZ 8.10.1930 vgl. S. 437.

<sup>198</sup> AZ 15.10.1930.



des Kantons Schaffhausen. Die Kantonalpartei war zwar zusammengeschumpft auf die Sektionen der Stadt Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall; nur einige Anhänger vertraten noch die Sektion Feuerthalen-Langwiesen<sup>199</sup>. Trotzdem gelang es, eine Anzahl der Mitglieder im Restaurant «Thalrose», Schaffhausen, zu einer Zusammenkunft zu bewegen, an der die Gründung einer Oppositionspartei beschlossen wurde. Das Datum und die besprochenen Einzelheiten dieser Vorversammlung sind nicht bekannt, sie wird lediglich im Jahresbericht kurz erwähnt<sup>200</sup>. Die eigentliche Gründungsversammlung der *Kommunistischen Partei-Opposition* fand am 23. Oktober 1930 im Restaurant «Falken», Schaffhausen, statt<sup>201</sup>. Sie wurde geleitet von Albert Eggli und protokolliert von Theodor Scherrer. Von den Anwesenden nennt das Protokoll mit Namen: Paul Thalmann, der über die Lage der Partei und die Stellung der Opposition referierte, die neuen Vorstandsmitglieder Ernst Sutter und Hans Pfeiffer, ferner die Diskussionsredner Hans Müller, Meier, Hermann Erb, Otto Wirth, Hermann Gamper, Barnabas Kohler, Albert Gut und Klingler. Insgesamt nahmen 19 Neuhauser und 2 Schaffhauser an der Versammlung teil. In einer Fünf-Punkte-Resolution forderte die neue *Kommunistische Partei-Opposition* die Gewerkschaftseinheit, lehnte die Phrase vom «Sozialfaschismus» ab, verurteilte die innerparteilichen Kampfmethoden, bezeichnete die Herausgabe der *Roten Arbeiter-Zeitung* als Spaltungsmanöver des linientreuen Zentralkomitees und erklärte schliesslich die Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* als ihr Parteiorgan.

Von diesem Datum an gab es im Kanton Schaffhausen drei Linksparteien, die sich befehdeten: die *Sozialdemokratische Partei* unter Führung von Eduard Haug mit dem Organ *Schaffhauser Tagwacht*, redigiert von Heinrich Jucker und Paul Maag; die *Kommunistische Partei*, welche die stalinistische Schwenkung mitgemacht hatte, der neuen Linie entsprechend nun *Kommunistische Partei-Linie* genannt wurde und für Schaffhausen die *Rote Arbeiter-Zeitung* herausgab; und schliesslich die *Kommunistische Partei-Opposition*, welche die *Arbeiter-Zeitung* unter der Redaktion von Paul Thalmann übernahm. Die *Kommunistische Partei-Opposition*, die vorerst aus einem kleinen Kern um Hermann Erb, Theodor Scherrer und Paul Thalmann bestand, konnte auf das Wohlwollen der

---

<sup>199</sup> AZ 9.11.1929.

<sup>200</sup> Tätigkeitsbericht pro 1930/1931 (Protokoll KPO Neuhausen 19.3.1932).

<sup>201</sup> Protokoll KPO Neuhausen 23.10.1930.



Pressunion zählen, welche sich aus dem bisher führenden Parteikader zusammensetzte. Sie hatte den unschätzbaren Vorteil, die Tageszeitung zu besitzen, die seit 1918 die Schaffhauser Linke mehr oder weniger geschlossen zusammenfasste.

Unentschieden war im Oktober 1930 die zukünftige Haltung von Walther Bringolf, dem unbestrittenen Führer der Schaffhauser Arbeiterschaft. Er besass noch immer das einzige Nationalratsmandat der Schaffhauser Linken. Bis zur Formierung und Gründung der *Kommunistischen Partei-Opposition*, die ohne ihn und während seiner Abwesenheit erfolgte, hatte er auf der Grundlage der neuen Kominternpolitik für die Einheit der Arbeiterschaft unter kommunistischer Führung gekämpft. Durch die neue Parteispaltung war sein Ziel der Wiedervereinigung der Schaffhauser Arbeiterschaft für den Moment noch weiter in die Zukunft verschoben.

## Walther Bringolf

Die entscheidende Persönlichkeit in der Auseinandersetzung zwischen kominterntreuer Parteilinie und antistalinistischer Opposition war im Herbst 1930 der beurlaubte Redaktor der *Arbeiter-Zeitung*, Walther Bringolf. In der lokalen Arbeiterschaft hatte er Ende der zwanziger Jahre eine unbestrittene Machtstellung, die er sich systematisch aufgebaut hatte. Seine äussere und innere Entwicklung ist für die Geschichte der Schaffhauser Parteien von entscheidender Bedeutung. Walther Bringolfs Haltung kann indessen nicht vom lokal-schaffhauserischen Standpunkt aus allein beurteilt werden. Schweizerische und internationale Ereignisse haben seine Haltung ebenso geprägt wie die politische und gesellschaftliche Konstellation in Schaffhausen. Der Inhalt dieses und des nächsten Kapitels ist ein Versuch, Bringolfs politische Entwicklung bis zu seiner Abkehr von der stalinisierten Komintern zu verfolgen.

### *Herkunft*

Am 1. August 1895 wurde Walther als fünftes von sechs Kindern der Familie Bringolf geboren<sup>202</sup>. Die Ironie des Schicksals

---

<sup>202</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt: *Walther Bringolf, Mein Leben*, Bern 1965. Das inhaltsreiche Erinnerungswerk ist an einigen Stellen aufgrund der zeitgenössischen Quellen zu präzisieren.



wollte es, dass der Weltbürger und langjährige Internationalist ausgerechnet am schweizerischen Nationalfeiertag zur Welt kam. Nach einem Giftgasunfall seines Vaters, der in einer chemischen Fabrik in Kleinhüningen bei Basel als Nachtwächter gearbeitet hatte, siedelte die Familie in die Bürgerortsgemeinde Schaffhausen über. Ab 1901 besuchte Walther Bringolf die Schaffhauser Schulen. Er trat, noch unentschlossen in der Berufswahl, in die Kantonschule ein, brach den Bildungsgang aber nach einigen Jahren ab und zerstörte die notwendige Lernmotivation. Finanzielle Rücksichten liessen ein späteres Studium unmöglich erscheinen. Eine Maurerlehre schloss sich an und führte an die Bauabteilung des Technikums Winterthur. Beim Kriegeausbruch meldete er sich als Militärdienstfreiwilliger, wurde aber zurückgestellt. Der Sommerrekrutenschule von 1915 folgte eine Aktivdienstzeit im Tessin. Darauf betätigte sich Walther Bringolf als Verwalter am Institut Rhenania, das im alten Hotel Schweizerhof in Neuhausen am Rheinfluss untergebracht war. Dank grosszügiger Unterstützung durch die Schwester konnte Bringolf in der Folge einige Jahre als Auditor die Universität Zürich besuchen. Seinen Neigungen entsprechend belegte er Vorlesungen bei Geschichtsprofessor Meyer von Knonau, den Literaturhistorikern Adolf Frey und Emil Ermatinger, besuchte Vorträge beim Philosophen Abraham Eleutheropoulos und bildete sich in Rechtswissenschaft und Nationalökonomie bei Fritz Fleiner und Manuel Saitzew. Das journalistische Seminar bei Oskar Wettstein nahm eine nicht unwesentliche Stellung ein. Diese Fächerwahl zeigt ein buntes Spektrum von Wissensgebieten, die dem Autodidakten Bringolf ebenso entsprachen wie die Freiheit des Universitätsbetriebes. Zusätzlich liess er sich durch ausgedehnte Lektüre und Privatstunden in weitere selbstgewählte Disziplinen einführen. Literatur, Malerei, Theater und andere Kunstbereiche wurden zum Gegenstand erster journalistischer Betätigung am sozialdemokratischen *Volksrecht*. Als Fernziel schwebte dem Studenten Bringolf vor, einst Feuilletonredaktor an der bürgerlichen *Neuen Zürcher Zeitung* zu werden. Zum Tragen kam dann aber vorerst eine Unternehmung, die den Uebergang zur politischen Betätigung brachte und Bringolf schliesslich ganz zur Politik führte: die Gründung des «Schaffhauser Soldatenvereins».

### *Schaffhauser Soldatenverein und Schweizerischer Soldatenbund*

Walther Bringolf war einer der drei vom Militärdienst enttäuschten Soldaten, die am 22. September 1917 den Schaffhauser Solda-



tenverein gründeten<sup>203</sup>. Der Soldatenverein bezweckte die Besserstellung des einfachen Soldaten durch

- Kameradschaftspflege,
- Behandlung der Soldaten als Menschen, Männer und Bürger im Wehrkleid,
- Protest gegen jede Klassifizierung der Soldaten,
- Beschwerden gegen jede Verletzung des Reglements durch die Vorgesetzten.

Es waren die Tage der Dienstverdrossenheit, die der Soldatenverein mit Eingaben zugunsten einer besseren Verpflegung und anständigeren Behandlung der Mannschaft von seiten der Offiziere zu beheben versuchte. Doch waren es, wie General Ulrich Wille selbst wusste, weniger die materiellen Gründe, die der Bewegung zugrunde lagen, als vielmehr das Gefühl der Untergebenen, als Menschen und Soldaten nicht richtig geachtet zu sein<sup>204</sup>. Es war nicht zufällig, dass der erste schweizerische Soldatenverein ausgerechnet in Schaffhausen entstand. Der ausgesprochene Kastengeist der Offiziere im Infanterie-Regiment 25 und unsinnige Schikaneaktionen, die sich einzelne Vorgesetzte mit der Mannschaft erlaubten, mussten Reaktionen provozieren<sup>205</sup>. Nach Johannes Müller, damals Kommandant der Füsilierkompagnie III/98, erfolgte die Gründung des Schaffhauser Soldatenvereins als *Protest gegen die Ablehnung des Vorschlages, den im Bataillon 61 Dienst tuenden Korporal Ernst Bringolf in eine Offiziersbildungsschule einzuberufen*<sup>206</sup>. Ob die Beziehung zwischen der Gründung des Soldatenvereins und dem abgelehnten Offiziersvorschlag so eng ist, wie Johannes Müller es in der Erinnerung sieht, ist nicht nachweisbar. Immerhin trug die im folgenden geschilderte Begebenheit zu einem entsprechenden Engagement von Walther Bringolf wesentlich bei.

---

<sup>203</sup> Echo 7.8.1918. NZZ 8.7.1918. Mitgründer waren Fritz Blum und Albert Merckling. Die Biographie von Merckling in SBVG 46,1969,185–191 erwähnt davon nichts.

<sup>204</sup> General Wille, *Gesammelte Schriften*, herausgegeben von Edgar Schumacher, Zürich 1941, 535.

<sup>205</sup> Vgl. die Darstellung bei Schib, Stadt und Landschaft 488, die mir ferner bestätigt wurde durch die Mitteilungen Ernst Lieb 8.4.1972, Johannes Müller 28.6.1969 und Ernst Steinemann 3.6.1969.

<sup>206</sup> Schreiben von Johannes Müller an den Schaffhauser Militärdirektor Dr. Hermann Wanner vom 8.4.1968 (Fotokopie beim Verfasser).



Ernst Bringolf, der ältere Bruder von Walther, war ein freudiger Soldat und ein guter Wachtmeister, der hoffte, den Offiziersvorschlag zu erhalten. Anlässlich eines Offiziersrapports während dem Jura-Aktivdienst des Bataillons 61 im Winter 1914/1915 kamen die Qualifikationen der Offiziersanwärter zur Sprache<sup>207</sup>. Wachtmeister Ernst Bringolf, hiess es, sei ein vorzüglicher Unteroffizier und wäre daher als Offizier geeignet, er komme aber aus niederen sozialen Verhältnissen. Oberleutnant Stokar, Abkomme einer Schaffhauser Patrizierfamilie, stellte den Antrag auf Ablehnung des Vorschlages, da die unwürdige Herkunft mit der Stellung eines Offiziers unvereinbar sei. Der Kommandant des Regimentes 25, Oberstleutnant Ludovico Peyer, ebenfalls eine markante Persönlichkeit aus dem Schaffhauser Stadtadel, verhinderte in der Folge die Einberufung Ernst Bringolfs in die Aspirantenschule<sup>208</sup>. Dieses negative Erlebnis, das den Stolz von Walther Bringolf offenbar ebenso verletzte wie den seines betroffenen Bruders Ernst, dürfte einer der psychologischen Gründe sein, die das Engagement Walther Bringolfs für eine Demokratisierung des Heeres verständlich machen. Auch Walther Bringolf selbst wurde das erhoffte militärische Avancement unter den Kompagniekommandanten Johannes Müller und Hauptmann Degen verwehrt, obwohl er in der Rekrutenschule mit Note 1 qualifiziert und als Unteroffizier vorgeschlagen worden war<sup>209</sup>. Der Anwärter konnte und wollte sich offenbar einer militärischen Führung, die seine Familie durch eine abschätzige Beurteilung diffamierte, nicht restlos unterordnen. Walther Bringolf gehöre zu den Leuten, die unter konsequenter Leitung zu den besten Mannschaften einer Kompagnie gezählt werden müssen, die es aber ausgezeichnet verstehen, jede kleine Schwäche ihrer Vorgesetzten auszunützen, schrieb Hauptmann Degen im Jahr 1918 von ihm<sup>210</sup>.

Mehr Erfolg als seine militärischen Vorgesetzten hatte dann Walther Bringolf allerdings bezüglich «Beurteilung der Lage» des einfachen Wehrmanns im Aktivdienst. Der Schaffhauser Soldatenverein entsprach offensichtlich einem Bedürfnis. Aus dem Regiment 25, das die Bataillone 61 und 98 umfasste, rekrutierte der Verein in-

---

<sup>207</sup> Mitteilung Ernst Steinemann 3.6.1969. Steinemann war damals als Oberleutnant Teilnehmer des erwähnten Rapportes.

<sup>208</sup> Bringolf 31.

<sup>209</sup> Major Schenk, Kdt Füs Bat 98, an Oberst Peyer, Kdt Inf Rgt 25, Schreiben vom 11.7.1918 (Fotokopie beim Verfasser).

<sup>210</sup> Hptm Degen, Kdt Füs Kp III/98, an Major Schenk, Kdt Füs Bat 98, Schreiben vom 9.7.1918 (Fotokopie beim Verfasser).



nert kurzer Zeit 600 Mitglieder<sup>211</sup>. Die Bewegung dehnte sich nicht nur in Schaffhausen, sondern auch in Winterthur und im Aargau aus. Am 2. Juni 1918 wurden die verschiedenen Soldatenvereine zum «Schweizerischen Soldatenbund» zusammengefasst. Der Schaffhauser Walther Bringolf wurde zum Zentralpräsidenten gewählt<sup>212</sup>. Die Soldatenvereine wurden zu einem schweizerischen Politikum. Im Armeebefehl vom 27. Juni 1918 verbot General Wille die Einflussnahme von Soldatenräten in die Armee, gleichzeitig forderte er vom Bundesrat ein Verbot des Schweizerischen Soldatenbundes<sup>213</sup>. Dazu kam es nicht. Da der Soldatenbund den General der Verleumdung bezichtigte, musste sich auch noch die Bundesversammlung in der Septembersession mit dieser Organisation beschäftigen, doch lehnte der Bundesrat ein Verbot grundsätzlich ab und empfahl, die Ursachen der Missstimmung im Heer zu beseitigen. Psychologisch reichlich ungeschickt versuchten militärische Stellen, die Bewegung zu unterdrücken, indem sie Mitglieder der Soldatenvereine in andere Einheiten versetzten<sup>214</sup>. Damit waren weder die Dienstverdrossenheit noch die akuten sozialen Spannungen beseitigt, die sich einige Monate später im Generalstreik entluden.

Man hat später den Schaffhauser Soldatenverein und den Schweizerischen Soldatenbund in engem Zusammenhang mit dem Rätssystem der russischen und deutschen Soldatenrätebewegung gesehen und daraus Verschwörung und Landesverrat ableiten wollen. Dazu gab nicht zuletzt die Person von Walther Bringolf Anlass, der dem Soldatenbund vorstand und kurz darauf der *Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich* beitrat, dort der Parteilinken angehörte und schliesslich sogar an den Zweiten Weltkongress der Kommunistischen Internationale abgeordnet wurde (S. 341). Doch der Soldatenbund war eine durchaus vaterländische Organisation, die sich für den Grenzschutz aussprach und politisch neutral bleiben wollte<sup>215</sup>. Walther Bringolf dagegen machte eine Wandlung zum Pazifisten durch und knüpfte Verbindungen mit

---

<sup>211</sup> Bringolf 54.

<sup>212</sup> NZZ 5.6.1918,734. 20.6.1918,811. 8.7.1918,894; 26.8.1918,1122.

Auf diesen Zeitpunkt dürfte die Schrift erschienen sein: *Walther Bringolf, Schweizerische Soldaten-Organisation*, Schaffhausen, undatiert.

<sup>213</sup> Gautschi 82.

<sup>214</sup> Echo 18.10.1918.

<sup>215</sup> NZZ 26.8.1918,1122. Der Bundesrat anerkannte ausdrücklich, dass der Soldatenbund und die Soldatenräte nichts miteinander zu tun haben (SI 11.3.1919).



Linksparteien an. Schon während des Jahres 1918 hatten sich die Sozialdemokraten, die Altkommunisten und die Zürcher Demokraten für den Soldatenbund interessiert. Besprechungen fanden statt zwischen Walther Bringolf, Ernst Nobs, Fritz Platten und Willi Trostel, auch organisierte die *Sozialdemokratische Partei* eine öffentliche Aussprache in der Zürcher «Eintracht» zu diesem Thema<sup>216</sup>. Im Juni 1919 nahm die Delegiertenversammlung des Soldatenbundes zu einem Antrag Bringolfs auf Abschaffung der obligatorischen Dienstpflicht Stellung. Sie lehnte ihn entschieden mit 13 gegen 2 Stimmen ab<sup>217</sup>. Walther Bringolf drängte es offensichtlich weiter nach links, als der Soldatenbund zu gehen gewillt war.

### *Arbeiterführer in Schaffhausen*

Als Walther Bringolf als einziger Delegierter vom Zweiten Weltkongress der Komintern in die Schweiz zurückkehrte und gegenüber der sozialdemokratischen Parteilinken Bericht zu erstatten hatte, stand er unvermittelt als einflussreicher Kommunist im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Er trat an zahlreichen Parteiversammlungen auf und referierte für den Beitritt der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* zur Komintern. Als der Entscheid der Urabstimmung vom Januar 1921 zur Trennung von Sozialdemokraten und Kommunisten führte, betätigte sich Walther Bringolf aktiv am Aufbau der kommunistischen Parteien, insbesondere der Schaffhauser Sektionen. Er wirkte auch als «Zensor» am *Volksrecht*, das für die Schaffhauser Kommunisten in der *Arbeiter-Zeitung* ein Kopfblatt herausgab (S. 270). Als im Oktober 1921 die Unionsdruckerei Schaffhausen AG gegründet wurde, welche die *Arbeiter-Zeitung* nun in eigener Regie herausgab, wurde Walther Bringolf neben Heinrich Schöttli in die Redaktion berufen und stürzte sich mit Eifer in die lokale und kantonale Politik. Nach der erfolgreichen Organisation der grossen Streikaktion in der Firma Rauschenbach und den Eisen- und Stahlwerken im Mühlental gelangte

---

<sup>216</sup> Bringolf 56. Mitteilung Walther Bringolf an Heinz Egger (Egger 178). Am SPS-Parteitag von 1920, also nach seiner Teilnahme am II. Weltkongress der Komintern in Moskau, gab Walther Bringolf seinen Gesinnungswandel bekannt: *Bringolf erklärt, dass er die frühere pazifistische Gesinnung nicht abstreite, aber es sei ehrlicher, vom Pazifisten zum Kommunisten, als vom Kommunisten oder Sozialisten [sich] zurückzuentwickeln. Den Soldatenbund habe er damals revolutionieren wollen und darüber mit Nobs und Platten unterhandelt* (AZ 15.12.1920).

<sup>217</sup> NZZ 18.6.1919,903.



Walther Bringolf im Herbst 1924 sowohl in den Grossen Stadtrat als auch in den Kantonsrat. Bereits ein Jahr darauf wählte das Schaffhauservolk den resoluten Redaktor in den Nationalrat, obwohl Bringolf erst dreissig Jahre alt war. Diese politischen Erfolge waren nur möglich dank einem zielstrebigem Einsatz zugunsten der Arbeiterschaft, deren Interessen Walther Bringolf mit allen Mitteln mutig vertrat. Er schrieb sozialkritische Artikel, prangerte die bürgerliche Misswirtschaft an, hielt Bildungsvorträge, sprach an Versammlungen und debattierte mit scharfer Zunge in den Parlamenten, führte Demonstrationzüge von Arbeitslosen vor das Stadthaus und das Regierungsgebäude, forderte Unterstützungsmassnahmen und provozierte nicht zuletzt zahlreiche Presseprozesse. Man konnte und kann über einzelne Aktionen in guten Treuen verschiedener Meinung sein und das souveräne, selbstbewusste Auftreten des jungen Arbeiterführers ablehnen — man wird Walther Bringolf für seinen systematischen Einsatz zum Vorteil der sozial schlecht gestellten Schichten die Achtung nicht versagen und kann kaum ohne eine Spur von Bewunderung das politische Engagement betrachten. Die fast religiöse Ueberzeugung für die Sache und die faszinierende Rednergabe von Walther Bringolf verliehen ihm schon damals einen Charme und eine Ausstrahlungskraft, die auch politische Gegner immer wieder an seine Vorträge lockten<sup>218</sup>.

Im Jahr 1924 schrieb Walther Bringolf eine Würdigung über Lenin, der am 21. Januar dieses Jahres gestorben war<sup>219</sup>. Im Sommer tagte der Fünfte Weltkongress der Komintern in Moskau, der unter dem Schatten des Todes dieses eigentlichen Begründers der kommunistischen Weltpartei stand. Bringolf nahm als Delegierter der *Kommunistischen Partei der Schweiz* am Kongress teil, wirkte in der Propagandakommission mit und sprach dort zur Bauernfrage<sup>220</sup>. Durch diese Ereignisse wurde er wieder stärker von der kommunistischen Weltbewegung in Beschlag genommen, so dass er mehr oder weniger unbesehen die Ergebnisse des Sechsten Weltkongresses (1928) übernahm, ohne allerdings diese Tagung selbst besucht zu haben. Die vorerst unkritische Uebernahme des «ultralinken» Kurses wurde ihm und der Schaffhauser Partei zum Verhängnis.

<sup>218</sup> Mitteilung Regina Kägi-Fuchsmann 4.7.1969.

<sup>219</sup> *Walther Bringolf, Lenin, Sein Leben und Werk*, Schaffhausen 1924. Die KP Schaffhausen ehrte den Verstorbenen in einer Feier am 31.1.1924 (AZ 2.2.1924).

<sup>220</sup> *Protokoll vom V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale* [Hamburg 1924], 796—798, 1056. Bringolf 122—124 gibt einen anschaulichen Bericht vom Kongressgeschehen, schreibt aber fälschlicherweise Vierter statt Fünfter Kongress.



Als ausgesprochener politischer Praktiker übersah Walther Bringolf offenbar vorerst die Diskrepanz zwischen der Komintern-Theorie und der Schaffhauser Praxis. Eine andere Möglichkeit, warum er einen engeren Anschluss an die Kominternführung begrüßte, könnte auch der Wunsch nach Reaktivierung und Stärkung der Zentrale der *Kommunistischen Partei der Schweiz* gewesen sein, die sich damals durch eine gewisse Labilität und Unentschlossenheit auszeichnete. Wie stark das Auftreten der Komintern-Emissäre Walther Bringolf beeinflusst hat, ist nicht feststellbar (S. 404). Durch ihre hartnäckige Vertretung der Forderungen der Kominternführung bewirkten diese «Turkestaner» dagegen, dass der Zwiespalt zwischen den Ansprüchen der stalinisierten Weltpartei und den politischen Möglichkeiten der Kommunisten in Schaffhausen offenkundig wurde. In dieser Phase der internen Auseinandersetzung, die etwa vom Jahresbeginn 1929 bis zur Moskaureise Bringolfs im September 1930 dauerte, nahm Walther Bringolf eine unentschiedene Mittelstellung ein, die nach aussen einer Unterordnung unter die Parteidisziplin gleichkam, nach innen dagegen durch harte Kritik am neuen stalinistischen Zentralkomitee der *Kommunistischen Partei der Schweiz* gekennzeichnet war. Dieselbe äusserliche Haltung verlangte Walther Bringolf von seinen Schaffhauser Parteigenossen, die teilweise sehr früh ihre Gegnerschaft gegen den offiziellen Kurs der *Kommunistischen Partei* anmeldeten. Sobald ihre Kritik über den Bereich der Partei hinausging und in die Öffentlichkeit getragen wurde, trat Walther Bringolf scharf gegen seine Parteigenossen auf. In dieser Phase war es darum möglich, dass Bringolf unter Beihilfe der kommunistischen Parteimitglieder seinen Protektor Hermann Schlatter aus der *Kommunistischen Partei der Stadt Schaffhausen* ausschliessen und den Austritt von Heinrich Weber provozieren konnte (S. 406). Ein «ultralinkes» Gebaren legte Walther Bringolf im weiteren durch seine Teilnahme an den Roten Treffen in Basel und Baden an den Tag, politische Unklugheiten, die ihm eine gerichtliche Verurteilung und zehn Tage Gefängnis eintrugen<sup>221</sup>.

### *Reise nach Moskau*

Ein Umschwung trat bei Walther Bringolf ein nach dem Fünften Parteitag der *Kommunistischen Partei der Schweiz*, der vom 7. bis 9. Juni 1930 in Basel tagte. Als von ihm als Mitglied der schweize-

---

<sup>221</sup> AZ 25.3.1929, 19.5.1930, 5.3.1932. Bringolf 180—183.



rischen Zentralkomitees<sup>222</sup> verlangt wurde, Heinrich Schöttli und Theodor Scherrer aus der Schaffhauser Partei auszuschliessen, weigerte er sich und leistete gegenüber der neuen Parteileitung Widerstand (S. 413). Er legte sämtliche Parteiämter nieder. Die Schaffhauser Funktionärsversammlung, hin und her gerissen zwischen Komintern- und Bringolftreue, nahm gleichzeitig eine offizielle Resolution des Zentralkomitees gegen Bringolf und eine eigene Resolution für Bringolf an<sup>223</sup>. Walther Bringolfs Widersetzlichkeit wurde als rechtsoppositionelle Fraktionsarbeit ausgelegt. An der Sitzung des schweizerischen Zentralkomitees vom 7./8. September 1930 wurde das EKKI beauftragt, Bringolf vor eine klare Entscheidung für oder gegen den Kurs der Partei zu stellen<sup>224</sup>. Nun kam, wie Bringolf selbst berichtet, der Komintern-Apparat in Bewegung:

*Da kam die Einladung an mich, nach Moskau zu reisen. Man wolle sich dort, so hiess es, mit mir über meine politische Stellung und meinen Standpunkt unterhalten und in kameradschaftlicher Weise die bestehenden Differenzen mit mir diskutieren. Nachdem diese Einladung bereits in der kommunistischen Presse publiziert worden war, hatte ich mir zu überlegen, ob ich sie annehmen würde oder nicht. Wenn ich sie annahm, konnte in Moskau unter Umständen eine Art Quarantäne über mich verhängt werden, die mich zwingen würde, vielleicht Monate oder Jahre in der Sowjetunion zu verbleiben. Wenn ich die Einladung nicht annahm, konnte man in der Kommunistischen Partei der Schweiz und vor allem in der Presse, die ohnehin bereits ihre Kampagne gegen mich begonnen hatte, verbreiten, ich sei feige — ein Vorwurf, den ich in meinem ganzen Leben als Beleidigung empfand.*

---

<sup>222</sup> Bringolfs Wahl ist nicht ausdrücklich vermerkt, geht aber aus seiner Teilnahme an der Zentralkomiteesitzung vom 5./6. Juli 1930 hervor (AZ 9.7.1930). Peter Stettler teilt mir am 20.8.1975 mit, dass die Formierung einer Erweiterten Zentrale der KPS bereits am Vereinigungsparteitag vom März 1921 beschlossen wurde. Vom März 1922 bis zum Vierten Parteitag wurde Schaffhausen darin von Walther Bringolf und Philipp Wildberger vertreten. Auch nach dem Vierten Parteitag vom April 1927, der die Erweiterte Zentrale durch das Zentralkomitee ersetzte, vertraten Bringolf und Wildberger die KP Schaffhausen. Nach dem Fünften Parteitag von 1930 verloren die «Rechtsopportunisten» Bringolf und Wildberger ihre Sitze. Im 38köpfigen ZK sassen nun Ernst Bloch und Andreas Weder, die bei Plenarsitzungen um weitere Vertreter der Schaffhauser KPL ergänzt wurden.

<sup>223</sup> Texte in AZ 19.7.1930.

<sup>224</sup> Inprekorr 1930,1901 (9.9.1930).



gung empfunden habe, weil ich Mut auch dann für wichtiger halte als Zurückweichen, wenn er keinen äusseren Erfolg zu verzeichnen hat. Nach längerem Ueberlegen entschied ich mich schliesslich für die Reise nach Moskau<sup>225</sup>.

Die Bedeutung dieser Einladung war klar: Walther Bringolf hatte sich vor der «Internationalen Kontrollkommission», dem ideologischen Ueberwachungsorgan der Komintern, zu verantworten für seine Widersetzlichkeit gegenüber dem schweizerischen Zentralkomitee. Anfangs September 1930 reiste Bringolf ab, fuhr über Marienbad und Berlin, nahm dort Kontakt mit den sogenannten «Versöhnlern» Eberlein, Ewert und Eisler und dem Westeuropäischen Büro der Komintern (WEB) Verbindung auf<sup>226</sup>, um schliesslich nach Moskau weiterzureisen. Kaum hatte Walther Bringolf Schaffhausen verlassen, berief man dort den dissidenten Kommunisten Paul Thalmann aus Basel an die Redaktion der *Arbeiter-Zeitung* (S. 415), so dass Bringolf in Moskau mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen musste, dass die Zeitung, die ihn als verantwortlichen Redaktor im Impressum aufführte, ins Lager der Opposition übergegangen war.

Wie Walther Bringolfs Moskaubesuch verlief, lässt sich aufgrund von schriftlichen Quellen, die später in der *Arbeiter-Zeitung* veröffentlicht wurden, teilweise rekonstruieren. Nach einigen Tagen ungestörtem Aufenthalt in der russischen Metropole, während welchen Bringolf von den Schweizer Kommunisten Hans Itschner und Hans Hürlimann «betreut» und begleitet wurde<sup>227</sup>, erfolgte die erste Vorladung vor die Kontrollkommission. Vermutlich lag für diese Sitzung bereits Bringolfs erste *Schriftliche Erklärung*<sup>228</sup> vor, welche die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem schweizerischen Zentralkomitee zum Inhalt hatten. Diese erste Sitzung fand vor dem 25. September 1930 statt, denn der von diesem Tag datierte Brief Bringolfs an die Schaffhauser Pressunion nimmt darauf Bezug:

*Die bisherigen Vorbesprechungen hier haben zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Die Genossen des EKKI haben mir erklärt, dass, bevor die Fragen, welche zu Differenzen mit dem Zentralkomitee und der Komintern führten, behandelt und ge-*

---

<sup>225</sup> Bringolf 153.

<sup>226</sup> Bringolf 154. Zur Stellung der «Versöhnler» siehe Weber, Signale 143,154.

<sup>227</sup> Bringolf 154. Mitteilung Walther Bringolf 9.4.1970.

<sup>228</sup> (Teil-?) Abdruck in *Nur keine Legenden* (AZ 13.12.1930).



klärt werden, in der Zeitungsfrage der Entscheid fallen muss. Und zwar handelt es sich darum, folgende Fragen zu beantworten: Ist die «Arbeiterzeitung» von der Kommunistischen Partei aufgebaut worden und deshalb Eigentum der Partei? Wenn ja, bist Du (Bringolf) bereit, sofort, das heisst schon von hier aus dafür einzutreten, dass diese Stellungnahme der Partei übermittelt wird, und bist Du ferner bereit, auch nach Deiner Rückkehr dafür einzutreten für die Uebergabe der Zeitung an die Partei und für die Revision des Standpunktes, den der Vorstand der Pressunion eingenommen hat und der durch Dich gedeckt wurde? Erst eine klare Antwort auf diese Frage schafft die Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen und die Möglichkeit, in allen zur Diskussion stehenden Fragen zu einer Klärung zu kommen<sup>229</sup>.

Bevor also die eigentlichen Verhandlungen beginnen konnten, hatte Walther Bringolf seine Kominterntreue zu beweisen, indem er sich in der Frage der Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* der Parteidisziplin zu unterstellen hatte. Den in ihn gesetzten Erwartungen kam er nach, indem er der Pressunion im gleichen Brief vorschlug, die *Arbeiter-Zeitung* an die *Kommunistische Partei* abzutreten und dem schweizerischen Zentralkomitee die Wahl eines Redaktors zu überlassen (S. 421).

Am gleichen Tag, an dem die Schaffhauser Pressunion seine Anträge verwarf, verfasste Walther Bringolf in Moskau seine zweite *Schriftliche Erklärung*. In seinem Brief vom 29. September 1930 an das Politsekretariat des EKKI legte er die Lage der *Kommunistischen Partei der Schweiz* und der Sektionen Basel, Zürich und Schaffhausen dar<sup>230</sup>. Bringolf bewies, dass durch eine geschickte Taktik die *Kommunistische Partei des Kantons Schaffhausen* den relativ grössten Einfluss auf die örtliche Arbeiterschaft erhalten habe und somit der Kominternforderung «Heran an die Massen» am besten nachgekommen sei. Sehr persönlich nahm er Stellung gegen die Schweizer Funktionäre Marino Bodenmann, Franz Welti,

---

<sup>229</sup> Brief von Walther Bringolf an den Vorstand der kommunistischen Pressunion Schaffhausen, Moskau 25. September 1930 (Abdruck in AZ 1.10.1930). An der Sitzung sollen u. a. teilgenommen haben: D. S. Manuilski, Fritz Hecker[t], Georgi Dimitroff, Wassilewski (Bringolf 155). Keine dieser Persönlichkeiten gehörte der am 28.9.1928 gewählten internationalen Kontrollkommission an (*Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale* 3—4, Berlin/Hamburg 1928/1929, 209).

<sup>230</sup> Teilabdruck in *Nur keine Legenden* (AZ 13.12.1930).



Fritz Wieser, Emil Arnold und Robert Krebs, die ihn kritisiert hätten, ohne ähnliche politische Erfolge aufweisen zu können. Vermutlich war dieses Schreiben die Grundlage für die zweite Sitzung der Kontrollkommission, die Ende September stattgefunden haben muss<sup>231</sup>. Walther Bringolf erreichte durch sein Versprechen, sich auch in der Schweiz für die Abtretung der *Arbeiter-Zeitung* an die Partei einzusetzen, dass die Kontrollkommission ihre Zustimmung zu seiner Rückkehr nach Schaffhausen erteilte. Er gab später zu, damals in Moskau etwas geheuchelt zu haben, um sich wenigstens nicht die Möglichkeit zur Rückkehr in die Schweiz zu verscherzen<sup>232</sup>. Die unausgesprochene Drohung einer Internierung oder eines Ausreiseverbotes waren mit ein Grund, warum sich der Schaffhauser Arbeiterführer in Moskau nicht ganz frei fühlen konnte. Vor der Abreise aus Moskau erfolgte jenes Gespräch zwischen Walther Bringolf und Jules Humbert-Droz, das von beiden Beteiligten in ihren Memoiren beschrieben wird<sup>233</sup>. Humbert-Droz gibt dazu folgende Darstellung:

*C'est dans cette période de troublée que Walther Bringolf vint à Moscou pour me consulter sur la voie à suivre. La nouvelle direction du parti suisse exigeait de lui la remise au parti de son journal communiste de Schaffhouse. Je lui dis quelle ligne j'avais décidé de suivre: discipliné en attendant le changement qui immanquablement devait se produire, tout en maintenant ma conviction et en utilisant toutes les occasions pour la défendre encore. Je lui conseillai de prendre la même attitude, par conséquent de remettre son journal à la direction du parti*<sup>234</sup>.

<sup>231</sup> Bringolf 155. Walther Bringolf kam am Sonntag, dem 5. Oktober 1930, wieder in Schaffhausen an (AZ 6.10.1930).

<sup>232</sup> Mitteilung Walther Bringolf 9.4.1970.

<sup>233</sup> Bringolf 156—158. Humbert 401.

<sup>234</sup> Jules Humbert-Droz bestätigt und präzisiert seine Darstellung in der Mitteilung vom 17.4.1971 an den Verfasser: *A son arrivée à Moscou, Bringolf était opposé à la politique que l'Internationale poursuivait aussi bien en Allemagne qu'en Suisse. Il était donc opposé à la nouvelle direction du Parti communiste suisse et n'a pas changé d'opinion en quittant Moscou.*

*La question que nous avons discutée était uniquement celle de la tactique à suivre en tant qu'opposition à la politique officielle de l'Internationale. J'étais d'avis qu'il fallait éviter à tout prix de se faire exclure, afin de pouvoir continuer l'opposition à la politique stalinienne de l'intérieur. La nouvelle direction du Parti communiste suisse demandait à Bringolf de lui remettre la direction du quotidien schaffhousois et je lui avais conseillé de se soumettre à la discipline du parti.*



## Rückkehr

Nach diesem Gespräch reiste Walther Bringolf von Moskau ab mit dem Vorsatz, in Schaffhausen für die Unterstellung der *Arbeiter-Zeitung* unter die offizielle Parteiführung zu wirken. Was die übrigen Differenzen mit der Komintern und dem schweizerischen Zentralkomitee betraf, hatte er in Moskau seine Meinung nicht geändert. Er hoffte offenbar noch immer, durch den Verbleib in der kommunistischen Weltpartei zur Revision des stalinisierten Kominternkurses beitragen zu können, wie Jules Humbert-Droz dies vorerst noch versuchte.

Aber die Ereignisse nahmen rasch eine andere Wendung. Ueber Walther Bringolfs Ankunft in Schaffhausen berichtet Paul Thalman:

*Wir erhielten ein Telegramm, Walther Bringolf werde am Sonntag in Schaffhausen eintreffen. Wir hatten auf diesen Tag eine Konferenz sämtlicher Funktionäre des Kantons geladen. Aus Berlin hatte ich August Thalheimer herbestellt, der an der Konferenz den Standpunkt der Opposition vertreten sollte, Bringolf sollte über seine Moskauer Reise berichten. Beide kamen sie aus Berlin im selben Zug, ohne von sich zu wissen. Ich holte Thalheimer, Erb Walther Bringolf am Zug ab. Walther Bringolf wurde orientiert über die Konferenz und lehnte kategorisch ab, daran teilzunehmen, er könne niemals an der Seite des ausgeschlossenen Thalheimer reden. Die Konferenz begann ohne Bringolf zu tagen. Nur seine Frau (Tochter von Philipp Wildberger) erschien schnell, verschwand wieder, und eine Viertelstunde später erschien Bringolf doch. Sie hatte ihn offenbar orientiert, dass das ganze Funktionärskader versammelt war. Bringolf erstattete Bericht; Fazit: Moskauer Kurs ist hundertprozentig richtig, die Weltsituation ist revolutionär, die Parteispaltung verbrecherisch, die Zeitung und die Partei muss in die Komintern zurückkehren. Thalheimer attackierte scharf. Ich leitete die Konferenz. In der Diskussion standen alle Funktionäre, die nächsten Freunde Bringolfs gegen ihn auf und urteilten seine Haltung. In der Abstimmung erhielt Bringolf nicht eine einzige Stimme<sup>235</sup>.*

---

<sup>235</sup> Mitteilung Paul Thalmann 30.8.1969. Die Mitteilung entspricht der Darstellung bei Thalmann 104–105. Unter dem Titel *Eine neue Fraktionssitzung der Rechten in Neuhausen* bestätigt der Zürcher Kämpfer vom 9.10.1930 die



Ueber diese sonntägliche Funktionärsversammlung schweigt sich die Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* aus. Sie berichtet dagegen von der Parteimitgliederversammlung vom Dienstag, dem 7. Oktober 1930, die mit 63 gegen 23 Stimmen dem Antrag Bringolfs folgte und die Pressunion aufforderte, die Zeitung der Partei zu unterstellen<sup>236</sup>. Der Vorstand der Pressunion entschied sich gegen Walther Bringolf und gegen die Komintern, und am 15. Oktober erschien die *Arbeiter-Zeitung* als Organ der *Kommunistischen Partei-Opposition* und führte Bringolf im Impressum nicht mehr auf. Walther Bringolf wurde von der Pressunion allerdings nicht entlassen, sondern vor die Alternative gestellt, die Zeitung für die kommunistische Opposition zu führen oder auf die Redaktion zu verzichten. Darauf erklärte Bringolf, *dass er in der gegenwärtigen Situation nicht in der Lage sei, die Redaktion der «Schaffhauser Arbeiterzeitung» für den politischen Kurs der jetzigen Parteiführung weiter zu führen*<sup>237</sup>.

### *Kritik an der Komintern und Parteiausschluss*

Walther Bringolf befand sich nun in einer äusserst schwierigen Situation: er war isoliert von seinen Schaffhauser Parteifreunden, in Meinungsverschiedenheiten mit dem schweizerischen Zentralkomitee und dabei ideologisch einem kommunistischen Internatio-

---

Tagung mit den Worten: *Wie wir erfahren, fand am vergangenen Sonntag im Restaurant «Falken» eine von Erb und Thalmann einberufene Fraktions-sitzung statt. Das Referat erstattete der bekannte reichsdeutsche Renegat August Thalheimer.*

Nach der Darstellung bei Bringolf 159 hätte er die Funktionäre der *Kommunistischen Partei-Opposition Deutschlands* schon in Berlin getroffen. Bringolfs Haltung in Schaffhausen macht diese Darstellung unwahrscheinlich. Im Gespräch erinnerte sich Walther Bringolf an eine sehr heftige Auseinandersetzung mit August Thalheimer anlässlich einer Versammlung in Schaffhausen (Mitteilung Walther Bringolf 9.4.1970). Es dürfte zutreffen, dass es sich dabei um die hier geschilderte Funktionärsversammlung vom Sonntag, dem 5.10.1930, handelt.

<sup>236</sup> AZ 8.10.1930. Später hiess es dazu: *Jene Parteiversammlung war eine Komödie! Sie war ein Schlag ins Gesicht jedes ehrlichen Kommunisten! Sie war niemals ein Spiegelbild der tatsächlichen Meinung der Mitgliedschaft. Statt die Mitglieder der Schaffhauser Partei entscheiden zu lassen, dirigierten die Leute von der «Roten Arbeiterzeitung» eine ganze Reihe auswärtiger Parteimitglieder, wahrscheinlich sogar Parteilose, an diese Versammlung, um unter Anwendung des brutalsten Terrors eine Mehrheit zu erreichen (AZ 15.10.1930)*

<sup>237</sup> AZ 28.10.1930.



nalismus leninistischer Auffassung verpflichtet, der aber von der Kominternführung, der er in Moskau seinen Einsatz für die Unterstellung der *Arbeiter-Zeitung* versprochen hatte, durch Stalin massiv umgestaltet wurde. Ein Stalinist war Bringolf nicht, aber er hegte wie Jules Humbert-Droz in Moskau gewisse Hoffnungen, der Kominternkurs lasse sich durch die Initiative der ausserrussischen kommunistischen Parteien noch beeinflussen. Was tun? Walther Bringolf zog sich nach dem 15. Oktober für einige Wochen von jeder öffentlichen Tätigkeit zurück, reiste zu seinem Bruder nach Graz und rang um eine Klärung seiner Situation. Er überdachte in seinem «Gang in die Wüste» die Entwicklung der Komintern, der *Kommunistischen Partei der Schweiz*, der Kantonalpartei Schaffhausen und wohl auch die Lage, in der er sich als Schaffhauser Nationalrat und bisheriger Redaktor der *Arbeiter-Zeitung* befand. In dieser kritischen Phase verfasste Walther Bringolf zwei für die Rekonstruktion seiner damals gültigen politischen Vorstellungen wesentliche Dokumente. Anfangs November 1930 stellte er dem schweizerischen Zentralkomitee eine Vier-Punkte-Erklärung zu, worin er die Leitung der *Kommunistischen Partei der Schweiz* der Zerstörung der Einheitsfront in Schaffhausen beschuldigte und erklärte, an der Seite dieses Zentralkomitees seine Arbeit nicht weiterführen zu können<sup>238</sup>. Mitten in diesem Klärungsprozess veröffentlichte die *Inprekorr* eine *Kapitulationserklärung des Genossen Humbert-Droz*<sup>239</sup>, worin dieser erklärte, dass er seine Oppositionshaltung gegen die offizielle Linie der Komintern aufgeben werde. Für Walther Bringolf, der kurz zuvor mit Jules Humbert-Droz gesprochen und die Versicherung von ihm erhalten hatte, er werde keine dieser üblichen Kapitulationserklärungen unterschreiben, grenzte dieses Vorgehen an Verrat<sup>240</sup>. Weiterhin bestrebt, mit offenen Karten zu spielen, verfasste Walther Bringolf etwa am 24. November 1930 einen ausführlichen Bericht über die poli-

<sup>238</sup> Abdruck des Schreibens in *Bringolf bekennt sich zur Plattform der Opposition* (AZ 3.11.1930).

<sup>239</sup> Abdruck in *Inprekorr* 1930,92 (4.11.1930) und Humbert 400.

<sup>240</sup> Jules Humbert-Droz bestätigt die Darstellung bei Bringolf 157 mit den Worten: *Il est exact que je lui avais dit que je ne signerais jamais de capitulation. Mais la question d'une déclaration publique contre la politique que j'avais défendue m'a été posée comme une condition pour ne pas être exclu de l'Internationale. Je me suis donc plié à la discipline qui m'était imposée, en affirmant à Manouïlsky que c'était un acte de discipline et non un changement d'orientation politique. L'internationale s'en est contentée* (Mitteilung Jules Humbert-Droz 17.4.1971).



tische Entwicklung in Schaffhausen und den europäischen Sektionen der Komintern und übersandte sie mit neun Vorschlägen zur Führung der *Kommunistischen Partei der Schweiz* an das Zentralkomitee<sup>241</sup>. Der zweite Vorschlag zeigt, dass Walther Bringolf weiterhin hoffte, den Kominternkurs mit demokratischen Mitteln beeinflussen zu können. Er verlangte darin:

*Das Zentralkomitee im Verein mit dem Vertreter der Kommunistischen Partei der Schweiz im EKKI setzt sich entschieden ein für die Revision des ultralinken Kurses, für die sorgfältige Zusammenarbeit mit der Komintern und die Durchführung der Arbeit in den einzelnen Ländern auf der Grundlage einer Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse*<sup>242</sup>.

Bringolf verlangte ferner eine Aenderung der Gewerkschaftstaktik und forderte, dass die Komintern-Emissäre nicht mehr Vollzugsbeamte und Führer, sondern lediglich Berater der Sektionen sein dürfen. Er strebte also wieder jenen demokratischen Zustand der Weltpartei an, der in den ersten Jahren nach 1921 geherrscht hatte. Mit seinen Ueberlegungen und Forderungen geriet Walther Bringolf in nächste Nähe zur *Kommunistischen Partei-Opposition*, der er sich bisher sorgfältig ferngehalten hatte. Die Publikation seiner Vorschläge, welche das Zentralkomitee nur in Auszügen veröffentlichte, hatte zur Folge, dass verschiedene Ortssektionen der *Kommunistischen Partei der Schweiz* den sofortigen Ausschluss Walther Bringolfs verlangten. Etwa am 10. Dezember 1930 kam die Kantonalleitung der linientreuen *Kommunistischen Partei* in Schaffhausen diesen Aufforderungen nach. Sie schloss gleichzeitig mit Walther Bringolf auch Philipp Wildberger und Hermann Gamper aus der Partei aus<sup>243</sup>.

Mit diesem Ausschluss schwand für Walther Bringolf die Möglichkeit, innerhalb der offiziellen *Kommunistischen Partei* eine Revision der Kominternlinie herbeizuführen. Von nun an versuchte er, dasselbe Ziel von ausserhalb der Partei zu erreichen. Am 27. Dezember 1930 konnte die zentrale Leitung der *Kommunistischen Partei-Opposition* bekanntgeben, Walther Bringolf werde auf Grundlage ihrer Programmpunkte wieder die Redaktion der Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* führen<sup>244</sup>. Die Wendung war damit angebahnt. Walther Bringolf trat wieder an die Seite seiner alten

<sup>241</sup> Abdruck in *Gewiss, Klarheit ist notwendig* (AZ 6.12.1930).

<sup>242</sup> Hervorhebungen gemäss AZ 6.12.1930.

<sup>243</sup> AZ 12.12.1930, 13.12.1930. Inprekorr 1930,2692 (19.12.1930), 1931,1 (6.1.1931).

<sup>244</sup> AZ 27.12.1930.



Parteifreunde. Unter diesen neuen Voraussetzungen hoffte er, die proletarische Aktionseinheit in Schaffhausen wieder herstellen zu können. Als Reaktion auf diese Ereignisse wurde Humbert-Droz, der in seinen wirklichen Ansichten nicht weit von denjenigen Bringolfs entfernt war, in Moskau gezwungen, in einer offiziellen Erklärung Walther Bringolf als Ueberläufer und Verräter zu bezeichnen und ihm den schärfsten Kampf anzusagen<sup>245</sup>.

## Die kommunistische Opposition zwischen Komintern und Sozialdemokratie (1930—1935)

### *Nationalratswahlen 1931*

Die *Kommunistische Partei-Opposition*, in deren Namen die *Arbeiter-Zeitung* seit dem 15. Oktober herauskam, ist nicht nur vom schaffhauserischen Standpunkt aus als vielmehr im Rahmen der schweizerischen und internationalen Entwicklung des Kommunismus interessant. Dass die Schaffhauser Oppositionspartei eine vorübergehend sogar international wichtige Rolle spielen konnte, hat seinen Grund in der finanziell und ideologisch unabhängigen Presse. Als einzige Gruppe der internationalen kommunistischen Opposition konnten die Schaffhauser eine deutschsprachige Tageszeitung herausbringen.

Im Herbst 1931, ein knappes Jahr nach den Auseinandersetzungen um den Kurs der *Kommunistischen Partei*, fanden die schweizerischen Nationalratswahlen statt. Für die *Kommunistische Partei-Opposition* ging es darum, das Mandat von Walther Bringolf zu behaupten und die Schaffhauser Arbeiterschaft geschlossen auf den bisherigen Kandidaten zu verpflichten. Erschwerend fiel ins Gewicht, dass aufgrund der eidgenössischen Volkszählung dem Kanton Schaffhausen nur noch zwei statt wie bisher drei Nationalratssitze zukamen. Die Freisinnigen, die Bauern und die Kommunisten besaßen je ein Mandat, und keine dieser Parteien wollte auf eine Nomination verzichten. Die Richtungskämpfe unter den Linksparteien führten sogar dazu, dass auch sowohl die *Sozialdemo-*

---

<sup>245</sup> Inprekorr 1930,2638—2639 (12.12.1930).

*L'article de la Correspondance internationale contre Bringolf me fut imposé précisément après cette tentative de réintégration de Bringolf et du parti de Schaffhouse dans le Parti communiste suisse* (Mitteilung Jules Humbert-Droz 17.4.1971).



*kratische Partei* wie die linientreue *Kommunistische Partei* eigene Kandidaten aufstellten mit dem Ziel, Walther Bringolf aus dem Sattel zu heben. Die *Schaffhauser Tagwacht* kämpfte für die Sozialdemokraten Dr. Paul Kägi und Paul Strub, die *Rote Arbeiter-Zeitung* setzte sich namens der stalinisierten *Kommunistischen Partei der Schweiz* für die Wahl von Dr. Franz Welti (Basel) und Hans Tschudin ein. Die Resultate ergaben folgende Stimmenverteilung<sup>246</sup>:

<i>Kandidaten</i>		<i>Kandidaten-</i> <i>stimmen</i>	<i>Partei</i>	<i>Partei-</i> <i>stimmen</i>
Arnold Rahm	kumuliert	7339	BP	7339 (gewählt)
Walther Bringolf	kumuliert	6377	KPO	6407 (gewählt)
Arthur Moser	kumuliert	5416	FDP	5416
Paul Kägi	einfach	1790	SP	3489
Paul Strub	einfach	1680	SP	
Franz Welti	einfach	132	KPL	263
Hans Tschudin	einfach	128	KPL	

Die Bauernpartei als grösste Wählerorganisation des Kantons Schaffhausen behielt den einen Sitz, der andere wurde der *Kommunistischen Partei-Opposition* und damit Walther Bringolf zugesprochen. Die Freisinnigen verloren ihr Mandat. Für die Situation der drei Linksparteien in Schaffhausen bedeutete die Nationalratswahl von 1931 eine Klärung. Die *Kommunistische Partei-Opposition* erwies sich als einzige ernst zu nehmende Partei der Schaffhauser Arbeiterschaft. Während ihr die *Sozialdemokratische Partei* noch eine Anzahl Stimmen entziehen konnte, zeigte sich offensichtlich das Versagen der *Kommunistischen Partei-Linie*, die mit ihren 263 Stimmen gerade noch 1,1 Prozent aller Wähler hinter sich hatten. Die «Einheitsfront von unten», Leitsatz der Komintern-Wahltaktik seit 1924, war für Schaffhausen erreicht. Nur zeigte es sich, dass die oppositionellen Kommunisten die Kominternbeschlüsse besser anzuwenden verstanden als die linientreuen. Walther Bringolf hatte unter Aufbieten aller propagandistischen Kräfte zusammen mit einem Wahlkampfkomitee erreicht, dass sich die grosse Mehrheit der Arbeiterwähler zu ihm und damit zur neuen ideologischen Richtung bekannte. Nicht nur die Mehrheit

<sup>246</sup> Amtsblatt 1931,903—907.



der Arbeiterwähler machte die Schwenkung der *Arbeiter-Zeitung* und ihres Redaktors mit, sondern auch die Vertreter der ehemaligen *Kommunistischen Partei* im Kantonsrat und im Grossen Stadtrat von Schaffhausen. Mit wenigen Ausnahmen kandidierten sie in den Gesamterneuerungswahlen vom Herbst 1932 als Vertreter der *Kommunistischen Partei-Opposition* und wurden gewählt<sup>247</sup>.

### *Abgrenzung gegenüber KPL und SP*

Die *Kommunistische Partei-Linie*, das heisst die Partei der Kominterntreuen, fristete fortan ein kümmerliches Dasein. Sie spielte noch eine gewisse Rolle in der Organisation der Arbeitslosen anfangs der dreissiger Jahre<sup>248</sup>. Beim Schriftenschmuggel ins nationalsozialistische Deutschland ergab sich vorübergehend eine stillschweigende Zusammenarbeit von kommunistischer Linienpartei und Oppositionspartei<sup>249</sup>. Doch bereits am 21. März stellte die *Rote Arbeiter-Zeitung* ihr Erscheinen in Schaffhausen ein und zog damit den wenigen linientreuen Schaffhauser Kommunisten den Boden unter den Füßen weg. Das in Basel hergestellte Kopfblatt des *Basler Vorwärts* war inzwischen für die Schaffhauser uninteressant und für die *Kommunistische Partei der Schweiz* eine finanzielle Belastung geworden. Bei den Gesamterneuerungswahlen von 1932 trat als einziger linientreuer Vertreter Max Wullschleger als Kandidat für den Grossen Stadtrat in Erscheinung. Der damalige SIG-Arbeiter und spätere Regierungsrat von Basel-Stadt erhielt ganze 296 Stimmen und blieb damit weit unter dem absoluten Mehr<sup>250</sup>. Nicht besser erging es vier Jahre später den Kantonsratskandidaten Willi Furrer (KPL, Schaffhausen), Hans Brüllmann (KPL, Schaffhausen), Andreas Weder (KPL, Neuhausen) und Heinrich Syz (KPL, Neuhausen), die alle nicht gewählt wurden<sup>251</sup>. Einzig Parteisekretär Andreas Weder machte noch einmal von sich reden, als er im Spanienprozess 1937 vor dem Divisionsgericht 5a darüber Auskunft geben musste, ob er die vier freiwilligen Schaffhauser Spanienkämpfer angeworben oder nur ihren Transport organisiert habe. Er bekräftigte das letztere<sup>252</sup>.

---

<sup>247</sup> AZ 28.11.1932.

<sup>248</sup> Mitteilung Max Wullschleger 18.8.1969.

<sup>249</sup> Thalmann 112.

<sup>250</sup> AZ 28.11.1932.

<sup>251</sup> AZ 2.11.1936.

<sup>252</sup> SI 8.4.1937. Bodenmann 47 nennt als Schaffhauser Spanienkämpfer H[ans?] Biedermann und Max Hutter.



Nicht viel besser erging es der *Sozialdemokratischen Partei*, die bereits am 24. Mai 1932 ein Fusionsangebot an die oppositionellen Kommunisten richtete und hoffte, eine gemeinsame Sozialpolitik auf nationaler Grundlage durchsetzen zu können (S. 381). Dazu war die *Kommunistische Partei-Opposition*, die sich immer noch als — selbständiger — Teil der kommunistischen Weltpartei betrachtete, noch nicht bereit. Als der Fraktionspräsident im Neuhauser Einwohnerrat, Barnabas Kohler (KPO), eine Privataktion startete, um den Zusammenschluss von Sozialdemokraten und oppositionellen Kommunisten zu fördern, wurde er am 4. Oktober 1932 aus der Partei ausgeschlossen<sup>253</sup>. Im Verlauf der Auseinandersetzung meinte Walther Bringolf zu diesem Problem: *Wir sind mindestens so bestrebt wie die Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft in einer Einheitsfront zu sammeln, jedoch nur in der revolutionären, kampfgewillten Einheit, und nicht auf dem Boden des täglich mehr zusammenbrechenden Reformismus*<sup>254</sup>. Von einem Uebergang ins Lager der Sozialdemokraten war also vorläufig noch nicht die Rede. Wie der Redaktor der *Arbeiter-Zeitung* den Kampfgedanken verstanden wissen wollte, bewies er durch seine kompromisslose Haltung gegenüber dem freisinnig-sozialdemokratisch-bäuerlichen Schaffhauser Stadtrat während der Jahre 1931 und 1932.

### *Kampf um das Schaffhauser Stadtpräsidium*

Die Einwohner der Stadt Schaffhausen hatten 1929 einen Kredit von 1,8 Millionen Franken bewilligt für den Bau des Gelbhausgarten-Schulhauses. 1931 musste der Stadtrat dem Grossen Stadtrat beantragen, einem Nachtragskredit von 704 000 Franken zuzustimmen, was der rund 40prozentigen Kostenüberschreitung wegen einen grossen Sturm im Stadtparlament verursachte. Die Geschäftsprüfungskommission schob in einer Rede von Theodor Lunke (KVP) die Verantwortung Stadtpräsident Heinrich Pletscher (FDP) und dem Baureferenten Emil Meyer (SP) zu. Als Sprecher der Kommissionsminderheit forderte Walther Bringolf eine neue Vorlage oder die Demission des ganzen Stadtrates<sup>255</sup>. Als die Einwohner in der Abstimmung vom 31. Januar 1932 mit rund 2700 gegen 1700 den Nachtragskredit verweigerten, schrieb Bringolf in der *Arbeiter-Zeitung*:

---

<sup>253</sup> Protokoll KPO Neuhausen 4.10.1932.

<sup>254</sup> Protokoll KPO Neuhausen 10.5.1932.

<sup>255</sup> Protokoll GSR 18.2.1931.



*Die Nachtragskredite wurden nicht nur verweigert, um dem Stadtrate eine Ohrfeige, einen Denkmittel zu verabfolgen. Sie wurden diesem Stadtrate verweigert, um zu sagen, dass er sofort zurückzutreten hat. Sie wurden verweigert, weil dieser Stadtrat das Vertrauen des Volkes nicht hat; sie wurden verweigert, um die Voraussetzung für eine sachliche und personelle Reinigung im Stadthause durchzuführen*<sup>256</sup>.

Eine Interpellation der *Kommunistischen Partei-Opposition* forderte den Rücktritt des Stadtrates. Es macht den Anschein, als ob die bürgerlichen Mitglieder der Stadtexekutive, Heinrich Pletscher (FDP), Robert Brütsch (FDP) und Martin Stamm (BBP), anfänglich geneigt waren, zurückzutreten. Doch die Sozialdemokraten Emil Meyer und Paul Strub, höchstwahrscheinlich beeinflusst durch die taktischen Ueberlegungen des Parteiführers Eduard Haug, lehnten ab, weil die *Sozialdemokratische Partei* befürchten musste, bei einer Neuwahl des Stadtrates leer auszugehen<sup>257</sup>. Den Gesamtrücktritt befürwortete auch die katholische *Schaffhauser Zeitung*, während sich der *Schaffhauser Bauer* zurückhaltend verhielt. Die *Kommunistische Partei-Opposition* lancierte schliesslich sogar eine Initiative auf Abberufung des Stadtrates, die allerdings keine Wirkung hatte, weil sie vom Regierungsrat als ungesetzlich erklärt wurde<sup>258</sup>.

Parallel zur parlamentarischen Opposition betätigte sich die *Arbeiter-Zeitung* auch ausserparlamentarisch mit Angriffen gegen das Schaffhauser Bürgertum. Nachdem in den zwanziger Jahren verschiedene gesellschaftliche Skandale, Unterschlagungs- und Selbstmordaffären die Oeffentlichkeit bewegt hatten (S. 498), begann eine neue Kette von unerfreulichen Vorkommnissen. Zuerst verschwand auf unerklärliche Weise das Fundsachenbuch auf der Stadtpolizei. Der an sich unbedeutende Vorfall steigerte sich durch den plötzlichen Rücktritt des Polizeisekretärs Affeltranger wegen Unterschlagung zu einer peinlichen Angelegenheit. Dem Stadtpräsidenten Pletscher wurde vorgeworfen, er habe Affeltranger veranlasst, vor dem Verhörer gemachte Angaben über wenig erhebende Zustände bei der Stadtpolizei zurückzunehmen<sup>259</sup>. Gleich-

---

<sup>256</sup> AZ 1.2.1932.

<sup>257</sup> Die Haltung der Stadträte ist ersichtlich aus Pletschers ablehnender Beantwortung der KPO-Interpellation (Protokoll GSR 12.2.1932).

<sup>258</sup> AZ 11.2.1932, 19.2.1932, 24.2.1932. Protokoll RR 7.4.1932, 378—385, 25.4.1932, 455.

<sup>259</sup> AZ 28.1.1932.



zeitig ereignete sich eine Unterschlagungsaffäre im städtischen Elektrizitätswerk, so dass sich der Stadtpräsident veranlasst sah, eine Pressekonferenz einzuberufen, um die Öffentlichkeit zu beruhigen. An der Pressekonferenz mussten die Pressevertreter vernehmen, dass nicht nur gerichtliche Instanzen zur Abklärung der Tatbestände herangezogen worden seien, sondern auch die Hellseherin und Wahrsagerin Dagma<sup>260</sup>. Dass der zurückgetretene Polizeisekretär die anlässlich der Pressekonferenz gemachten Erklärungen des Stadtpräsidenten Lügen strafte und gegenüber der *Arbeiter-Zeitung* zugab, der Stadtpräsident persönlich habe ihm Geld zur Verfügung gestellt, um die unterschlagene Summe zu decken, war für die kommunistische Opposition wahrlich ein gefundenes Fressen und wurde im Wahlherbst entsprechend publizistisch ausgeschlachtet<sup>261</sup>. Auch weniger gravierende Affären wie Unregelmässigkeiten im städtischen Schlachthaus wurden dem Stadtoberhaupt von der *Arbeiter-Zeitung* in die Schuhe geschoben und publikumswirksam aufgebauscht. Unter dem Druck dieser Ereignisse erklärte Dr. Heinrich Pletscher knappe zwei Wochen vor den Neuwahlen seinen Rücktritt als Stadtpräsident (S. 505). Die *Arbeiter-Zeitung* nahm in ihrem Kommentar dazu kein Blatt vor den Mund:

*Mit dem Sturz Pletschers ist ein erster Schritt getan. Weitere Schritte sind notwendig, eiserne Notwendigkeit, wenn der Kampf, den wir im Interesse des ganzen arbeitenden Volkes für die Säuberung der Stadtverwaltung, für eine Beseitigung der Skandalwirtschaft, für eine Entfernung bestimmter, verantwortlicher Personen geführt haben, Erfolg haben soll. Wir haben diesen Kampf seit zwei Jahren unerbittlich geführt, sachlich, aber scharf und nie nachgelassen. Die Zeit, in der wir leben, die durch die Krise und die wachsende Notlage weiterer Schichten des arbeitenden Volkes wachsende Anforderungen an eine Industriestadt wie Schaffhausen [stellt], verlangt gebieterisch, dass dieser Kampf zu Ende geführt wird*<sup>262</sup>.

Ganz eindeutig führt die *Arbeiter-Zeitung* einen Feldzug gegen die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten, um sie in der Stadtexekutive abzulösen. Die *Freisinnig-demokratische Partei*, die ver-

---

<sup>260</sup> AZ 3.2.1932.

<sup>261</sup> AZ 16.11.1932.

<sup>262</sup> AZ 24.10.1932.



geblich versucht hatte, ihren Stadtpräsidenten vom Rücktritt abzuhalten, stand zwei Wochen vor den Wahlen praktisch am Anfang der Wahlvorbereitungen, während die *Kommunistische Partei-Opposition* systematisch vorgearbeitet hatte. Die Freisinnigen begingen nun einen für Bringolf günstigen Fehler, indem sie in dieser Zeit der Krise und der Arbeitslosigkeit einen Industriellen in der Person von Dr. Reinhard Amsler als Stadtpräsidenten nominierten. Die *Arbeiter-Zeitung*, deren Redaktor Walther Bringolf von der *Kommunistischen Partei-Opposition* als Kandidat fürs Stadtpräsidium bezeichnet wurde, liess keine Gelegenheit ungenützt, die *Freisinnig-demokratische Partei* deswegen scharf anzugreifen. Schlagworte wie «grosskapitalistischer Freisinn», «Millionärenpartei», «neue Entlassungen», «Lohnräuberei» und so fort überboten sich in der *Arbeiter-Zeitung*, die auch öffentlich die Frage aufwarf, ob Reinhard Amsler seine Millionen selbst verdient habe. Und während die Bürgerlichen die Gefahr des Bolschewismus heraufbeschwörten und in Bürgerschreckpropaganda machten, wies die *Arbeiter-Zeitung* nach, dass ausgerechnet die Firma Reinhard Amslers fast ausschliesslich für die Sowjetregierung arbeitete. In einem extrem harten Wahlkampf wurde dem kleinen Mann auf der Strasse mit zügigen Sprüchen und Schlagzeilen der Gegensatz zwischen kapitalistischen Herrenmenschen und ausgebeuteten Proletariern bewusstgemacht. Das wirkte. Am Sonntagabend, dem 6. November 1932, stand fest, dass vom neuen Jahr an ein «Roter Stadtpräsident», Walther Bringolf, die Stadt regieren würde. Um knappe 113 Stimmen übertrumpfte Bringolf seinen freisinnigen Gegenkandidaten<sup>263</sup>. Die erste Runde im Kampf um den Stadtrat war von der *Kommunistischen Partei-Opposition* erfolgreich geschlagen.

### *Rote Mehrheit im Stadthaus?*

Die Versammlung der *Kommunistischen Partei-Opposition* vom 1. November 1932 hatte nicht nur Walther Bringolf als Kandidaten fürs Stadtpräsidium erklärt, sondern auch beschlossen, im Fall eines Wahlsieges für eine «Rote Mehrheit» im Stadthaus zu kämpfen. Die Mitteilung dieses Sachverhaltes wurde erst nach dem 6. November bekanntgegeben, um anlässlich der Stadtpräsidentenwahl die Wähler der *Sozialdemokratischen Partei*, die auf spätere Unterstützung ihrer beiden Stadträte hoffte, nicht abzuschrecken. Gleich-

<sup>263</sup> Stimmberechtigte 5409, absolutes Mehr 2382, Bringolf 2430 Stimmen, Amsler 2317 Stimmen (AZ 7.11.1932).



zeitig mit der Neunomination der Stadtratskandidaten Hermann Gamper und Hermann Erb gab die Partei bekannt, dass sie von der Forderung nach Revolution abrücke und zur Reformarbeit bereit sei<sup>264</sup>. Aufgrund dieser Mitteilungen trat Emil Meyer (SP) als Stadtrat zurück. In einer richtigen Lagebeurteilung erkannte er die Aussichtslosigkeit einer neuen Kandidatur.

Die Situation für die Schaffhauser Stadtratswahl sah nun folgendermassen aus: Die *Bauernpartei* hielt an ihrem bisherigen Vertreter Martin Stamm fest. Die *Sozialdemokratische Partei* portierte in Paul Strub nur noch einen ihrer Stadträte. Die *Freisinnig-demokratische Partei* schlug ausser Robert Brütsch einen neuen Kandidaten, Emil Schalch, vor. Diesen Kandidaten standen Hermann Gamper und Hermann Erb gegenüber, die mit dem neugewählten Stadtpräsidenten Walther Bringolf die Mehrheit im fünfköpfigen Stadtrat bilden sollten. Die Absicht der *Kommunistischen Partei-Opposition* gelang beinahe. Am 20. November 1932 wurden die Stadträte Robert Brütsch und Martin Stamm bestätigt, die Kandidaten Emil Schalch, Hermann Erb und Hermann Gamper erreichten alle das absolute Mehr. Unter der erforderlichen Stimmenzahl blieb der sozialdemokratische Stadtrat Paul Strub, der ausschied. Von den fünf Gewählten hatte Hermann Gamper die niedrigste Stimmenzahl, so dass er als Ueberzähliger ebenfalls auf einen Stadtratssitz verzichten musste<sup>265</sup>. Im gesamten blieb die Sitzverteilung zwischen Bürgerlichen und Linksparteien somit gleich, mit dem bedeutsamen Unterschied allerdings, dass die zwei Sitze der Linken von der *Sozialdemokratischen Partei* zur *Kommunistischen Partei-Opposition* übergingen.

### *Auswirkungen des Erfolgs*

Der Wahlherbst 1932 hatte tiefgreifende Auswirkungen, nicht nur auf den Bürgerblock, wo sich enttäuschte junge Freisinnige in der *Neuen Front* gruppierten, die sich eben anschickte, den Bruch mit der *Freisinnig-demokratischen Partei* zu vollziehen (S. 507). Sie führte auch zu einer ideologischen Wandlung innerhalb der *Kommunistischen Partei-Opposition*, die nun unter völlig anderen Umständen als bisher politisch tätig sein musste. Vorerst war die Nachfolge in der Redaktion der *Arbeiter-Zeitung* zu treffen, aus

---

<sup>264</sup> AZ 2.11.1932, 15.11.1932, 18.11.1932.

<sup>265</sup> AZ 21.11.1932.



der Walther Bringolf ausschied. Ferner musste das Arbeitersekretariat, das Hermann Erb betreut hatte, wieder besetzt werden. Die Pressunion der *Arbeiter-Zeitung* entschloss sich, mit Georg Leu und Paul Thalmann zwei gleichberechtigte Redaktoren einzusetzen, die nun mit Stadtpräsident Walther Bringolf eine Redaktionskommission bildeten<sup>266</sup>. An das Amt von Hermann Erb wurde Ernst Illi aus Zürich berufen. Durch die Wahlerfolge der kommunistischen Opposition ergab es sich also, dass die drei ehemaligen Schweizer Studenten an der West-Universität in Moskau, welche die Gründung der *Kommunistischen Partei-Opposition der Schweiz* bewirkt hatten, gleichzeitig in Schaffhausen tätig sein konnten. Von Zürich kam auch Moses Mandel nach Schaffhausen und wurde Administrator der *Arbeiter-Zeitung*, solange diese als kommunistisches Organ herauskam. Mandels Entwicklung ist nicht uninteressant. Er war ursprünglich Schreiner und arbeitete zur Zeit der Räterepublik Ungarn in deren Wirtschaftskommissariat. Als versierter Oekonom hielt er viele Vorträge und besuchte Konferenzen, betätigte sich als Administrator am *Kämpfer*, wurde dann aber wie Ernst Illi 1930 aus der *Kommunistischen Partei Zürich* ausgeschlossen, weil er sich an die Opposition angelehnt hatte<sup>267</sup>. Um Ernst Illi und Moses Mandel hatte von 1930 bis 1932 eine Zürcher *Kommunistische Partei-Opposition* gruppiert, zu der unter andern Kantonsrat Max Winiger gehörte, während der bekannte Arzt und «Ketzer» Fritz Brupbacher ihr wenigstens zeitweise nahestand<sup>268</sup>. Auch in Basel gab es eine Gruppe oppositioneller Kommunisten.

Die *Kommunistische Partei-Opposition des Kantons Schaffhausen* war in ihrer praktisch-politischen Tätigkeit kaum zu unterscheiden von der ehemaligen *Kommunistischen Partei*. Ihre spezifische Eigenschaft lag darin, dass sie ein wesentliches Glied einer *organisierten taktischen Richtung des Kommunismus*<sup>269</sup> war, die sich dem «ultralinken» Kurs der Komintern und damit dem Stalinismus entgegenstellte. Entsprechend ihrer Zielsetzung, die Komintern-Politik wieder auf die Grundsätze Lenins zurückzuführen, trat die Partei von Anfang an für eine internationale Zusammenarbeit ein. Den Versuch zum Aufbau einer internationalen Organisation

<sup>266</sup> AZ 19.12.1932.

<sup>267</sup> AZ 25.11.1930. Mitteilung Walther Bringolf 9.4.1970. Mitteilung Paul Thalmann 30.8.1969.

<sup>268</sup> Mitteilung Dr. Walter Nelz 3.6.1970. Betreffend Fritz Brupbacher siehe AZ 24.12.1930, 30.12.1930, Wottreng 45.

<sup>269</sup> Tjaden 266.



machte die *Kommunistische Partei-Opposition* bis zum Amtsantritt von Walther Bringolf als Stadtpräsident tatkräftig mit. Für die Zeit nach 1933 lässt sich ein Abflauen dieser Bestrebungen feststellen.

### *Die schweizerische und internationale Opposition*

Ausgangspunkt zur Bildung einer geeinigten schweizerischen kommunistischen Opposition, die vorerst nur aus Splittergruppen der Parteien in Basel, Zürich und Schaffhausen bestand, war die Tagung vom 29./30. November 1930 im Hotel Rheinfall in Neuhausen. Diese erste Konferenz der *Kommunistischen Opposition der Schweiz* vereinigte 25 Delegierte, welche über die zukünftige Tätigkeit einheitliche Richtlinien aufstellten und ein schweizerisches Präsidium von drei Mitgliedern wählten<sup>270</sup>. *Entgegen einzelnen Bestimmungen war die Auffassung vorherrschend, dass der innerparteiliche Kampf um eine richtige kommunistische Politik weiter-, respektive stärker und besser geführt werden muss als bisher*, heisst es im Protokoll. Hermann Erb legte der Konferenz einen Ueberblick über die Entstehung der Opposition vor. Paul Thalman referierte über den Plattform-Entwurf, der für die schweizerische Opposition Gültigkeit haben sollte. Erich Hausen aus Stuttgart sprach in seiner Eigenschaft als Kontaktmann zur deutschen kommunistischen Opposition über die internationalen Richtlinien im Kampf gegen die «ultralinke» Politik der Komintern. Als schweizerischen Delegierten an internationalen Konferenzen bestimmte diese erste Konferenz der *Kommunistischen Opposition der Schweiz* Moses Mandel, der ein persönlicher Freund von Heinrich Brandler in Deutschland war<sup>271</sup>.

Die schweizerische Oppositionsbewegung gegen den offiziellen Kurs der Komintern war nur ein Teil der international feststellbaren Abwehrströmung. Die oppositionellen Kommunisten aus Schweden, der Tschechoslowakei und aus Deutschland hatten sich bereits im März 1930 ein erstes Mal in Berlin getroffen<sup>272</sup>. Gegen Ende des Jahres 1930 drängte sich ein organisatorischer Zusammenschluss der verschiedenen Ländergruppen der kommunistischen Opposition auf. Zu einer ersten offiziellen und internationalen Konferenz der kommunistischen Opposition, die vom 16. bis 18. Dezember 1930 in Berlin tagte, trafen zusätzlich Delegierte aus

---

<sup>270</sup> Versammlungsbericht in AZ 3.12.1930.

<sup>271</sup> Wottreng 42.

<sup>272</sup> Tjaden 266.



den USA, der Schweiz, aus Elsass-Lothringen und Norwegen ein. Es sah so aus, als sei eine tragkräftige Bewegung im Entstehen, die dem Stalinismus in den kommunistischen Parteien des Westens entgegentreten würde. Die oppositionellen Länderparteien konstituierten sich an der ersten Konferenz in Berlin als «Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO)» und beschlossen, sich in den «Internationalen Nachrichten der Kommunistischen Opposition (INKOPP)» ein Informationsorgan zu schaffen.

Die Herausgabe der INKOPP blieb vorerst die einzige Tätigkeit der internationalen Opposition, deren Vertreter erst wieder im Juli 1932 zusammentraten. Bis zu diesem Zeitpunkt zeigte es sich, dass die Oppositionsgruppen der verschiedenen Länder nur in der Ablehnung der «ultralinken» Komintern-Politik einig waren, nicht aber über die nun einzuschlagende Taktik. Unklar war unter anderem, welche Stellung eingenommen werden sollte zu zwei neuen Oppositionsrichtungen, dem «Trotzkismus» und dem «Zentrismus». Beide Bewegungen hatten ihre Ausstrahlungen nach Schaffhausen, so dass sie kurz vorgestellt werden müssen.

### *Zentrismus oder Trotzkismus?*

Unter «Trotzkismus» oder «trotzkistischer Opposition» ist in den Jahren nach 1930 jene Idee zu verstehen, unter Anleitung von Leo Trotzki aus verschiedenen Ländergruppen eine «Vierte Internationale» zu gründen. Sie sollte sich der Dritten Internationale, die nun von Stalin beherrscht wurde, entgegenstellen. Während nun aber die IVKO-Länderparteien nur die mechanische Uebertragung der Methoden der russischen KP auf westeuropäische kommunistische Parteien kritisierten und im weitem die innerrussische Politik guthiessen, sogar weiterhin Sowjetrussland als Mutterland der proletarischen Revolution verehrten, lehnten Trotzki und die trotzkistischen Organisationen auch das Vorgehen der russischen KP in Russland selber ab. Eine schweizerische Trotzkistenorganisation entstand um Pfingsten 1931 an der Universität Zürich, die sich zuerst «Linke Opposition der Kommunistischen Partei der Schweiz» nannte und von Walter Nelz geleitet wurde<sup>273</sup>. Nelz hatte 1930 mit Walther Bringolf am Roten Treffen in Baden teilge-

---

<sup>273</sup> Mitteilung Dr. Walter Nelz 3.6.1970. Wottreng 47–49.



nommen. Ueber Walter Nelz hatte die trotzkistische Opposition einen kurzlebigen Einfluss auf Schaffhausen, wie noch zu zeigen sein wird.

Als «Zentrismus» verstand man in diesen Jahren den Versuch, alle Kräfte der Arbeiterbewegung, vor allem in Deutschland, zu sammeln, die den Linksradikalismus der Kommunistischen Parteien und den Reformismus der sozialdemokratischen Parteien ablehnten und gewillt waren, auf breitester Basis in eine Einheitsfront gegen den Faschismus der NSDAP, der Hitler-Partei, einzutreten. In Deutschland wurde der «Zentrismus» repräsentiert durch die *Sozialistische Arbeiterpartei* (SAP), die am 4. Oktober 1931 durch die Abspaltung des linken Flügels der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* entstand<sup>274</sup>. Ein Teil der deutschen *Kommunistischen Partei-Opposition*, darunter Paul Frölich und Jakob Walcher, solidarierten sich mit der deutschen *Sozialistischen Arbeiterpartei*. Dieser Vorgang wurde in Schaffhausen aufmerksam registriert. Theodor Scherrer teilte im Januar 1932 an einer Versammlung der *Kommunistischen Partei-Opposition* mit, dass Frölich und Walcher wegen ihrer Solidarisierung aus der deutschen *Kommunistischen Partei-Opposition* ausgeschlossen worden seien<sup>275</sup>. Walther Bringolf stellte den Anwesenden gegenüber in Aussicht, dass sich die Zentralleitung der *Kommunistischen Opposition der Schweiz* mehrheitlich zugunsten von Frölich und Walcher einsetzen werde, um ihren Ausschluss rückgängig zu machen. Diese Notiz veranschaulicht, dass Walther Bringolf zu diesem Zeitpunkt dem «Zentrismus» eher positiv gegenüberstand und vermutlich schon damals an ein Zusammenfassen der politischen Kräfte gegen den Faschismus dachte. Es ist kein Zufall, dass sich die drei Jahre später aus oppositionellen Kommunisten und Sozialdemokraten gebildete *Sozialistische Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen* nach ihrem entsprechenden gleichnamigen Vorbild in Deutschland benannte.

Mit diesen oppositionellen Bewegungen des «Trotzkismus» und des «Zentrismus» hatte sich die Zweite IVKO-Konferenz vom 2. bis 5. Juli 1932 in Berlin zu befassen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wurde die *Kommunistische Opposition der Schweiz* an dieser internationalen Tagung von Walther Bringolf vertreten, der in seinen Memoiren einen Berlinaufenthalt im Sommer 1932 erwähnt<sup>276</sup>. Die

---

<sup>274</sup> Weber, Signale 161—162.

<sup>275</sup> Protokoll KPO Neuhausen 26.1.1932.

<sup>276</sup> Bringolf 168.



(ungenannte) schweizerische Delegation sprach sich in Berlin für eine Zusammenarbeit von *Kommunistischer Partei-Opposition* und *Sozialistischer Arbeiterpartei* aus und zielte sogar auf eine Verschmelzung der beiden Organisationen<sup>277</sup>. Auch dieser Hinweis zeigt, dass die *Kommunistische Opposition der Schweiz* im Juli 1932 auf dem Wege war, eine «zentristische» Linie einzuschlagen und eine Einheitsfront gegen den Faschismus anstrebte. Soweit waren die internationalen und schweizerischen Bestrebungen der kommunistischen Opposition gediehen, als Walther Bringolf in Schaffhausen zum Stadtpräsidenten gewählt wurde.

### *Schaffhausen als Flüchtlings-Auffanglager*

Mit der Machtübernahme Hitlers und dem Verbot der deutschen Parteien erhielt die Grenzstadt Schaffhausen eine wichtige Funktion als Auffanglager von IVKO-Angehörigen<sup>278</sup>. Walther Bringolf nennt als deutsche politische Flüchtlinge in Schaffhausen: August Thalheimer, Heinrich Brandler, Paul Böttcher und Eduard Fuchs<sup>279</sup>. Paul Thalmann verweist zusätzlich auf Arthur Lieberasch, dessen längere Anwesenheit in Schaffhausen bezeugt ist<sup>280</sup>, ferner auf Futran<sup>281</sup>. Besonders nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 wurden die Grenzzorte Schaffhausen und Strassburg wichtige Verbindungsstellen zwischen den in Deutschland verbliebenen oppositionellen Kommunisten und dem Auslandskomitee der *Kommunistischen Partei-Opposition Deutschlands*, das zuerst von Strassburg aus, dann in Paris den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime zu organisieren versuchte<sup>282</sup>. Die Redaktion der Schaffhauser *Arbeiter-Zeitung* hielt den Kontakt mit der illegalen deutschen *Kommunistischen Partei-Opposition* aufrecht und organisierte den Schmuggel von gedruckten Propagandaschriften über die Grenze. Die Frau von Redaktor Paul Thalmann, Clara Thalmann-Ensner, war selbst aktiv am Schriftenschmuggel beteiligt<sup>283</sup>. Paul Böttcher hielt sich während einiger Zeit offiziell in Schaffhausen auf und veröffentlichte in der *Arbei-*

---

<sup>277</sup> Tjaden 271, 283.

<sup>278</sup> Tjaden 318.

<sup>279</sup> Bringolf 171. Biographische Angaben bei Tjaden, Anhang I.

<sup>280</sup> Thalmann 147. Weber, Wandlung 2, 207–208.

<sup>281</sup> Mitteilung Paul Thalmann 26.11.1970.

<sup>282</sup> Tjaden 325.

<sup>283</sup> Tjaden 326, Thalmann 112.



ter-Zeitung finanzpolitische Artikel<sup>284</sup>. Als weiterer Gast der *Kommunistischen Partei-Opposition* in Schaffhausen wäre der Schriftsteller Ignatius Silone zu erwähnen, ein Mitbegründer der *Kommunistischen Partei Italiens* und Freund Palmiro Togliattis. Silone war um 1930 aus der *Kommunistischen Partei* ausgetreten und lebte einige Zeit als Emigrant in Zürich. Von dort aus kam er zur Redaktion der *Arbeiter-Zeitung*, die seinen ersten Roman *Fontamara*, der später ein Welterfolg wurde, im Feuilleton erstmals abdruckte<sup>285</sup>.

Im «Frontenfrühling» von 1933 war Schaffhausen ein Tummelplatz politischer Emigranten und die *Arbeiter-Zeitung* als einzige deutschsprachige Tageszeitung der kommunistischen Opposition ihr Sprachrohr. Aber auch von anderer Seite wurde die Zeitung beliefert. Paul Thalmann, der gesinnungsmässig weniger «Zentrist» als «Trotzkist» war, druckte im Mai 1933 drei Artikel von Dr. Walter Nelz in Zürich ab, die — ohne den Verfasser zu nennen — trotzkistische Ueberlegungen weitergaben<sup>286</sup>. Walter Nelz vertrat in den Artikeln die Auffassung, dass die Hoffnung auf Eroberung der Komintern abgelöst werden müsse durch die Gründung einer neuen, der Vierten Internationale, welche die besten Kräfte aller kommunistischen Splittergruppen umfassen müsse. Solche Töne waren in der *Arbeiter-Zeitung*, die sich als KPO-Organ bezeichnete, allerdings neu und blieben nicht ohne Widerspruch. Gegen das geäußerte Ansinnen wandte sich das Auslandskomitee der *Kommunistischen Partei-Opposition Deutschlands* mit aller Entschiedenheit<sup>287</sup>. Auch die *Kommunistische Opposition der Schweiz* nahm an der Tagung der Zentralen Leitung vom 10./11. Juni 1933 gegen diesen trotzkistischen Versuchsballon Stellung<sup>288</sup>.

Nach dem Erscheinen dieser drei Artikel nahm Karl Retzlaw, ein früherer Angehöriger des deutschen Spartakusbundes, nun aber Trotzkist, Verbindung mit Paul Thalmann auf mit der Absicht, die

---

<sup>284</sup> Mitteilung Paul Thalmann 26.11.1970.

<sup>285</sup> AZ 5.8.—3.10.1933. Erste Buchausgabe im Verlag Oprecht und Helbling AG, Zürich 1933, gedruckt in der Unionsdruckerei Schaffhausen. Silone schildert seine Abkehr von der stalinistischen Komintern in: *Arthur Koestler* [u. a.] *Ein Gott, der keiner war*, München 1962, 72—109.

<sup>286</sup> AZ 13.5.1933, 15.5.1933, 20.5.1933. Mitteilung Dr. Walter Nelz 3.6.1970. Der Autor der drei Artikel war bisher nicht bekannt (vgl. Tjaden 329).

<sup>287</sup> Tjaden 329.

<sup>288</sup> AZ 14.6.1933. Schon am 22.5.1933 hatte die AZ bekanntgegeben, dass es sich bei den erwähnten Artikeln um Diskussionsgrundlagen handle, nicht um die Meinung der Kommunistischen Opposition der Schweiz.



*Arbeiter-Zeitung* unter Thalmanns Leitung in eine trotzkistische Tageszeitung zu verwandeln. Retzlaw stand in persönlichem Kontakt mit Leo Trotzki, der sich damals auf der Flucht vor Stalins Agenten befand, kam aber nicht in Trotzkis persönlichem Auftrag<sup>289</sup>. Paul Thalmann stand der trotzkistischen Auffassung nahe, doch scheute er eine zweite grosse Auseinandersetzung und neue Fraktionskämpfe in der Schaffhauser Partei, die sich unter Walther Bringolfs Führung immer mehr der *Sozialdemokratischen Partei* näherte. Den Anschluss der internationalen *Kommunistischen Partei-Op-  
position* an die Vierte Internationale beantragte er allerdings trotzdem anlässlich der Sitzung der Erweiterten IVKO-Leitung, die vom 8. bis 10. Juli 1933 in Strassburg stattfand und von allen angeschlossenen Länderparteien beschickt wurde<sup>290</sup>. Die Mehrheit der Delegierten wandte sich gegen Thalmanns Antrag. Walther Bringolf und Paul Thalmann, die gemeinsam die *Kommunistische Op-  
position der Schweiz* vertraten, waren sich über die Zukunft uneinig. Bringolf erstrebte eine Verbindung mit den Sozialdemokraten nach dem Muster der *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands*, also eine «zentristische» Lösung, während Thalmann weiter links stand und einer «trotzkistischen» Lösung durch den Zusammenschluss aller Kommunisten unter Führung von Leo Trotzki anvisierte. Dieser Gegensatz war es schliesslich, der die weitere Zusammenarbeit von Paul Thalmann und Walther Bringolf erschwerte.

### *Paul Thalmanns Wegzug*

Am 1. März 1934 verliess Paul Thalmann ohne Voranmeldung die Redaktion der *Arbeiter-Zeitung* und seinen Wirkungsort Schaffhausen. Der frontistische *Grenzbote* zog aus dem fluchtähnlichen Verschwinden bei Nacht und Nebel den Schluss, ein bevorstehender Presseprozess sei der Grund dazu gewesen<sup>291</sup>. Doch die Ursachen lagen tiefer. Thalmanns politische Einstellung und die Missheiligkeiten in der Redaktion hatten den Ausschlag gegeben. Zudem hatte der geborene Basler Thalmann erfahren müssen, dass Schaffhausen für Nichtschaffhauser ein harter Boden ist. Als «Aus-

---

<sup>289</sup> Thalmann 114.

<sup>290</sup> Tjaden 329. Thalmann 111—112 beschreibt die Haltung der Schweizer Delegation.

<sup>291</sup> *Grenzbote* 17.3.1934.



länder» sah er keinerlei Möglichkeit, seine politischen Ideen in Schaffhausen durchzusetzen<sup>292</sup>. Zudem war und blieb er im innersten Herzen ein Internationalist und wollte seine Tätigkeit nicht auf nationale oder gar kommunale Bereiche begrenzen. Thalmanns Memoiren halten seine weiteren wichtigsten Lebensstationen fest. Es sind Madrid zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges und das besetzte Paris im Zweiten Weltkrieg. An beiden Orten versuchte das Ehepaar Paul und Clara Thalmann, einem mehr humanistischen als politischen Kommunismus zum Durchbruch zu verhelfen.

Nach Paul Thalmanns «Flucht» aus Schaffhausen gab es innerparteilich keine grossen Widerstände mehr gegen die Vereinigung der *Kommunistischen Partei-Opposition* mit der *Sozialdemokratischen Partei*. Bereits im März 1933 hatte die *Arbeiter-Zeitung* eine Plattform der Zentralen Leitung der *Kommunistischen Opposition der Schweiz* veröffentlicht, die eine Einheitsfront mit der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, der *Kommunistischen Partei der Schweiz* und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund zum Ziele hatte<sup>293</sup>. Anlass dazu war der Entschluss der kommunistischen Opposition, die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Kriseninitiative zu unterstützen. Ein politischer Hintergedanke der Aktion war unter anderem auch, durch die Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte eine «Nahtstelle» zur *Schaffhauser Bauernpartei* herzustellen<sup>294</sup>.

Die Zusammenarbeit der beiden Schaffhauser Linksparteien und der Bauernpartei im kantonalen Komitee für die Kriseninitiative förderte die gegenseitige Verständigung soweit, dass die *Kommunistische Partei-Opposition* im Februar 1935 sogar die Aktions Einheit mit der *Kommunistischen Partei der Schweiz* und der neuen Linken der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* ablehnte<sup>295</sup>. Als am 2. Juni 1935 die Kriseninitiative in der eidgenössischen Volksabstimmung abgelehnt wurde, zog die Leitung der *Kommunistischen Partei-Opposition* den Schluss, eine Stärkung der Linken sei nur durch den Zusammenschluss mit der

---

<sup>292</sup> Mitteilung Paul Thalmann 30.8.1969.

<sup>293</sup> AZ 28.3.1933. Die SPS lehnte die Einheitsfront im April ab (*Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages der SPS vom 8./9. April 1933 im Volkshaus in Biel* 1933,146); der SGB schloss sich im Mai der Ablehnung an (*Gewerkschaftliche Rundschau* 25.1933,171).

<sup>294</sup> Protokoll KPO Neuhausen 21.6.1934.

<sup>295</sup> Protokoll KPO Neuhausen 21.2.1935.



*Sozialdemokratischen Partei* zu erreichen. Vier Wochen nach der verlorenen Volksabstimmung schlossen sich die beiden Parteien zur *Sozialistischen Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen* zusammen, die Mitglied der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* wurde. Nach vierzehn Jahren politischer Kreuzfahrt in internationalen Gewässern fanden die Schaffhauser Linksradikalen zurück zur schweizerischen Landespartei, von der sie sich in der Theorie zeitweise sehr stark, in der Praxis dagegen nie richtig entfernt hatten.

## Die Sozialistische Arbeiterpartei

### Gegen Reaktion und Faschismus (1935—1936)

#### *Der Zusammenschluss von KPO und SP*

Der Zusammenschluss der *Kommunistischen Partei-Opposition* und der *Sozialdemokratischen Partei* erfolgte erstaunlich rasch und ohne nennenswerte Opposition, soweit aus den Quellen ersichtlich ist. Noch am 11. Mai 1935 bezeichnete Ernst Illi anlässlich der Generalversammlung in Neuhausen die *Kommunistische Partei-Opposition* als *die einzige Führerin der Arbeiterschaft*, die wachsam auf ihrem Posten zu stehen und die bisherige Politik weiterzuführen habe<sup>1</sup>. Bereits drei Wochen nach der Abstimmung über die Kriseninitiative folgte im «Adler» in Feuerthalen eine öffentliche Kundgebung *für die sozialistische Kampfeinheit*. Vorgesehene Referenten waren der Präsident der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, Nationalrat Ernst Reinhard, und Stadtpräsident Walther Bringolf. Ernst Illi berichtet darüber:

*Die Versammlung konnte jedoch nicht durchgeführt werden. Als man gegen 20.00 Uhr nach Feuerthalen kam, fanden sich frontistische Schlägerkolonnen aus Schaffhausen und der zürcherischen Nachbarschaft vor dem Saaleingang. Die Veranstaltungsleitung forderte die erschienenen Angehörigen und Freunde der Arbeiterparteien auf, zu einer Kundgebung auf den Platz nach Schaffhausen zurückzukehren. Allein die Frontisten,*

---

<sup>1</sup> Protokoll KPO Neuhausen 11.5.1935.